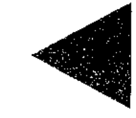
E 3477

Spreu ohne Weizen – Konzeptlos gegen den Hunger

Außerdem: Tobin-Kontroverse ▶ Gender-Diskurs ▶ Modernisierte Entwicklung ▶ Migrantischer Widerstand ▶ Chinesischer Film ▶ Register 99 ...

April 2000
Ausgabe □ 244
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w



▶ blätter des informationszentrums 3. welt

In dieser Ausgabe

Titelfoto: P. Weinberg aus:
»Back to the land« THE PORCUPINE PRESS



Zwischen Kiel, Quito, Wien (und Rom)

Was hatten in den vergangenen sechs Wochen die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, der Putsch in Ecuador und die Aufregung um Jörg Haider gemeinsam? In Kiel, Quito und Wien regiert das Volk und dennoch macht man sich allerorten Sorgen um die Demokratie.

Mitte Januar besetzten in Ecuador Teile der verarmten Bevölkerung den Präsidentenpalast, weil sie sich gegen Klüngelei, Seilschaften und eine ebenso unfähige wie korrupte Staatsführung zu Wort melden wollten. Unversehens gesellte sich die Armee hinzu (Militärische Partizipation an zivilgesellschaftlicher Intervention?) und prompt musste die Clique um den Präsidenten Mahuad das Weite suchen. Nun sind wir ja in punkto Zivilgesellschaft einiges gewöhnt – zählt zu ihr doch der Arbeitgeberverband ebenso wie Greenpeace oder der Kaninchenzüchterverein. Aber das Militär als ihr bewaffneter Arm? Kann denn die Zivilgesellschaft dann auch putschen? Oder wurden in Ecuador schlicht vorgezogene Neuwahlen ohne Stimmzettel durchgeführt? *(Zu Zivilgesellschaft, Militär und Demokratie in Ecuador siehe Seite 12.)*

In Schleswig-Holstein hätte am Wahlwochenende Ende Februar die CDU ja auch weggeputscht gehört. Stattdessen verlor sie 2% an die FDP. Offensichtlich haben die Parteien das Volk, das sie verdienen. Das standfeste Stimmverhalten zeigt jedenfalls, dass sich die Empörung in Grenzen hält. Letztlich ist diese Nüchternheit ja auch angemessen. Vielleicht könnte sich gar die Einsicht verbreiten, dass Korruption, Seilschaften und Männerbünde von Kapitalismus und Demokratie nicht recht zu trennen, sondern vielmehr die Fortsetzung der Politik mit ihren eigenen Mitteln sind – hierzulande wie überall. Eine Erkenntnis, die wiederum dazu beitragen könnte, endlich auch das überhebliche Gerede um »gute Regierungsführung« (good governance) zu den Akten zu legen, mit dem im Norden gerne Elend und Armut im Süden auf endogene Ursachen (= bad guys in government) zurückgeführt wird. Zudem dient das Good-Governance-Gerede den Regierungen der Industriestaaten als plausibel klingender Vorwand, um die Gewährung von Krediten an die Erfüllung politischer Konditionen zu knüpfen. Nach dem Motto: »Wenn Ihr bösen Buben nicht aufhört, unser Geld zu nehmen, geben wir Euch keins mehr.« *(Zu Korruption und Demokratie siehe iz3w 232 und 234.)*

Letztlich halten sich die Demokraten am »Pluralismus« fest – so heißt es wohl, wenn alle aus verschiedenen Gründen eine Meinung haben. In Kiel waren die Parteien jedenfalls reihum zufrieden mit dem Wahlausgang. Und sie präsentierten sich einig in der wohlfeilen Bekundung großer Erleichterung darüber, dass »die Rechte« nicht von einem Parteienverdruss profitieren konnte. Der war ja allenthalben befürchtet worden. Dabei haben sie in Österreich auch nur den Jörg, den sie verdienen. Der ist vom Volk gewählt und auch sonst nicht allzu weit entfernt vom mittigen, schnittigen Konsens der Demokraten. Das macht es den »anderen« Parteien und der intellektuellen Zivilgesellschaft nördlich wie südlich der Alpen so schwer, sich von ihm abzugrenzen. Was haben sie sich nicht für Mühe gegeben ... Allein – der Haider-Jörg ist damit nicht zu fassen. Und wenn's einmal eng wird, zitiert er einfach Parolen von den Stoibers und Schilys zur Ausländerpolitik. *(Zu Demokratie und Populismus siehe iz3w 242.)*

Ist denn ganz Gallien von den Römern besetzt?
(siehe Seite 30)

die redaktion

Visumzwang für Designer-Food?

von **Martina Backes**

▸ Das UN-Biosafety-Protokoll, das Sicherheitsstandards für den internationalen Verkehr mit gentechnisch modifizierten Organismen (GMOs) behandelt, ist im Februar von 128 Unterzeichnerstaaten verabschiedet worden. Es wird unter anderem von vielen Umwelt-NGOs und Dritte-Welt-Staaten in dreifacher Hinsicht als Durchbruch gefeiert: Vorwiegend solche Staaten, die bislang keine Gentechnik-Gesetzgebung vorzuweisen haben, hoffen jetzt auf eine verbindliche Kontrolle von Designer-Saatgut, Nahrungs- und Futtermitteln durch die exportierenden Herstellerfirmen. Dazu wurde ein Genehmigungsverfahren für GMO-Importe bestimmt (Advance Informed Agreement/AIA), das Exporteure zur Auskunft über ihre Ware und zur Übernahme der Kosten für Risikoanalysen verpflichtet. Zudem wird in dem Vertrag das staatliche Vorsorgeprinzip anerkannt. Damit sind den 128 Staaten Bemühungen zum Schutz ihrer Bevölkerung vor bedenklichen GMO-Importen nicht länger untersagt. Und drittens wird im Streit um die Rangordnung zwischen UN-Umweltabkommen und WTO-Handelsrecht die Gleichstellung der Verträge in Aussicht gestellt.

Ein Blick in die Details zeigt jedoch die wackligen Paragrafen, rhetorischen Tricks und Schlupflöcher des Abkommens, die die Unterzeichnung überhaupt erst möglich machten. So klammerte man alle als Medikamente zugelassenen GMOs aus, um dem Widerstand der Pharmaindustrie vorzubeugen. Überdies erhielten zu Nahrungs- oder Futtermitteln umdeklarierte GMOs einen Sonderstatus und sind vom regulären AIA-Verfahren ausgeschlossen. Das Vorsorgeprinzip konnte sich im Protokoll zwar formal durchsetzen – Importbeschränkungen sind künftig erlaubt, solange kein wissenschaftlicher Beweis für die Unbedenklichkeit der betreffenden GMOs erbracht werden kann. Das Abkommen fordert Genehmigungsverfahren jedoch keinesfalls obligatorisch ein.

Auch die Erklärung, Entwicklungsländern technische und finanzielle Unterstützung für den Aufbau von Behörden und Regelwerken zu gewähren, hat ihre Schattenseiten. In entsprechenden Entwicklungsprojekten sind vor allem Japan, die USA und Kanada engagiert, und die liefern sowohl bei der Ausbildung von Fachpersonal als auch hinsichtlich der transferierten Technologie die hauseigenen Standards gleich mit. Das gilt auch für den Streit um die Definition von Begriffen, in dem das Ziel, den Verkehr mit GMOs kontrollierbar zu machen, untergeht: »GMOs im Transit« und »in geschlossenen Systemen« wie Forschungslabors, Botanischen Gärten und Bahnhöfen unterliegen nicht der Informationspflicht. So bleiben GMOs in einem globalisierten Netzwerk von Forschungsinstituten und Flugplätzen unkontrolliert mobil. Auch die Ernte der ersten Aussaat auf Versuchsfeldern, die zu geschlossenen Systemen umdefiniert werden, entzieht sich der Kontrolle.

Entscheidend jedoch wird die Abstimmung des UN-Protokolls mit den Freihandelsbestimmungen der WTO sein. Eigentlich wäre laut Wiener Vertragsrecht das Biosafety-Protokoll als jüngeres und spezifischeres Abkommen richtungweisend auch gegenüber der WTO gewesen. Doch die Vertragsstaaten haben sehr unverbindliche Klauseln eingefügt: »Handels- und Umweltabkommen sollen sich wechselseitig unterstützen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen«. Eine Entscheidung darüber, welches der beiden völkerrechtlich bindenden Regelwerke im Streitfall Recht bekommt, wurde in die Rechtsabteilungen exportwilliger Agrarkonzerne verschoben. Der Passus über das Verhältnis des Biosafety-Protokolls zu anderen Verträgen ist einigermaßen frei interpretierbar. Die WTO verfügt allerdings über die machtvolleren Durchsetzungsinstrumente und kann im Gegensatz zur Konvention Verstöße gerichtlich ahnden.

So verliert sich die Debatte im Detailgerangel um die fiktiven Möglichkeiten einer Kontrolle globaler Mobilität von GMOs. Die gesellschaftsverändernde Potenz der Biotechnologie gerät dabei völlig aus dem Blick. Für eine Mobilisierung, die sich grundsätzlich gegen die Ausbreitung der Bio- und Gentechnologie richtet, bleibt im Irrgarten der vieldeutigen Paragrafen kein Platz.

▸ **Martina Backes** ist Mitarbeiterin im iz3w.

Entwicklungsland Deutschland

von **Christian Stock**

▸ Es war nicht anders zu erwarten: Kaum hatte Gerhard Schröder vorgeschlagen, 30.000 Computerexperten aus Nicht-EU-Ländern in die Bundesrepublik zu holen, entbrannte eine hitzige Abwehrschlacht gegen die zukünftigen Arbeitsmigranten. Es waren nicht nur die üblichen Sturmtruppen des völkischen Nationalismus wie Stoiber oder Beckstein, die gegen die Gefahr der »Dauereinwanderung« wetterten, auch die Gewerkschaften weinten Krokodilstränen. Man könne den Entwicklungsländern den Verlust von hochqualifizierten Fachkräften nicht zumuten, meinte etwa IG-Metall-Chef Klaus Zwickel. Ehrlichere Gewerkschaftler verwiesen auf die Gefahr, die »Ausländerfeindlichkeit an der Basis« könne zunehmen, wenn plötzlich indische Ingenieure gutdotierte Jobs bekommen oder gar als Vorgesetzte den Ton angeben.

Die aufkommende Rede vom »Entwicklungsland Deutschland« enthält vor diesem Hintergrund zwei Aspekte. Zum einen wird deutlich, dass selbst eine führende Wirtschaftsmacht wie Deutschland im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt der Informationstechnologie nicht mehr ganz vorne mithalten kann (was einen angesichts der Tatsache, dass dieses Land bislang zu den Profiteuren des Weltmarkts gehört, mit gar nicht so klammheimlicher Freude erfüllt). Zum anderen erweist sich das trotz der Reform zum Jahresbeginn noch immer an der Blutsabstammung festhaltende Staatsbürger- und Ausländerrecht zunehmend als Standortnachteil. Während die USA über das Instrument der Green Card schon lange die Verwertbarsten der Verwertbaren von internationalen Arbeitsmärkten abwerben, ist Deutschland seit dem Anwerbestopp für »Gastarbeiter« auf die Abschottung der Grenzen und auf völkische Reinhaltung bedacht, wie es zuletzt die CDU-Kampagne gegen die doppelte

Mit dem Koran an die Börse

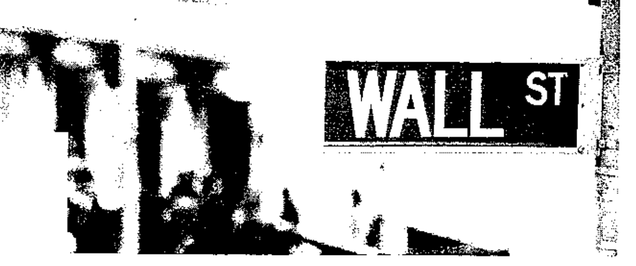


Foto: R. Maro/version

von **Jochen Müller**

► »Wer nicht mitmacht, ist selber schuld« – so tönt es nun schon seit Monaten aus Lautsprechern und Schlagzeilen. Denn: Die Deutschen gehen an die Börse. Dabei hat der Medienhype zum Börsenboom wohl weniger die Alterversorgung für Bundesbürger im Visier. Vielmehr geht es um den ebenso profanen wie heiligen Zweck der Kapitalkollekte. Das Geld im Sparstrumpf oder auf dem Sparbuch ist nicht effektiv genug zur Ankurbelung der Wachstumsmaschine. Im allgemeinen und im individuellen Interesse sollen demnächst alle GeldbesitzerInnen direkt mitmischen und das ihrige einbringen. Das gilt auch für solche, die nach deutschem Recht und deutschem Selbstverständnis noch immer keine Deutschen sein sollen – wie die zahlenmäßig größte Minderheit der ehemaligen oder Noch-TürkInnen, von denen viele in langen Jahren einiges auf die Seite gelegt haben. Diese Zielgruppe hat die Commerzbank im Visier, die jetzt einen »Islamischen Investmentfond« auflegt und den AnlegerInnen versichert, dass ihr Geld nicht in Aktien von Becks, Philip Morris und Beate Uhse oder Banken und Rüstungsfirmen (Ein katholischer Fonds würde sicher die gleichen Branchen meiden...) investiert wird. Darauf achtet ein spezieller Aufsichtsrat aus islamischen Rechtsgelehrten.

Die findigen Banker nutzen auf diese Weise eine meist von konservativen oder islamistischen Muslimen propagierte Islam-Interpretation. Danach untersage die Religion nicht nur den Zinswucher – ein Verbot, dass dereinst auch im Christentum galt – sondern jeglichen festen Zins sowohl auf Kredite als auch für Spareinlagen. »Geld gebiert kein Geld«, zitieren sie die Sharia, das traditionelle islamische Recht, und können damit auch solche Muslime verunsichern, die ansonsten islamistischen Koran-Lesarten eher fern stehen. Wirtschaftspolitisch begründen Islamisten das Zinsverbot unter anderem damit, dass Kapital nicht von einzelnen gehortet, sondern vielmehr produktiv investiert werden solle. Nur so könne es dem Allgemeinwohl dienen. Hier muss allerdings der Investor im Gegensatz zu den von der Bank garantierten Zinsgewinnen ein Verlustrisiko auf sich nehmen, etwa für den Fall des Scheiterns eines finanzierten Unternehmens. Nur unter Risikoeinsatz erwirtschaftete Kapitalerträge sind demnach legitim. Ein Investmentfonds, der Kapital sammelt, investiert und keine Rendite garantieren kann, ist da – so kalkuliert auch die Commerzbank – doch genau die richtige Geldanlage für gläubige Muslime.

Damit kommt eine Idee zurück nach Deutschland, die ein ägyptischer Volkswirt namens Ahmad al-Naggar einmal in den 60er Jahren an der Kölner Universität ausgebrütet hat. Ganz im Geiste entwicklungspolitischer Modernisierungstheorie wollte er den Kapitalbildungsprozess fördern. Da aber in Ägypten viel Geld »unter den Fliesen« – so heißt »im Sparstrumpf« auf arabisch – lagerte, weil seine Besitzer es nicht auf moderne Zinsbanken tragen mochten, konnte es nicht produktiv investiert werden. Also errichtete al-Naggar im ländlichen Ägypten zinslose Sparkassen. Das Projekt ging indes Ende der 60er Jahre unter. Ebenso scheiterte die Entwicklungsidee der seit den 70er Jahren in vielen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bestehenden »Islamischen Banken«. Auch diese von Saudi-Arabien, dem Mentor konservativer islamistischer Strömungen in der Region, geförderten Finanzinstitute wirtschaften nicht mit garantierten Zinssätzen, sondern auf Basis von Gewinn- und Verlustbeteiligung der Einleger. Zudem versprachen sie, insbesondere Unternehmen in den produktiven Sektoren langfristig zu finanzieren. Im Konkurrenzkampf mit den herkömmlichen Banken glichen sich die islamischen diesen jedoch schnell an und verlegten sich ebenso auf die profitableren kurzfristigen Finanzierungen im Konsumbereich. Das »islamische Investment« ist Makulatur geworden.

An Entwicklungsansprüchen solcher Art werden nun die Manager des Commerzbank-Fonds kaum scheitern. Ihnen geht es von vornherein um die Rendite. Und die lässt sich eben auch »islamisch« erzielen: So konnten die Kunden eines englischen Islamischen Fonds 1999 Gewinne von über 47% einstreichen. Und in Anbetracht solch nackter Zahlen verlieren dann die kleinen Unterschiede, die landläufig um Staatsangehörigkeit, Kultur oder Religion gemacht werden, ihr Gewicht. Koran hin oder her – ausschlaggebend für die Attraktivität des Fonds bei den potentiellen Anlegern dürfte weniger das effektheischende »islamische« Etikett als vielmehr das sein, was für sie herausspringt. Mitmachen und profitieren vom Boom wollen eben nicht nur »die Deutschen«. Auch mehr oder weniger muslimische »Muslime« in der Republik und anderenorts wollen Entwicklung – an den und in ihren Börsen. Die Commerzbank hat das verstanden. Ihr sind alle Menschen gleich.

► **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Staatsbürgerschaft oder rot-grüne Äußerungen zum Ausländerrecht zeigten.

In Schröders Vorstoss zur Rekrutierung von ausländischen Fachkräften einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Ausländerpolitik zu erkennen, wie dies etwa die linksliberale Presse tut, ist allerdings nicht gerechtfertigt. Schließlich sollen die angeworbenen Inder oder Osteuropäer mit der deutschen Red-Green-Card nur eine befristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung bekommen. (In den USA garantiert die Green Card in den meisten Fällen einen unbefristeten Aufenthalt.) Nicht mal in die Rentenversicherung sollen die neuen Arbeitsmigranten einzahlen, damit auch ja keine Ansprüche entstehen. Während die USA wenigstens 55.000 Visa pro Jahr unter Green Card-BewerberInnen aus aller Welt verlosen, soll in Deutschland in »enger Abstimmung« mit der Unternehmerinitiative der Computerbranche »D 21« selektiert werden, wer sich ausbeuten lassen darf und wer nicht. Dass der rassistische Konsens in diesem Land keineswegs gebrochen ist, zeigt sich also nicht erst in den Überschriften der Tagespresse, wo unbekümmert von »indischen Techno-Kulis« oder »IT-Ausländern« die Rede ist – Zuschreibungen, gegen die der Begriff »Humankapital« geradezu menschenfreundlich anmutet.

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Kontroverse: Finanzmärkte bändigen?

► Für die Krisen der letzten Jahre in Mexiko, Südostasien und Russland wurden häufig Finanzspekulationen auf den internationalen Kapitalmärkten verantwortlich gemacht. Seitdem wurde der Ruf nach einer Besteuerung internationaler Finanztransaktionen, wie sie bereits 1978 von dem Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagen wurde, wieder lauter. In einem von WEED und Kairos Europa organisierten Ratschlag »Für eine politische Regulierung der Finanzmärkte« wurde im Januar in Frankfurt a.M. eine Initiative gegründet, die nach dem französischen Vorbild ATTAC dafür eintritt, dass »die internationalen Kapitalströme wieder reguliert werden«. KritikerInnen der Initiative sehen darin lediglich einen hilflosen Versuch, staatliche Kontrolle international zu institutionalisieren.

Günstige Zeit zum Eingreifen!

von **Anja Osterhaus**

► Die »internationalen Finanzmärkte« sind zu einer Nebenregierung geworden, die jeder demokratischen Legitimation entbehrt. Regierungen und nationale Parlamente haben sich ihrer wirtschaftspolitischen Lenkungsmöglichkeiten über Steuerungsinstrumente wie Wechselkurse, Geldmenge und Zinsen weitgehend selbst beraubt. Aufgeschreckt von den zahlreichen Finanzkrisen der letzten Jahre, soll nun in den unterschiedlichsten internationalen Foren die so genannte »neue Finanzarchitektur« entworfen werden. Doch solange die Diskussion ausschließlich zwischen Vertretern von Regierungen und Zentralbanken der Industrieländer und internationalen Finanzinstitutionen geführt wird, die für die Ausgestaltung des heutigen Systems maßgeblich mitverantwortlich sind, werden die Reformvorschläge nicht über oberflächliche Korrekturen hinaus gehen.

Darum ist es dringend erforderlich, dass zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen sich in diese Debatte einmischen. Das Feld darf nicht den »Experten« überlassen werden, die unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Länder des Südens die neuen Regeln des Finanzsystems auskungeln. Dabei haben Finanzmärkte eine kaum zu überschätzende Bedeutung für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung weltweit. Gerade die entfesselten Kapitalmärkte sind die Speerspitze einer Globalisierung, die immer mehr Verlierer hervorbringt und die von dem Mythos begleitet wird, Politik sei den »Kräften des Marktes« ohnehin hilflos ausgeliefert. Diesen Mythos zu entlarven und internationale Kapitalmärkte wieder einer stärkeren Regulierung zu unterwerfen, ist keine oberflächliche Korrektur an Symptomen, sondern setzt an einem Kernstück der kapitalistischen Entwicklung an. Darum sollten wir uns mit konkreten Vorschlägen in die Debatte einbringen und politischen Druck entwickeln statt in Passivität oder abstraktem Räsonnement im radikalen Elfenbeinturm zu verharren. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über die Rolle der Finanzmärkte. Nur dadurch kann die notwendige politische Gegenmacht erzeugt werden, die für eine grundlegende Neuorientierung und eine Einbindung des Weltfinanzsystems in eine sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung in Süd und Nord erforderlich ist.

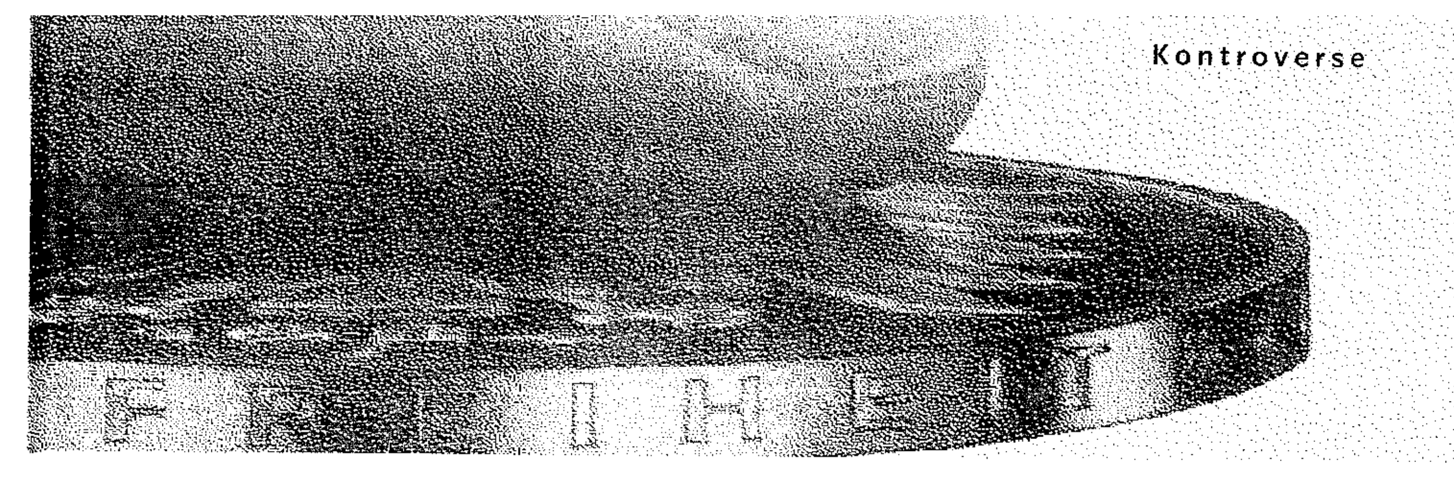
Ansatzpunkte für eine Einmischung gibt es mehr als genug: So wäre die Einführung einer internationalen Devisentransaktionssteuer ein Schritt in die richtige Richtung. Sie würde einen Beitrag zur Entschleunigung der Kapitalmärkte und zu einer globalen Umverteilung leisten, indem Teile des Steueraufkommens Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden könnten. Doch gerade an der Tobin-Steuer wird deutlich, dass nicht eine einzelne, sondern nur eine Kombination verschiedener Maßnahmen die Entwicklung aufhalten könnte. Denn auch die Tobin-Steuer hätte spekulative Währungsattacken wie bei den Finanzkrisen der neunziger Jahre nicht verhindern können.

In den Forderungskatalog zur Regulierung des Finanzsystems gehören darum auch die Enttabuisierung von Kapitalverkehrskontrollen, eine Beendigung der Auflagenpolitik des IWF und die verstärkte Beteiligung privater Investoren an den Kosten von Finanzkrisen. Die gängige Praxis, bei der die Verluste der privaten Anleger so gering wie möglich gehalten und durch Kreditpakete des IWF auf die Schuldnerstaaten abgewälzt werden, muss dringend beendet werden. Durch eine stärkere Einbeziehung der Investoren würde die Risikobereitschaft der Anleger gedämpft und damit der Umfang hochspekulativer Geschäfte verringert.

Und warum starten wir nicht eine Offensive gegen die Steueroasen? In Offshore-Finanzplätzen wie Liechtenstein, den britischen Kanalinseln oder den Cayman-Inseln sind schätzungsweise 6 Bio. US-Dollar (ein Drittel des weltweiten Privatvermögens in Höhe von 17,5 Bio. $) angelegt. Dort entziehen sie sich praktisch jeder Besteuerung und verschärfen dadurch den »schädlichen Steuerwettbewerb unter den Nationalstaaten« (OECD-Mitarbeiter Jeffrey Owens). Zudem garantieren die exzessive Handhabung des Bankgeheimnisses und die Verwaltung der Anlagen über so genannte Treuhandgesellschaften wie die berühmten Liechtensteiner Stiftungen absolute Anonymität. Wenn Offshore-Zentren dazu verpflichtet würden, weltweit gültige Standards der Mindestreservepflicht und Datentransparenz einzuhalten oder das Bankgeheimnis zu lockern, würde ihre Attraktivität drastisch sinken. Umgekehrt könnten Finanzinstitute per Gesetz verpflichtet werden, keine Transaktionen über Offshore-Finanzplätze zu tätigen. Selbst internationale Organisationen wie die UNO und sogar die OECD schlagen mittlerweile vor, schwarze Listen von Offshore-Zentren zu erstellen. Auch das im Februar 1999 gegründete Forum für Finanzstabilität hat sich die stärkere Regulierung dieser Finanzplätze zum Ziel gesetzt.

Dies macht deutlich, dass auch die Protagonisten der Globalisierung verunsichert und mindestens zu kosmetischen Reformen bereit sind. Spätestens mit der nächsten Finanzkrise wird der Handlungsdruck weiter wachsen. Darauf zu warten, dass die spekulative Blase platzt und eine Weltwirtschaftskrise ausbricht, die eine grundlegende Neugestaltung des Systems unvermeidbar machen würde, wäre allerdings zynisch und würde die Verlierer solch eines Zusammenbruchs instrumentalisieren. Wir sollten lieber nicht so lange warten, sondern jetzt eingreifen und uns an den weltweiten Initiativen und Kampagnen zur Regulierung der Finanzmärkte und zur Einführung der Tobin-Steuer beteiligen – die Zeit für solch ein Eingreifen ist günstig!

► **Anja Osterhaus** ist Mitarbeiterin von Kairos Europa.



Wunschzettel an den Weihnachtsmann

von **Robert Kurz**

► Es ist eine intellektuelle Bewegung von ziemlich trauriger Gestalt, die im Gefolge des abgehalfterten Oskar Lafontaine mit dünnen Stimmen den Ruf nach einer »Regulierung der internationalen Finanzmärkte« hören läßt. (Dieses und die folgenden Zitate beziehen sich auf den Aufruf von weed und Kairos.) Was da als zivilgesellschaftlicher Aufbruch ins Transnationale suggeriert wird, ist nichts als die Endmoräne einer historisch erledigten Illusion. Der linke Glaube an die Politik war von Anfang an illusionär, weil er immer nur die unaufgehobene Form des Staatsbürgersubjekts gegen die ebenso unaufgehobene Form des Geld- und Marktsubjekts ausspielen wollte. Konnte dieses Wechselspiel schon im nationalökonomischen Rahmen und in der Aufstiegsgeschichte des kapitalistischen Systems die von dieser Produktionsweise angerichteten großen Menschheitskatastrophen nicht bannen, so wird dies im Zeitalter eines globalisierten Krisenkapitalismus umso weniger gelingen.

Der bestenfalls linkskeynesianische Globalisierungsdiskurs verfehlt seinen Gegenstand systematisch, weil ihm nichts anderes einfällt, als die an das nationalstaatliche Bezugssystem gebundene Form politischer Regulation auf die transnationale Ebene übertragen zu wollen. Damit beweist der linke Politizismus aber nicht nur, dass er von Haus aus auf nationalstaatliche Kategorien beschränkt ist. Er kann auch nicht erkennen, dass der Kapitalismus durch die Globalisierung das strukturelle Verhältnis von Politik und Ökonomie aufgebrochen und damit seine eigene Regulationsfähigkeit irreversibel zerstört hat. Der Erscheinung nach wird dies daran deutlich, dass für eine imaginierte Suprapolitik jenseits des bisherigen Bezugssystems keinerlei institutioneller Rahmen (im Sinne bürgerlicher Kategorien) verfügbar ist, der auch nur im entferntesten die alte nationalstaatliche Regulationskompetenz im transnationalen Raum reproduzieren und als Adressat von »Forderungen einer Bewegung« angesprochen werden könnte. Ein Weltstaat ist eine ebensolche logische und praktische Unmöglichkeit wie ein reales Gesamtkapital. UNO, Weltbank, IWF usw. bilden keine über- oder transnationalen Institutionen, sondern nur unselbstständige Repräsentationsformen der alten nationalstaatlichen Welt, die unter dem Druck der Globalisierung offenkundig zunehmend versagen. Die »Demokratisierung« ausgerechnet dieser Gebilde zu fordern, ist noch kläglicher, als es diese auch im alten Bezug ökonomisch-kategorial kritikvergessene Gebetsformel ohnehin immer schon war.

Aber es ist nicht nur das institutionelle Defizit, das die Idee einer »Regulierung der internationalen Finanzmärkte« von vornherein zur Makulatur macht. Der linke Politizismus missversteht auch den Charakter der Globalisierung und der finanzkapitalistischen Entkoppelung von der Realökonomie gründlich. Das untaugliche Bewältigungsmittel der bürgerlich-politischen Intervention und ihrer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung verweist auf eine ebenso untaugliche Erklärung der Ursachen: Die »Spekulation ohne Grenzen« wird schlicht auf eine subjektiv interessengeleitete »Fehlallokation« des Geldkapitals und auf einen falschen politischen Willen zurückgeführt. Eine akkumulations- und krisentheoretische Erklärung kann jedoch zeigen, dass es die qualitativ neue innere Schranke des »produktiven« Verwertungsprozesses selbst ist (»strukturelle Überakkumulation«), die den Prozeß des globalisierten neuen Finanzkapitalismus hervortreibt. Auf der Erscheinungsebene haben wir es mit riesigen Überkapazitäten (im Sinne kapitalistischer Reproduktion) zu tun, die zusätzliche Realinvestitionen unrentabel machen und das Geldkapital zur doppelten Flucht nach vorn in die betriebswirtschaftliche Globalisierung und in den transnationalen spekulativen Finanzüberbau zwingen.

Diese Struktur der Überakkumulation ist weder politisch verursacht noch durch politische Regulation zu bewältigen, sondern die herrschende Produktionsweise als solche steht auf einem neuen Niveau zur Disposition. Das ist anscheinend ein Gräuel für die »linke Volkswirtschaftslehre«, die sich in geradezu kindliche Wunschzettel an eine imaginäre Instanz flüchtet, weil sie sich einer kategorialen Kritik des an seine Grenzen gestoßenen modernen warenproduzierenden Systems aus tiefstem Herzen verweigert. Abgesehen davon, dass vorgeschlagene Maßnahmen wie die Devisentransaktionssteuer (Tobinsteuer), die Neutralisierung von Offshore-Zentren oder das Verbot synthetischer Derivate ohnehin des institutionellen Subjekts entbehren, würden sie im (illusorischen) Fall ihrer Durchsetzung nicht etwa die unerträglich begriffslosen Phrasen einer »sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Entwicklung« (von was eigentlich?) verwirklichen, sondern schlicht das ohnehin anstehende Platzen der ungeheuren Finanzblase auslösen. In Wirklichkeit verhindert die »grenzenlose Spekulation« nicht etwa eine »gesunde« Realakkumulation, die in irgendwelche »vernünftigen« Bahnen zu lenken wäre, sondern sie hält im Gegenteil notdürftig die bröckelnde Fassade kapitalistischer Reproduktion aufrecht.

Es spricht nichts dagegen, soziale Forderungen an die realen kapitalistischen Institutionen zu stellen, allerdings auch Rebellion und Sabotage gegen die Krisenlogik des neuen Finanzkapitalismus zu organisieren. Und es spricht alles dafür, die sozialen Bewegungen auf einen neuen Zielhorizont der Emanzipation jenseits von Markt und Staat (und damit auch von Politik) zu orientieren. Das Geheimprogramm von Marx, die Zurücknahme der doppelten »abstrakten Allgemeinheit« von Geld und Staat in eine (Welt-)Gesellschaft frei assoziierter Individuen, steht auf der Tagesordnung. Nur in diesem Sinne ist auch eine transnationale Emanzipationsbewegung denkbar. Noch so gut organisierte NGO-Vernetzungen gehen ins Leere, wenn sie inhaltlich in der Falle des marktwirtschaftsdemokratischen Wunschdenkens sitzen bleiben.

► **Robert Kurz** ist Autor von »Das Schwarzbuch des Kapitalismus«, das gerade im Eichborn Verlag erschienen ist, und Mitarbeiter der Gruppe Krisis.

Begriffs – Konstruktionen

Zum theoretischen Subtext des entwicklungspolitischen Gender-Diskurses

von **Regina Frey**

Seit Ann Oakley 1972 ihr Buch »Sex, Gender, Society« vorlegte und damit die Unterscheidung zwischen »biologischem Geschlecht« (Sex) und »sozialem Geschlecht« (Gender) einführte, haben sich an dieser Unterscheidung und am Begriff »Gender« rege Debatten entzündet. Im entwicklungspolitischen Diskurs dient er oft lediglich als Analyseinstrument zur Wahrnehmung sozialer Disparitäten zwischen »Frauen« und »Männern«. Damit bleibt Gender erstens der erkenntnistheoretische Subtext einer angeblich natürlichen Zweigeschlechtlichkeit zu eigen. Zweitens bleiben andere ausgrenzende Strukturkategorien wie Race und Class nicht ausreichend berücksichtigt. Das wirkt sich auch in der entwicklungspolitischen Praxis aus.

► Das Gleichberechtigungskonzept des BMZ von 1997 geht »vom sozialen Geschlecht (engl.: gender) aus, also den gesellschaftlich bestimmten Rechten und Pflichten von Frauen und Männern«. Diese seien »im Gegensatz zu den biologisch festgelegten Geschlechterrollen« (BMZ 1997) veränderbar. Das BMZ-Konzept beinhaltet neben dieser Unterscheidung zwischen dem sozialen und dem biologischen Geschlecht auch Handlungsanleitungen zur geschlechterdifferenzierenden Planung, Durchführung und Auswertung entwicklungspolitischer Projekte und Programme. So soll festgestellt werden können, ob die jeweilige entwicklungspolitische Maßnahme »die Kluft zwischen Frauen und Männern verringert oder vergrößert«. Das Konzept ist ein Spätzünder: Im internationalen Diskurs war schon Ende der 80er Jahre von »Gender and Development« (GAD) als neuem Paradigma die Rede. Zuvor hatten die Geber noch die Frauenförderung bzw. das »Women in Development«-Paradigma (WID) favorisiert.

Dieser Paradigmenwechsel speiste sich zu einem großen Teil aus der Kritik an WID: Die entsprechenden Frauenfördermaßnahmen würden in Isolation vom alltäglichen Entwicklungsgeschäft durchgeführt, es würde sich dadurch jedoch nicht die Ursache von Benachteiligung, nämlich die strukturell ungleichen Geschlechterverhältnisse, ändern können. Nach der Umprogrammierung der Entwicklungsagenturen auf GAD wiederum kamen Bedenken auf, hier würde es zu einer Verdampfung emanzipatorischer Anliegen kommen: Dadurch, dass Gender nun zur Querschnittsaufgabe erhoben sei, würde eine anwaltschaftliche Frauenpolitik zu kurz kommen. Tatsächlich verwundert es, wenn zunehmend Männer in den zuständigen Abteilungen der Entwicklungsagenturen beschäftigt sind. Daneben scheint es, als würden die üblichen Entwicklungsgeschäfte lediglich unter einem neuen Label durchgeführt, wobei dann nur der Begriff »Frauen« durch »Gender« ersetzt wird.

Trotz dieser Kontroversen hat der doch recht junge Begriff »Gender« im Entwicklungsdiskurs auch international Karriere gemacht: Gleichzeitig gibt es aber immer noch große Unklarheiten, was den Begriff angeht.

Gender-Genese

► Wer einen Blick auf die Genese und auf verschiedene Konstruktionen von Gender wirft, wird feststellen, dass Gender ein variables Konzept ist. Zunächst ist die Idee von Gender als sozialer Konstruktion älter als der Begriff selbst: Simone de Beauvoir meinte bereits 1949, man werde nicht als Frau geboren, sondern zu einer solchen gemacht. Ann Oakley hat dann die Unterscheidung zwischen Sex und Gender von einem psychologischen in einen gesellschaftspolitischen bzw. feministischen Kontext gesetzt: »Sex ist ein Wort, das sich auf biologische Unterschiede zwischen männlich und weiblich bezieht (...). Gender ist jedoch eine Sache der Kultur: Es bezieht sich auf die soziale Klassifikation in maskulin und feminin« (16) und: »Die Konstanz von Sex muss zugegeben werden, aber ebenso die Variabilität von Gender«. Die erkenntnistheoretische Basis einer solchen Unterscheidung beruht auf einer Trennung zwischen Kultur (Gender) und Natur (Sex). Die Abgrenzung zu Sex ist dabei konstituierendes Element der Entstehung von Gender; das Konzept lässt sich erst durch diese Unterscheidung entfalten.

Die Abgrenzung zu Sex ist konstituierendes Element bei der Entstehung von Gender

Dies mündet in die Frage, welche erkenntnistheoretische Bedeutung der Körper noch haben kann, wenn es doch in erster Linie darum geht, (feministisch) darauf zu bestehen, dass aufgrund körperlicher Unterschiede keine Rollenzuweisungen und entsprechenden Diskriminierungen gerechtfertigt werden können. Es wäre daher konsequent, bisherige Vorstellungen von der Rolle des Körpers und des biologischen Geschlechts zu verwerfen und neu zu fassen. Feministische Erkenntnistheorien haben entsprechende Entwürfe (Gender-Theorien) vorgestellt, in denen das Verhältnis und die jeweilige Bedeutung von Sex und Gender immer wieder anders gefasst und Gender in den verschiedensten Variationen als Konzept thematisiert wird.

Gender-Skepsis

► Bennholdt-Thomsen und Mies, die ökofeministische Ansätze vertreten, lehnen den Gebrauch des Begriffes »Gender« ab, denn der »Gender-Diskurs hatte den Effekt, Frauenstudien respektabel und für Männer zugänglich zu machen«. Und: »Von Gender zu reden war anständig und bedrohte niemanden« (221). Der Gebrauch von Gender sei außerdem ein »koloniales Nachplappern des angelsächsischen Diskurses«. Sie lehnen zudem eine Unterscheidung zwischen Sex und Gender ab, da »'Sex' bei uns Menschen eine soziale und historische Kategorie ist« (ebd.). Obwohl eine solche Aussage zunächst Hand in Hand mit dekonstruktivistischer Kritik an einer vermeintlich »natürlichen« Rollenzuweisung zu gehen scheint, sind insbesondere ökofeministische Theorien dafür kritisiert worden, dass sie von einer grundsätzlichen Verbindung von Frau und Natur ausgehen und damit zu einer Naturalisierung von Geschlechterverhältnissen beitragen. Deutlich wird dies bei Mies und Shiva, die »von einem weiblichen Prinzip, das alle Dinge bewohnt und erfüllt« (ebd.: 500), sprechen sowie von der »Sinnlichkeit von Frauen, ihrer sexuellen Energie, ihre höchst wertvolle Lebenskraft, die sie miteinander verbindet, mit anderen Lebensformen und mit den Elementen.«

Auch andere Ansätze stehen der Unterscheidung von Sex und Gender skeptisch gegenüber. Sie argumentieren – ähnlich wie einige Ökofeministinnen –, dass soziales Verhalten auch durch körperliche Merkmale bestimmt sei. So werden z.B. aus der Gebärfähigkeit von Frauen spezifische weibliche Eigenschaften oder auch wünschenswerte

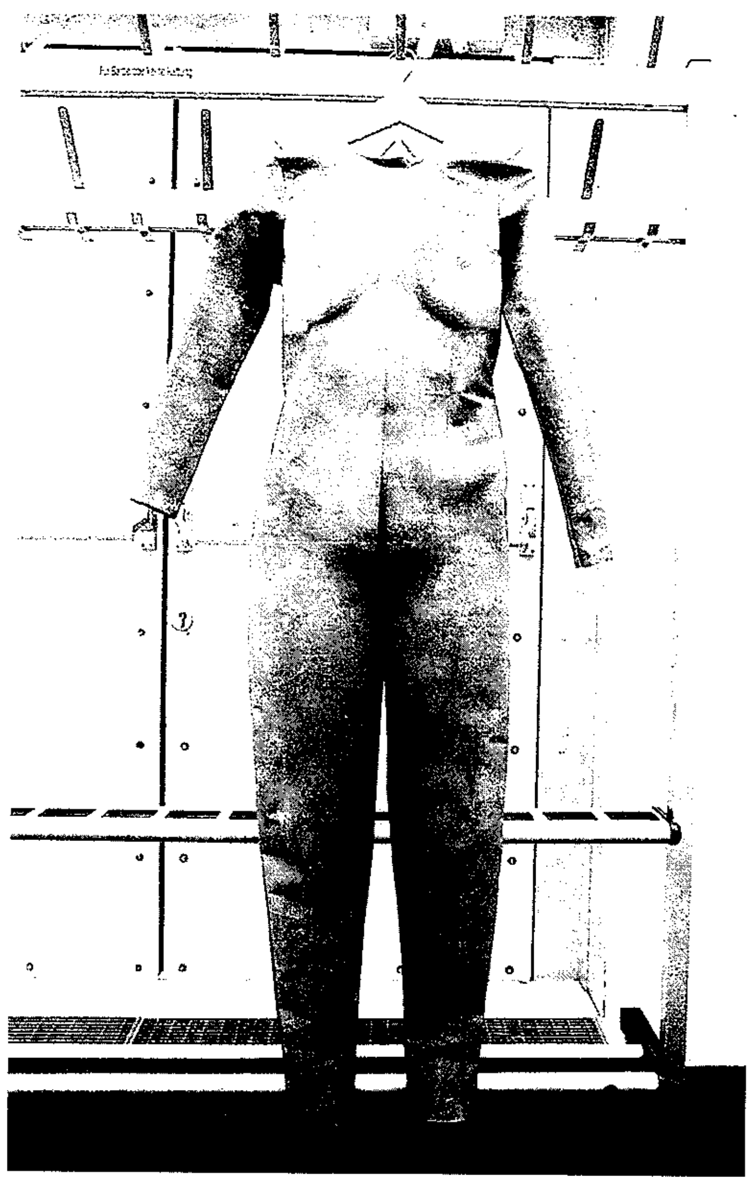


Foto: Alba D'Urbana »Hautnah«

Was bleibt?

soziale Effekte abgeleitet. Die Frau oder das Weibliche ist in dieser Konstruktion eigentlich immer auch das Bessere. Es werden Aussagen über männliche und weibliche Eigenschaften gemacht, die universelle Gültigkeit beanspruchen. Carol Gilligan, die den Ansatz der weiblichen Fürsorge (»Care«) vertritt, spricht (allen) Frauen spezifische Qualifikationen und Eigenschaften zu, die sie sich im Rahmen ihrer Reproduktionstätigkeiten aneignen würden. Solche Auffassungen enthalten eine strukturelle Analogie zu konservativen Ideologien der »natürlichen« Geschlechterordnung, für die der Vatikan ein prominentes Beispiel abgibt: Im Rahmen der Vierten Weltfrauenkonferenz wollte er Gender nicht als zum gängigen Sprachgebrauch gehörend anerkennen. In einer Stellungnahme zur Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking sichert der Vatikan sich gegen die Idee der sozialen Konstruktion ab: er verstehe Gender als »in biologischer sexueller Identität, männlich oder weiblich, begründet.« Des weiteren verwendet die Aktionsplattform selbst ganz klar den Ausdruck 'Both genders'.

Doing Gender

► Sozialkonstruktivistische feministische Ansätze richten ihr Augenmerk dagegen auf die Frage, wie Gender gesellschaftlich hergestellt wird. Entsprechend gibt es eine Reihe an empirischen Untersuchungen zur geschlechtlichen Sozialisation, die analysieren, wie zum Beispiel Sprache, Kleidung und Verhalten dafür sorgen, dass eine duale Geschlechterordnung herrscht und dass sexuelles Begehren sich »natürlich« auch auf das jeweils andere Geschlecht richtet. Die SoziologInnen West und Zimmermann prägten dafür den Begriff »Doing Gender«: Gender werde durch Interaktion immer wieder neu hergestellt und institutionalisiert.

Ansätze, die sich auf Prozesse sozialer Konstruktion richten, gehen jedoch meist weiterhin von zwei Genders aus – so wie es männlich und weiblich in der Biologie gibt. Wenn Gender jedoch wirklich sozial konstruiert ist, gibt es keinen Grund mehr dafür, dass es nur zwei Geschlechter geben kann. Vielmehr müsste Gender als eine fluide Kategorie gedacht werden, wo die Grenzen zwischen »männlich« und »weiblich« verschwimmen und sich auflösen können. Auf der Grundlage der Konstruktion von Gender entstand so die Theorie der Dekonstruktion: Eine »natürliche«, im Sinne einer vordiskursiven Zweigeschlechtlichkeit wird verneint. Damit wird auch die Vorstellung, dass es immer und überall nur zwei Geschlechter geben kann, über Bord geworfen. Gender lässt als Kategorie – da eben sozial und kulturell konstruiert – alle Möglichkeiten offen, »Frau« oder »Mann« im jeweiligen Kontext zu füllen. Es geht um die Dekonstruktion der Kategorie Frau (nicht von

Frauen). Weiblichkeit und Männlichkeit sind damit als gesellschaftlich konstruierte »Idealtypen« zu fassen, deren »Reinform« imaginiert wird, die es aber nicht gibt. Aus dieser Perspektive können dualistisch gedachte Gender-Konzepte, wie beispielsweise im Ökofeminismus, gesellschaftliche Zwänge (re-)produzieren und müssen folglich in Frage gestellt werden. So problematisiert Sandra Harding die Eingleisigkeit einiger Gender-Theorien: »Wenn feministische Ansätze Erfolg haben sollen, dann dürfen sie nicht eine binäre Opposition zwischen zwei sozialen Gruppen, zwischen ‚Frauen' und ‚Männern' fördern, obwohl sie immer noch entschlossen feministisch bleiben müssen« (Harding: 10).



Priorität der Formgebung — Foto: H. Sachs/version

Gender-Zwänge

► Die Kritik an der Vorstellung eines dualistischen Gender-Modells speist sich maßgeblich aus den Queer-Theorien. Deren Ausgangspunkt ist die Kritik an Zwangsheterosexualität, die auf einer angenommenen, vordiskursiven Zweigeschlechtlichkeit beruht. Die sexuelle Konditionierung wurde schon lange als Instrument der Unterdrückung von Frauen kritisiert (vgl. Laps). Diejenigen, die nicht in ein jeweils vorherrschendes Geschlechterschema passen (wollen), wurden und werden sozial sanktioniert. Eine sehr prominente Kritikerin der Unterscheidung zwischen Sex und Gender ist Judith Butler (Gender Trouble). Auch sie greift die heterosexuelle Matrix als Zwangsordnung an, geht dabei jedoch weiter: Indem sie die Sex-Gender-Unterscheidung auf ihre logische Spitze treibt, deckt sie auf, dass auch die Rede vom »biologischen Geschlecht« eine diskursiv hergestellte Konstruktion darstellt. Sex wird damit zur »gendered category« (Butler: 24). Butler strebt den »Verlust der Gender-Normen« an (ebd. 215). »Doing Gender« bedeutet vor diesem Hintergrund, sich nicht länger an männlichen und weiblichen Rollenmustern zu orientieren, sondern die Möglichkeit, Rollenvorstellungen durch Sprache und Handeln durcheinander zu werfen und so aus den Zwängen, die Gender den Individuen aufbürdet, auszubrechen.

Die »feministische Effizienz« des Butlerschen Entwurfs ist heftig diskutiert worden und hat die Debatten der 90er Jahre enorm angeheizt. Allerdings war Butler keineswegs die erste Theoretikerin, die Gender als Kategorie kritisierte (vgl. Laps). »Feministinnen haben schon früh die binäre Logik des Natur/Kultur-Dualismus kritisiert, aber sie dehnten ihre Kritik nicht auf die davon abgeleitete Unterscheidung zwischen 'sex' und 'gender' aus, weil diese immer noch zur Bekämpfung des vorherrschenden biologischen Determinismus in den hartnäckigen politischen Auseinandersetzungen um 'Geschlechtsunterschiede' in den Schulen, Verlagen, Krankenhäusern usw. tauglich war« (Haraway: 796). Gayle Rubin griff Gender im Sinne einer Zwangsordnung bereits 1975 an: »Wir [sollen] nicht die Eliminierung von Männern anstreben [...], sondern die Eliminierung des sozialen Systems, das Sexismus und Gender hervorbringt«. (Rubin: 54) Ähnlich argumentiert Thürmer-Rohr: »Geschlecht ist – perspektivisch – eine aufzulösende Kategorie« (89).

Race – Class – Gender

► Während also die biologische Fundierung von Gender erschüttert wurde, fand gleichzeitig eine Relativierung von Gender statt. Afroamerikanische Feministinnen, Feministinnen aus dem Süden, feministische Denkerinnen im Spektrum postkolonialer Kritik sowie die oben erwähnten Queer-Theoretikerinnen monieren, dass feministische Ansätze oft von weißen, westlichen, bürgerlichen und heterosexuellen Frauen ausgehen und auch in erster Linie für diese entstanden seien. Feministinnen afrikanischer Herkunft werfen ihren weißen »Schwestern« Rassismus vor und stellen das feministische »Wir« in Frage. Die (oft impliziten) Normsetzungen weißer und bürgerlicher Feministinnen grenze andere aus und berücksichtige nur diejenigen, die den »Vorteil« haben, »nur« qua Geschlecht diskriminiert zu sein. Daraus erwächst einerseits die Frage, was ausgelassen wird, sieht man Gesellschaft nur durch die Kategorie Geschlecht strukturiert. Gender wird von anderen Strukturkategorien wie der ethnischen Herkunft, der Klasse oder der sexuellen Orientierung jeweils spezifisch überlagert und geformt.

Zudem wird relevant, welche Formen von Solidarität zwischen Frauen tragfähig sind, wenn doch auch immer wieder Unterschiede zwischen Frauen und unterschiedliche Prioritätensetzungen hinter den vielfältigen Zusammenschlüssen lauern. So kritisiert bell hooks die Gleichheitsvorstellung des liberalen Feminismus. Für unterprivilegierte, insbesondere nichtweiße Frauen sei dies keine Option: »Da sie wissen, dass Männer innerhalb ihrer sozialen Gruppe keine soziale, politische und ökonomische Macht haben, würden sie es nicht als Befreiung erachten, den selben sozialen Status zu haben wie sie.« (hooks: 23).

Dieses Einfordern der Kategorie Race als Bestandteil feministischer Theorien relativiert den bisherigen Fokus auf die Kategorie Gender. Gender ist als Konzept zu denken, das grundsätzlich mit anderen Formen sozialer Differenzierung bzw. weiteren Machtachsen verschränkt ist. Denn: »Gender ist immer schon durch die Vektoren von »race« und Klasse geformt« (Mills: 79) – sowie je nach Kontext durch andere Hierarchisierungsmechanismen. Über das Verhältnis der verschiedenen Herrschaftsverhältnisse zueinander bleibt zu diskutieren (vgl. z.B. Harding: 229f.).

Die Diskussionen um Gender zeigen, dass der Begriff mit mindestens drei unterschiedlichen Intentionen gebraucht wird. Erstens als Bezeichnung gesellschaftlicher Strukturen, oft vor dem Hintergrund einer (vermeintlich) natürlichen Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit, zweitens als Analyseinstrument für einen bestimmten Ausschnitt sozialer Struktur von Gesellschaft. Drittens als Ausdruck einer gesellschaftlichen Zwangsordnung, die es aus feministischer Sicht aufzulösen gilt. Aus dieser Mehrdeutigkeit von Gender ergibt sich ein Dilemma: Wird Gender als Kategorie zur Analyse von Gesellschaft gebraucht, besteht die Gefahr, dass dadurch die gesellschaftliche Ordnung gestärkt wird, die aus feministischer Perspektive eigentlich überwunden werden soll. Wird die Welt durch eine »Gender-Brille« gesehen, um

Unrecht zu erfassen, kann das den Blick für Unterschiede innerhalb sozialer Gruppen schwächen. Gender-Raster können das ausblenden, was nicht in die eigene (spezifische) Gender-Matrix passt und damit zu Stereotypisierung beitragen.

Diese zunächst theoretischen Probleme münden in einer Reihe von Anfragen an die Gender-Praxis der Entwicklungspolitik. Wie kann beispielsweise eine Entwicklungszusammenarbeit aussehen, die ohne feste Kriterien auskommen möchte, wenn gerade diese für planerisches Handeln so relevant sind? So betont Caroline Moser, eine entwicklungspolitisch diskursmächtige Autorin, dass ihr Anliegen Komplexitätsreduktion zum Zwecke der Planbarkeit entwicklungspolitischer Intervention ist. Laut Moser haben die auf die Darstellung von Komplexität bestehenden feministischen Wissenschaftlerinnen versäumt, »ihre Forschungsergebnisse in Praxis zu übersetzen« (Moser: 5). »PlanerInnen brauchen vereinfachte Instrumente, die ihnen erlauben, die jeweiligen Komplexitäten spezifischer Kontexte in den Planungsprozess zu füttern«.

Die Gender-Praxis in der Entwicklungszusammenarbeit restauriert häufig herrschende Geschlechterverhältnisse

Diese Reduktion von Komplexität wird jedoch schnell problematisch, da sie immer zu Ein- und Ausschlüssen führt. Wenn die Auffassung von Gender als sozial konstruierte Kategorie wirklich ernst genommen wird, dann greifen die Gender-Planungsinstrumente zu kurz, denn sie leisten derzeit nichts anderes, als Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu erfassen. Im schlechtesten Falle erreicht man damit eine erneute Stereotypisierung. »Doing Gender« findet auch und gerade in Gender-Analysen bzw. Gender-Trainings statt und ist »ein Prozess der Herstellung und Validierung von sozialem Geschlecht« (Gildemeister/Wetterer: 213). Diese Gefahr einer »Restaurierung« herrschender Geschlechterverhältnisse sollte erkannt werden, denn so notwendig das Denken in Kategorien ist, es produziert immer auch Ausschlüsse.

Beispiele dafür finden sich in den Handbüchern für Gender-Trainings. Ein Gender-Training beinhaltet in der Regel die Sensibilisierung der Teilnehmenden für Gender sowie eine Anleitung für die Durchführung einer Gender-Analyse. Alle auf dem Markt befindlichen Gender-Training-Handbücher gehen von der Unterscheidung zwischen Sex und Gender aus. Um die Vorstellung vom »Geschlecht als Schicksal« zu hinterfragen, kann diese Unterscheidung zunächst durchaus sinnvoll sein. Kaum ein Handbuch problematisiert jedoch Gender bezüglich des Zwangscharakters einer dualistischen Geschlechterordnung. Vielmehr führen einige der Handbücher durch Formulierungen wie »Both Genders« diese wieder durch die Hintertür ein und verspielen damit das oben aufgezeigte Potenzial, das Gender in sich birgt. Dabei ginge es keineswegs darum, im Rahmen der Trainings die fürwahr abstrakten Thesen Butlers zu behandeln. Es sollten lediglich unterschiedliche Formen der Stereotypisierung verstärkt problematisiert werden.

Problematisch ist eine Gender-Analyse, die in weiten Teilen lediglich darin besteht, eine schematische Mann-Frau Unterscheidung durch das Ausfüllen von Tabellen (z.B. bei geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung) vorzunehmen. Auch wenn dann noch die Analyse von »Einflussfaktoren« vorgesehen ist: Gender als offenes Konzept taugt – da immer spezifisch durch andere Kategorien überformt – nicht als Standardkategorie. Voraussetzung für Gender-Analysen wäre vielmehr zunächst eine Reflexion darüber, was Gender im jeweiligen kulturellen Kontext ausmacht. Das hieße nicht, zu leugnen, dass Frauen unterdrückt werden, sondern anzuerkennen, dass Unterdrückung verschiedenste Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen hat.

Gender als Brille?

► Um auf die im entwicklungspolitischen Diskurs gerne bemühte Metapher der Gender-Brille zurückzukommen: Problematisiert man die Ausblendungen, die hier entstehen können, müsste man die Brille absetzen und sich ihre Form betrachten. Das hieße, die eigenen Vorstellungen von gesellschaftlichen Geschlechterordnungen zu hinterfragen und als in spezifischen Machtkonstellationen entstanden anzuerkennen. Damit müsste auch die Annahme eines allgemeinen frauenpolitischen »Emanzipationsvorsprunges« des Nordens gegenüber dem Süden als (post)koloniale Konstruktion entlarvt werden. Es ist ja keineswegs so, als wäre eine Entwicklung in Sachen Gender hierzulande überflüssig. Vor dem Hintergrund einer solchen Einsicht müsste sich dann so manche Entwicklungsmaßnahme auf die beziehen, die eigentlich den Anspruch vertreten, sie könnten andere »entwickeln«.

Anmerkung:

Ich danke dem Feministischen Arbeitskreis Berlin für die kritische Lektüre und Anregungen zu diesem Beitrag. Eine ausführlichere Fassung wird demnächst in der Zeitschrift *Peripherie* erscheinen.

► **Regina Frey** promoviert über Gender im Entwicklungsdiskurs am Institut für Soziologie der FU Berlin.

Literatur

- Beauvoir, Simone de (1992): Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Reinbek, [1949]
- Bennholdt-Thomsen, Veronika; Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive. München.
- Butler Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M.
- Gildemeister, Regine; Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die Soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Axeli-Knapp (1992) S.201-254
- Gilligan, Carol (1982): In a Different Voice; Cambridge.
- Haraway, Donna (1987): Geschlecht, gender, genre - Sexualpolitik eines Wortes. In: Das Argument, Nr. 166/1987, S.795-804
- Harding, Sandra (1994): Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu. Frankfurt/New York, 1994
- hooks, bell (1997): Feminism: A Movement to End Sexist Oppression, (1982), in: Sandra Kemp/Judith Squires (Hg.): Feminisms; Oxford/New York, S. 22-27.
- Laps, Lena (1997): Hauptsache Bewegung. Von der Frauen- und Lesbenbewegung zum Spiel mit SEXeventUALITÄTEN? In: iz3w, Nr. 219, S. 22-25.
- Mies, Maria; Shiva, Vandana (1993): Ecofeminism. London (Zed Books)
- Mills, Sara (1997): Discourse; London/New York
- Oakley, Ann (1972): Sex, Gender and Society. London.
- Rubin, Gayle (1997): The Traffic in Women. Notes on the 'Political Economy' of Sex. In: Linda Nicholson: The Second Wave. A Reader in Feminist Theory. London/New York, S. 27-62.
- Thürmer-Rohr, Christina (1995): Denken der Differenz. Feminismus und Postmoderne, In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 39, S. 87-97
- West, Candace; Zimmerman, Don H. (1991): Doing Gender. In: Judith Lorber, Susan A. Farrell (Hg.): The Social Construction of Gender. Newbury Park, London, New Delhi, S. 13-37.

+ Neuausgabe + Neuausgabe + Neuausgabe +

Gender in Entwicklung

Der nebenstehende Artikel von Regina Frey ist einem Sonderheft entnommen, das jetzt im **iz3w** in Zusammenarbeit mit dem ASA-Programm erschienen ist. Unter dem Titel ***Malestreaming Gender*** setzen wir uns mit Geschlechterverhältnissen in der Entwicklungspolitik auseinander. In der Broschüre wird u. a. deutlich, wie der kritische feministische Genderansatz, dem es um die Auflösung von Geschlechterkonstruktionen in der Gesellschaft geht, und seine Umsetzung in der Entwicklungspolitik auseinanderfallen.

Einzelthemen u. a.: Postkoloniale Kritik am Genderansatz + Gender in den Institutionen + Frauenorganisationen im informellen Sektor + Geschlechterdualismus in ökofeministischen Ansätzen + Frauengewerkschaften in Südafrika + Gender-Trainings + Nicaraguanische Landfrauenkomitees + Zwangsumsiedlungen in Bangladesch...

Die Broschüre (52 Seiten) ist für DM 6,- (!) + Porto zu beziehen bei: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg; Tel. 0761/74003, Fax 0761/709866; oder unter: info@iz3w.org (bzw.: www.iz3w.org)

Im einleitenden Text unserer Reihe zu Entwicklungstheorie und -politik beschäftigte sich Reinhart Kößler mit der Geschichte des Entwicklungsbegriffs, der bereits seit Friedrich List (1841) mit Nationalstaat und Modernisierung verbunden ist (iz3w 241). Vor diesem Hintergrund entstand auch die Entwicklungspolitik, deren Geschichte Claudia von Braunmühl in dieser Ausgabe skizziert. Im Fortlauf der Reihe werden wir uns mit Theorien der Entwicklung, mit aktuellen handlungsorientierten Entwicklungskonzepten wie dem der »systemischen Wettbewerbsfähigkeit« und anderen sog. »Theorien mittlerer Reichweite« auseinandersetzen. Am Ende wollen wir Überlegungen vorstellen, die dem herkömmlichen linearen und eindimensional auf Modernisierung und Wachstum ausgerichteten Verständnis von Entwicklung zu entrinnen suchen.

die redaktion



Modernisierte Modernisierung

Der entwicklungspolitische Trend zur »Globalen Strukturpolitik«

von **Claudia von Braunmühl**

Vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation und mit dem Modernisierungsparadigma im Gepäck konstituierte sich nach dem II. Weltkrieg die Entwicklungspolitik. Nach drei verlorenen Jahrzehnten enttäuschender Ergebnisse und der politischen Wende von 1989 steht diese nun nicht nur vor zunehmend leeren Kassen, sondern vor allem unter dem Druck, ihr Weiterbestehen zu begründen. Da kommt der Trend zur »Globalen Strukturpolitik« als neuem entwicklungspolitischem Leitbild gerade recht. Die im Namen dieses Begriffs propagierten Konzepte stellen jedoch im wesentlichen eine Neuauflage der Modernisierungstheorie dar.

► Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die damaligen Alliierten mit der Einrichtung des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), dem Allgemeinen Abkommen zu Handel und Tarifen (GATT) und der Gründung der Vereinten Nationen (UN) die Grundlagen einer Nachkriegsordnung zu schaffen. 1949 – also bereits zur Zeit des Kalten Krieges – wies der amerikanische Präsident Truman den vormaligen Kolonien ihre Rolle im internationalen System zu: Er bezeichnete sie als »unterentwickelte Gebiete«, deren »zivilisatorischer Fortschritt« durch »wirtschaftliche Mobilisierung« erreicht werden solle. Damit hatte der Begriff Entwicklung seinen Ort in der internationalen Politik gefunden. Entwicklungspolitik war, so formulierte es einmal der jetzige Präsident der Weltbank, »ein bemerkenswerter Versuch von Seiten unserer politischen Führung, Finanzinstitutionen als Instrument des Kalten Krieges einzusetzen.«

1961 legte eine illustre Expertengruppe, der auch W.W. Rostow und Paul N. Rosenstein-Rodan angehörten, dem US-Senat eine Studie über den »Economic, Social and Political Change in the Underdeveloped Countries and Its Implications for United States Policy« vor, die der Grundlegung der amerikanischen Entwicklungspolitik diente. Als vorrangige Begründung des Interesses an Entwicklung formulierte sie den Kampf gegen den Kommunismus. Rostow bezeichnete seine strategische Vision von Entwicklung explizit als »Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie« und entwickelte seine Theorie von universell gültigen »Stadien des wirtschaftlichen Wachstums« (Rostow 1967). Die »Nachholende Entwicklung« sollte mittels Technologisierung und Industrialisierung »traditionelle Agrargesellschaften« modernisieren. Unterentwicklung hatte folglich endogene Ursachen und wurde als Nicht-Vorhandensein von im Westen wirksamen Modernitätsfaktoren definiert.

Der nicht-kapitalistische Weg, der sozialistische Produktionsverhältnisse mit nachholender Produktivkraftentwicklung zu verbinden suchte, unterschied sich in seinen zentralen Parametern nicht von dieser Modernisierungsvariante. Auch hier sollte Rückständigkeit überwunden werden, deren Ursachen in traditionalen gesellschaftlichen Strukturen gesehen wurden. Beide Entwicklungskonzepte begründeten daraus die Notwendigkeit zentralistischer Regimes. Ob als Avantgarde oder als patrimonialer Staat mit nachzuholendem »nation-building« konzipiert – auf mehr oder weniger diktatorische Einparteien-Systeme lief es allemal hinaus. Beide Strategien – und darauf ist zuerst von feministischer Seite hingewiesen worden – teilten die Annahme, dass wirtschaftliches Wachstum allen Mitgliedern der Gesellschaft soziale Entwicklung bringen werde: Das Durchsickern des Wachstums (trickle down) werde rückständige Regionen und Sektoren in den Modernisierungssog ziehen und letztendlich auch die Haushalte marginalisierter Armutsgruppen erreichen, wo der männliche Haushaltsvorstand es an Frauen und Kinder weiterleiten werde.

Gegen Ende der »Ersten Entwicklungsdekade« äußerte der Pearson-Bericht der Weltbank (1969) erstmals Skepsis darüber, dass wirtschaftliches Wachstum automatisch zu Entwicklung führe. Er belegte die Gleichzeitigkeit des Anstiegs von Pro-Kopf-Wachstum und Armutsziffern und verwies auf die Bedeutung der weltwirtschaftlichen Rahmen-



bedingungen. Er leitete damit eine neue Phase der entwicklungspolitischen Diskussion ein, in der den exogenen Faktoren von Unterentwicklung sehr viel größeres Gewicht beigemessen wurde.

Verlorene Dekaden

► In der »Zweiten Entwicklungsdekade« wurden kritische Anfragen an die trickle-down-Annahmen gestellt und erstmals Umverteilungsforderungen formuliert. In einer berühmt gewordenen Rede sprach der damalige Präsident der Weltbank McNamara 1973 in Nairobi von »Wachstum mit Umverteilung«. Die nun konzipierte Strategie einer grundbedürfnisorientierten Entwicklungspolitik sollte die Produktivität der Armen in städtischen wie ländlichen Gebieten steigern und die Grundversorgung an Gesundheit, Erziehung, Wohnen etc. sichern. Entwicklungshilfe sollte sich in den Dienst dieser Neuorientierung stellen. Im Rahmen der Grundbedürfnisstrategie entfaltete sich eine Diskussion über die Zielgruppen entwicklungspolitischer Interventionen. So wurden etwa auch Frauen als eine in besonders prekärer Lage befindliche Zielgruppe in die entwicklungspolitische Reformdiskussion eingebracht.

Anfang der 80er Jahre war jedoch der Begriff »Entwicklung« trügerisch geworden und 1990 bezeichnete die Weltbank die »Dritte Entwicklungsdekade« als »verlorenes Jahrzehnt«. Die innovativen Ansätze der 70er Jahre hatten nicht die erhofften Erfolge gebracht und waren in Verfolgung des westlichen Entwicklungsmodells von der Akkumulation erheblicher Schulden begleitet. Mit dem Amtsantritt des konservativen US-Präsidenten Reagan 1980 war eine später als »Washington Konsens« bezeichnete neoliberale Wende eingeleitet worden, in deren Rahmen der Internationale Weltwährungsfonds (IWF) und die Weltbank sich erneut Wachstumsstrategien verschrieben, die von Umverteilungserwägungen unberührt bleiben.

Über das Instrument der Kreditvergabe von IWF und Weltbank wurde eine streng marktwirtschaftlich orientierte Austeritätspolitik für die Länder des Südens durchgesetzt, deren oberster Parameter Zahlungsfähigkeit und Weltmarktintegration waren. In Wiederaufnahme des die klassische Theorie leitenden Ricardoschen Theorems der komparativen Kosten (Weltbank 1987) wurde ein Modell internationaler Arbeitsteilung inthronisiert, demzufolge die Entwicklungsländer sich auf die Produktion und den Export von zumeist kolonial eingeführten, unverarbeiteten Primärprodukten zu konzentrieren haben. Ihren Bedarf an industriellen Gütern sollen sie aus dem Norden importieren. In immer gleicher Rezeptur – Deregulierung von Handel und Arbeitsmärkten, drastische Reduktion »unproduktiver« sozialer Leistungen, Umleitung von Subventionen auf die Förderung von Export und auf Anreize für Privatinvestitionen, Verschlankung des Staatsapparates – setzten vom »Politik-Dialog« begleitete IWF-Kreditkonditionalitäten (policy-based lending) unter dem Stichwort »Management der Schuldenkrise« ökonomische Anpassungsprogramme durch.

Per Schuldenhebel ist den Entwicklungsländern der Einstieg in die Globalisierung aufgezwungen worden. Gemessen an ihren propagierten Zielsetzungen – Reduzierung der Schulden und wirtschaftliches Wachstum – ist die Strukturanpassung indes gescheitert. Die Gesamtschulden der Länder des Südens haben sich mehr als verzehnfacht. Seit Mitte der 80er Jahre übersteigen Süd-Nord-Zahlungen die Nord-Süd-Transferleistungen. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten bleiben weit hinter den Zielvorgaben der Kreditabkommen zurück. Die innergesellschaftlichen und die globalen Einkommensscheren haben sich um ein Vielfaches vergrößert. Die ökologischen, politischen und sozialen Erosionserscheinungen in den angepassten Ländern nehmen schwer einholbare Dimensionen an.[1]

Von der Krise in die Nachhaltigkeit

► Die Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Motive, ihrer mangelnden Effizienz usf. ist so alt wie diese selbst. Was ihr in den 80er Jahren eine neue Schärfe verlieh, war die unter den Bedingungen neoliberaler Strukturanpassung deutlich erfahrene Unmöglichkeit, überhaupt Strategien für eine soziale und menschliche Entwicklung entwerfen zu können, geschweige denn mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit zu deren Umsetzung beitragen zu können. Unter dem Einfluss der nun einsetzenden Umweltdebatte, in der die ökologischen Grenzen eines verallgemeinerten Wachstums breiten Schichten deutlich wurde, wurde aus der Kritik an der Entwicklungsstrategie rasch eine Kritik des Entwicklungsmodells einer an westlichen Produktions- und Konsummustern orientierten Modernisierung.

Es entstand dabei eine Ambivalenz, die bis heute den Gang der Dinge prägt. So heißt es etwa im Brundtland-Bericht der Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung (1987): »Was wir nun brauchen, ist eine neue Phase wirtschaftlichen Wachstums – Wachstum, das kraftvoll ist und zugleich sozial und ökologisch nachhaltig.« Der Brundtland-Bericht bot mit dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung gewissermaßen eine konditionale Rehabilitierung des Entwicklungsgedankens an. Diese Offerte wurde nach 1989 und v.a.

im Zusammenhang mit der von den Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro durchgeführten Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) begierig aufgegriffen. Seitdem münden entwicklungspolitische Fragestellungen zunehmend in die umfassendere Debatte um die ökonomischen, ökologischen, sozialen, politischen und kulturellen Dimensionen des Begriffs »nachhaltige Entwicklung«.

In der BRD-Debatte finden sich auf der einen Seite neben ökologischen Reformkräften, deren umweltpolitisch motivierte Entwürfe zum Umsteuern v.a. auf Aktivitäten im Norden fokussieren (BUND/Misereor), auch radikale kapitalismuskritische Stimmen (Sachs, Hinkelammert). Auf der anderen Seite schneidet die als Sachzwang inszenierte Globalisierungsdebatte alternative Visionen und Strategien radikal ab. Unter der Hand wird hier aus der Einsicht: »Das westliche Modernitätsmodell ist nicht verallgemeinerbar« ein kaum verhülltes »Es ist eben nicht verallgemeinerbar für alle.«

An beiden Enden kommt Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit eigentlich nicht mehr vor. An dem einen, weil der ganze Pfad als einer der Nicht-Entwicklung denunziert wird, am anderen, weil das neoliberale Credo keinen Ort bereithält für soziale Zusammenhänge, die sich in umgrenzten Räumen füreinander verantwortlich erklären. Dabei hat – noch bevor die Debatte über die Erosion des Nationalstaats den Norden erreichte – die in den Ländern des Südens seit nun fast zwanzig Jahren durchexerzierte Politik der Strukturanpassung deutlich vor Augen geführt, wie Staatsapparate in globalisierungsorientierte Funktionen umgeformt und Bürgerrechte zu Nachfragefähigkeit an Märkten verschoben werden können. Die Weltbank hat unlängst beschlossen, den Begriff des Bürgers zugunsten desjenigen vom Kunden aufzugeben. Der definitorische Bezug von Regierungen auf Markthandeln und Zahlungsfähigkeit markiert den logischen entwicklungspolitischen Endpunkt.

Von der Nachhaltigkeit zur globalen Strukturpolitik

► Ebenfalls unter dem normativen Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entstand in der BRD eine Debatte um den Gedanken einer »Global Governance« (SEF 1995). Angesichts der katastrophalen Folgen der neoliberalen Strukturanpassung wird hier versucht, ein ordnungspolitisches Instrumentarium zu entwerfen, das dem Begriff »nachhaltige Entwicklung« einen sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Inhalt verleihen kann. Anknüpfend an den sogenannten »post-Washington Konsens« mit seiner partiellen Rehabilitierung staatlicher Funktionen und Steuerungsleistungen, sucht Global Governance entgegen der systematischen Selbstenteignung der Staatsmacht gegenüber der Allgewalt von Marktförmigkeit »neue Handlungskorridore« zu eröffnen. Dazu werden Neu-Arrangements von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im internationalen Raum skizziert und adäquatere Regelungs- und Steuerungsformen für globale Probleme entworfen.

Der Entwurf hat sich kritisieren lassen müssen ob der von ihm unterstellten Möglichkeit sachbezogener, herrschaftsfreier und konsensorientierter Diskurse sowie der mangelnden Angabe von sozialem Träger und Umsetzungsstrategien (s.u.a. *iz3w Schwerpunkt 224*). In der Tat mag bezweifelt werden, ob die Funktionen von Staat und Politik im Managen und Moderieren von Sachzwängen aufgehen und ob ein Begriff des Politischen realitätstüchtig ist, in dem Herrschaft nicht mehr vorkommt. Auch ist das Konzept eher karglippig hinsichtlich einer Politik, die auf soziale Gerechtigkeit zielt.

Armutsbekämpfung zielt heute auf die Selbstorganisation der Marginalisierten

Gleichwohl ist das Konzept weithin – auch von einigen seiner KritikerInnen – als analytischer Rahmen und normativer Raum für »Globalisierung von unten« und als Ansatzpunkt für einen neuen emanzipatorischen Gesamtentwurf anerkannt worden. Auch die entwicklungspolitische Community hat den Topos Global Governance rasch aufgegriffen. Sie sucht aus ihm die Grundlage für eine Bändigung des vorherrschenden neoliberalen Paradigmas zu gewinnen und dabei zugleich ihr eigenes Handlungsfeld zu retten.[2] »Entwicklungspolitik«, so heißt es in einem internen Diskussionpapier der GTZ »braucht eine neue politische Legitimation... seit ...die Globalisierung wirtschaftlicher Beziehungen mit ihren weltweit zunehmend integrierten und deregulierten Kapitalmärkten die Entwicklungshilfe als einen ordnungspolitischen Sündenfall in einer auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhenden Weltwirtschaft erscheinen läßt.« Fortan wurde Global Governance mit globaler Strukturpolitik übersetzt und auch die Entwicklungspolitik auf diesen Begriff gebracht.

So stellt etwa der Koalitionsvertrag vom Oktober 1998 das Kapitel Entwicklungspolitik gänzlich in diesen Kontext: »Entwicklungspolitik ist heute globale Strukturpolitik, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in Entwicklungsländern zu verbessern. Sie orientiert sich u.a. an dem Leitbild einer globalen nachhaltigen Entwicklung.« Der Koalitionsvertrag bezieht sich damit begrifflich auf einen breiten Konsens, der auch von der NGO-community geteilt wird. Mittlerweile wird der Begriff zu einem strategischen Konzept fortentwickelt. Im Einjahres-Rückblick des rot-grünen BMZ heißt es: »Entwicklungspolitik gestaltet globale Rahmenbedingungen zugunsten der Entwicklungsländer«.

Damit ist zunächst einmal eine Einsicht definiert, die sich deutlich von der entwicklungspolitischen Argumentation der 80er Jahre unterscheidet. Damals waren die Rahmenbedingungen schlechthin sakrosankt. Entwicklungspolitik stellte sich schweigend unter den von IWF und Weltbank vorgegebenen makro-ökonomischen Konsens, und Entwicklungszusammenarbeit suchte in der Verfeinerung des projekt- und programmbezogenen Planungs- und Management-Instrumentariums das einzuholen, was die Rahmenbedingungen fortlaufend unterhöhlten. Demgegenüber wird jetzt die Jahrzehnte alte Erfahrung der Entwicklungszusammenarbeit, dass über Entwicklung nicht in Einzelprojekten entschieden wird, sondern auf der weitgehend durch den Norden dominierten Ebene von Handels-, Finanz-, Investitions-, Umwelt-, Sicherheitspolitik, in den politischen mainstream aufgenommen. Eindeutig tritt jetzt der klassische staatlich administrierte Transfer von Ressourcen in Entwicklungs- und Transformationsländer in den Hintergrund der Entwicklungspolitik.[3] Der Anspruch, Rahmenbedingungen zu verändern, ist also zunächst zu begrüßen. Es ist aber zu überprüfen, ob globale Strukturpolitik sich in Grundstruktur wie Umsetzung tatsächlich von dem neoliberalen Paradigma entfernt und damit die kritische Intention des Global Governance Diskurses aufnimmt.

More of the same

► Das beginnt mit der Finanzierung. Neue Modelle der Entwicklungsfinanzierung wie die Private Public Partnership (s. *iz3w 227*) sind in der Diskussion. Aus dem BMZ verlautet, dass »das weitaus größere Potential zur Finanzierung Globaler Strukturpolitik (...) bei der Wirtschaft (liegt).« (W.-Zeul: 103). Unterstellt wird damit die Vereinbarkeit der jeweils verpflichtenden Logiken von shareholder value und stakeholder value. Die Dimensionen Gemeinwohl, Interessen und Konflikte sind hier deutlich dethematisiert, wie auch die Frage, ob die öffentliche Hand so ohne weiteres aus ihrer wohlfahrtstiftenden Funktion entlassen werden darf. Und: Die Privatwirtschaft hat diese Partnerschaft nicht gesucht. Vielmehr deuten sich hier Anpassungsleistungen seitens der Entwicklungspolitik an, die mit zentralen entwicklungspolitischen Imperativen wie der Herstellung gerechter Lebenschancen und sozial wie ökologisch akzeptabler Lebensverhältnisse nur schwer vereinbar sein könnten. In den derzeit stattfindenden Vorbereitungstreffen für die Nachfolgekonferenz zum Weltsozialgipfel (Kopenhagen plus 5) wehren sich USA wie EU nachdrücklich gegen jede soziale Verantwortlichkeit der Privatwirtschaft.

Der Angelpunkt von Globaler Strukturpolitik liegt jedoch andernorts. Entwicklungshilfe soll laut UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) vorrangig zur Verbesserung der Bedingungen für privates Kapital und der Marktkräfte eingesetzt werden, damit diese ihre potentielle entwicklungsfördernde Wirkung entfalten können. Sie soll »den Kreis der Länder, die für private Finanzflüsse interessant sind, ausdehnen und auch den schwächeren Partnerländern faire Chancen im Weltmarkt eröffnen« (W.-Zeul: 103). Sie soll die Entwicklungsländer »für die Globalisierung fit machen.« (GTZ) Zwar gibt es in den Konzeptentwürfen durchaus Elemente, die über die bloße politische Flankierung marktförmiger Prozesse hinausgehen wollen und soziale und ökologische Gerechtigkeit als Ziele benennen. Letztendlich aber entwerfen sich die strategischen Hinweise zur Globalen Strukturpolitik ganz als Anschlussförderung an einen neoliberal geformten Globalisierungsprozess. Im Rahmen dieses entwicklungspolitischen Entwurfs liegt die wesentliche Aufgabe von Entwicklungszusammenarbeit bei »capacity building«, der Herstellung anschlussnotwendiger Fähigkeiten und Strukturen im Dienste der »Verbesserung der Standortqualität in den Partnerländern« (GTZ).

Für die Anschlussunfähigen, die laut dem jüngsten Weltbankbericht auch in der Zukunft dramatisch ansteigenden Masse der absolut Armen – 1,5 Mrd. die mit unter einem Dollar am Tag auskommen müssen, fast das Doppelte, wenn man auch Menschen mit zwei Dollar am Tag für sehr arm hält – hat der Entwurf keinen Platz. Ungeachtet aller Erkenntnisse aus vergangenen Entwicklungsdekaden und ungeachtet der fortlaufenden Produktion von Armut und Ausschluss wird uns kontrafaktisch die Re-Inthronisierung des trickle-down Effekts angeboten. In den Ausführungen des BMZ zu den neuen Akzenten in der Entwicklungspolitik sind die Entwicklungsländer als Fußlahme beschrieben, die dem »wirtschaftlich und technologisch beschleunigten Globalisierungsprozess« zeitlich ein wenig hinterherhinken. Das Hauptproblem der Entwicklungsländer sei, dass sie »dem Tempo des Strukturwandels nicht gewachsen sind. Ihnen eine faire Teilhabe am Fortschritt zu ermöglichen, ist die vorrangige Aufgabe globaler Strukturpolitik« (W.-Zeul: 100).

Da sind wir dann wieder bei der Linearität der »Stadien des wirtschaftlichen Wachstums« (Rostow) und der nachholenden Modernisierung als zentraler Entwicklungsstrategie. In geschichtslosem more-of-the-same bleibt undiskutiert, was den gegenwärtigen globalen Fortschritt in die Lage versetzen werde, seine Wirksamkeit weniger disparitär zu entfalten als dies für die hinter uns liegenden Entwicklungsdekaden belegt ist. Der UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 resumiert: »Der Anteil des reichsten Fünftels der Welt am globalen Einkommen ist 74 mal so hoch wie der des ärmsten Fünftels.« Er fasst sein reiches Datenmaterial zusammen: »Die Ungleichheit ist schlimmer geworden, sowohl weltweit als auch innerhalb der Länder«. Die gegenwärtig zirkulierenden Entwürfe von Entwicklungspolitik als globaler Strukturpolitik grenzen den sozialen Raum der wieder eingeführten trickle-down-Annahme nun a priori auf die Herstellung einer globalen Mittelklasse ein. Und das ist das einzig neue an der Wiederbelebung des Mythos: sein Versprechen ist bescheidener geworden.

Zugleich haben sich alle OECD-Länder zu Beginn der 90er Jahre in die von der Weltbank konzipierte Strategie der Armutsbekämpfung eingeordnet, deren Kern in der marktförmigen Selbstorganisation der weltweit sozial Marginalisierten besteht. Ein Anschluss der Masse der Bevölkerung an globale Wachstumsstrategien ist dort nicht mitgedacht.

Zwar zielt Entwicklungspolitik, begriffen als systematische Beeinflussung der Rahmenbedingungen, durchaus auf die richtige Handlungsebene. Als globale Strukturpolitik definiert sie sich zu Recht als Querschnittaufgabe, denn es geht ihr um mainstreaming ihres spezifischen Mandats, das auf die Ermöglichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern zielt. Problematisch am derzeit erkennbaren Profil von Globaler Strukturpolitik indes ist, dass sie sich vorrangig an systemischer Wettbewerbsfähigkeit orientiert und nicht an systemischer Armutskämpfung und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.[4] Wenigstens wäre zu erwarten, dass die Lehren und Einsichten vergangener Entwicklungsdekaden Eingang finden in die Formulierung neuer Paradigmen (UNDP) oder bescheidener Akzente (BMZ) und dass Entwicklungspolitik Interessen, Konflikte und Widersprüche deutlicher benennt und dadurch – nicht durch bloßes Eintauchen in den neoliberalen Strom – ihre Existenznotwendigkeit beweist.

Anmerkungen:

1 Die systematische Umverteilung von unten nach oben und die rücksichtslose Ausplünderung von Naturräumen berühren vor allem die Lebenssituation der Armen. Insbesondere Frauen sind von der Verteuerung der Lebenshaltungskosten, der dramatischen Reduktion des öffentlichen Anteils an sozialer Grundversorgung und ihrer Verlagerung in den privaten Bereich sowie der zunehmenden Knappheit entlohnter Arbeit betroffen. Das hat zu den Begriffen der »Feminisierung der Armut« und »Feminisierung der Verantwortung« geführt (v. Braunmühl 1998).

2 Die Institutionen und Apparate der Entwicklungszusammenarbeit sehen auch ihre materielle Basis bedroht. Der BMZ-Haushalt wurde bis zum Jahr 2003 auf 84% des Niveaus von 1999 gekürzt (bei der EU sind es fast 30%!) und bewegt sich auf 0.2% des BSP hinunter. Bei den privaten Trägern, deren Bedeutung verbal vom neuen BMZ immer wieder hervorgehoben wird, wurden sogar überdurchschnittliche Kürzungen vorgenommen.

3 Drei Argumentationsgebäude lassen sich zur Begründung weiterhin notwendiger Ressourcentransfers ausmachen: 1. Krisenprävention als Risikobekämpfung: Die Bedrohung durch die Armen löst hier diejenige des Kommunismus als Legitimation ab. 2. Die herkömmliche bilaterale Zusammenarbeit wird als Instrument globaler Strukturpolitik verkauft. Hier überwiegt das Bestandsinteresse. Irritierend ist die Geschichtslosigkeit, mit welcher die Selbstempfehlung kritische Debatten und Einsichten schweigend überspringt. 3. Universelle Menschenrechte: Diese Legitimationsableitung verankert sich ganz an einem um die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen erweiterten Begriff der Menschenrechte. Zu diesem Pol darf wohl die Intention des Global Governance-Konstrukts ebenso gerechnet werden wie ein Großteil der NGOs, die Kirchen und Bündnis 90/Die Grünen.

4 Um nur ein Beispiel zu nennen: Die weiterhin praktizierte neoliberale Strukturierung der Ökonomien schuldenbelasteter Länder des Südens mit ihrer bekanntermaßen armutsverschärfenden und sozial polarisierende Wirkung ist in der vom Norden dominierten Debatte um Gobalisierung und Global Governance nur ungenügend aufgehoben. Entschuldungsprogramme, die immer an die buchstäblichste Umsetzung der verordneten Anpassungsprogramme gebunden sind, werden wie zuletzt beim Kölner Weltwirtschaftsgipfel als Beitrag zur Armutsbekämpfung präsentiert, und die konditionale Entschuldung wird mit verbesserten Anschlusschancen begründet. Wer hier von welchen Schulden entlastet wird und wie der Widerspruch zwischen dem erhofften Einstieg in die neoliberal verfasste Weltwirtschaft und einer wirksamen Verbesserung der Lage der Armen aufzulösen ist, wird erst gar nicht zum Thema.

Literatur

- v. Braunmühl, Claudia, 1998, Frauenanfragen an Entwicklungspolitik. In: Uta Ruppert (Hg.), Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt/New York
- BUND/Misereor (Hg.), 1997, Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Aachen
- Hinkelammert, Franz, 1994, Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie. Luzern/Mainz
- Rostow, Walt Whitman, 1967, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, 2. Auflage. Göttingen
- Sachs, Wolfgang (Hg.), 1992, Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Hamburg
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.), 1995, Nachbarn in einer Welt. Bonn
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie, 1999, Nachhaltige Entwicklung durch Globale Strukturpolitik, in: Vereinte Nationen 3/1999, S.100-103

► **Claudia von Braunmühl** ist Honorarprofessorin für Internationale Politik an der Freien Universität Berlin und als entwicklungspolitische Gutachterin tätig.

(Der Text wurde von der Red. gekürzt. Die Originalfasssung erscheint demnächst in: Kreibich/Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Berlin-Verlag. Der vollständige Text kann mit umfangreicheren Literaturangaben auch im iz3w bestellt werden.)

Waschen, schneiden, legen?

Pluralismus, Zensur und Anpassung in der neuen Medienlandschaft



Foto: P. Nqalb/EMI-Archiv

von **Birgit Morgenrath**

► In den 80er Jahren, als in den brennenden Townships von Kapstadt der Ausnahmezustand herrschte, brachten ein paar Leute Kassetten mit politischen Reden und Musik unters Volk. Unzensierte Information und Volksbildung waren ihre Ziele. Auch heute noch fühlen sich die Mitarbeiter von »Bush Radio«, dem ehemaligen Untergrund-Radio, ihrer »community« verpflichtet – den Unterprivilegierten in den »Cape Flats«, den Wohngebieten der Schwarzen und »Farbigen« im Osten Kapstadts. Bush Radio ist eines von rund 100 Community Radios, die bei der Unabhängigen Radiobehörde in Johannesburg Lizenzen beantragen können. Bisher halten sich die meisten noch mit Spenden über Wasser. Sie sind ein Zeichen des »neuen« demokratischen Südafrika und stehen für die Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung des Landes. Man schätzt, dass sie bislang rund zwei Millionen Hörer und Hörerinnen haben.

Das sind allerdings nur zehn Prozent der Hörerschaft, die die 22 Stationen der South-african Broadcasting Corporation, SABC, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erreichen. Früher wurde dieser als Staats- und Apartheid-Funk boykottiert, heute werden die Mitglieder des Rundfunkrates vom Parlament öffentlich angehört und vom Staatspräsidenten ernannt. Doch der Sender steht auch heute noch unter dem Einfluß der Politik. Das mag nicht einmal Chris Vick vom Presseamt der Regierung leugnen. Im Gegenteil. »Für uns ist das ziemlich nützlich,« sagt er. »Wenn man eine Botschaft an 23 Millionen Südafrikaner verbreiten will, dann geht man zur SABC und sagt denen: 'Sendet das bitte' – und sie tun es!« Ähnliche Regierungsnähe wird dem SABC-Fernsehen nachgesagt. Minister versuchten, ihre Mitteilungen direkt über die Redaktionen zu lancieren. Laura Pollecutt vom unabhängigen Institut für Meinungsfreiheit, FXI, das früher Anti-Zensur-Kampagnen organisierte, erzählt von empörten Berichten der Redakteure über regierungshörige »Kräfte«. Der Abschlussbericht einer internen Untersuchung habe aber alle Verdächtigen von dem Versuch freigesprochen, die Redaktionen zu beeinflussen.

Die privaten kommerziellen Medien stellen keine ernsthafte Konkurrenz dar. Nur wenige der 16 privaten Radios sind heute so engagiert wie etwa »Radio 702« in seinen Anfängen. Seit Anfang der 80er Jahre opponierte es vom Gebiet des »unabhängigen« Homelands Boputhatswana aus gegen die Apartheid. Menschen aller Hautfarben legten bei »702« Platten auf. Darum nannte sich der Sender »Rainbow-Station«, lange bevor Nelson Mandela den Begriff für die südafrikanische Nation entdeckte.

Mandela hat den Chef-Redakteuren den Kopf gewaschen

Während sich die Radio- und Fernsehlandschaft – im üblichen privatwirtschaftlichen Rahmen – ausdifferenziert, ist die Presse noch immer von Monopolen beherrscht. Viele einst vom Ausland finanzierte alternative Blätter sind nach dem Ende der Apartheid wegen Geldmangels eingestellt worden. Mit wenigen Ausnahmen, wie die ehemalige »Weekly Mail«. Die »Mail«, berühmt wegen ihrer zahlreichen Enthüllungen über die Verbrechen der Apartheid, konnte ihre Unabhängigkeit bewahren: Sie muss keinen Profit machen. Denn sie gehört zu 72 Prozent dem britischen Guardian, der seinerseits von der Scott-Stiftung finanziert wird, die die Unabhängigkeit von Medien in vielen Commonwealth-Staaten fördert. Mit der gleichen Härte wie früher untersucht die »Mail«, ob die ANC-Regierung ihre Wahlversprechen erfüllt und enthüllt Fälle von Korruption oder Misswirtschaft. Die ANC-geführte Regierung jedoch verlangt Loyalität. Rehana Rossouw, die stellvertretende Chefredakteurin, lacht: »Wir nennen das 'the Big Sulk' – das große Schmollen.«

Weniger Kritik hat die südafrikanische Regierung von den beiden großen Presse-Monopolen zu befürchten. Die Zeitungen des Rohstoff-Konzerns Anglo American wurden zum Teil in die »schwarzen Hände« der Times-Gruppe unter dem ehemaligen ANC-Politiker Cyril Ramaphosa gegeben. Der größere Teil ging an den Independent-Verlag des Iren Tony O'Reilly. Über 70 Prozent der englischsprachigen südafrikanischen Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 3,3 Millionen sind jetzt in O'Reillys Hand. Bei den anderen Medien ist ausländische Beteiligung auf 20 Prozent beschränkt. Barry Streek, früher bei der »Independent«-Zeitung »Cape Times«, meint, der irische Verlag sähe seine Rolle darin, »das neue Südafrika nicht ins Wanken zu bringen.« Der größte Teil der englischsprachigen Presse betreibe Verlautbarungs-Journalismus. Wahrscheinlich befürchte O'Reilly, die Regierung werde bei unbotmäßigen Artikeln seiner Zeitungen südafrikanische Anteile an seinem Imperium fordern. Chris Vick, heute beim südafrikanischen Presseamt und früher selbst kritischer Journalist, erzählt, Mandela habe bei einigen Treffen den Chefredakteuren »den Kopf gewaschen«, danach hätten sie sich nicht mehr getraut »den Präsidenten zu brüskieren«.

Verantwortlich für die unkritische Berichterstattung ist auch die schlechte Ausbildung der Journalisten. Viele erfahrene (weiße) Journalisten und (schwarze) Nachwuchskräfte sind auf besser bezahlte Jobs in Verwaltung und Wirtschaft gewechselt, andere wurden entlassen. Die meisten leitenden Redakteure sind weiterhin konservativ, weiß und männlich. Nach einem Bericht der südafrikanischen Menschenrechtskommission über Rassismus in den Medien werden auch immer noch die Klischees bedient, Schwarze seien kriminell, irrational und inkompetent. Leider berief sich der Bericht auf einige sehr dubiose Beispiele. Die Presse lehnte den Befund daher fast einhellig ab und bezichtigte ihrerseits die der Regierung unterstellte Menschenrechtskommission eines Angriffs auf die Pressefreiheit.

► **Birgit Morgenrath**, Rheinisches JournalistInnenbüro, arbeitet für Hörfunk und Presse zum südlichen Afrika.

Hier regiert die N-G-O

Ecuador: Putsch der Zivilgesellschaft?

von **Stephan Günther**

► Eine Revolte der »Zivilgesellschaft« – so die internationale Presse und die Aufständischen selbst – hat im Januar die alte Regierung in Ecuador gestürzt. Es war eine kurzzeitige, aber fast vollständige Staatsbildung, die die »Zivilgesellschaft« dabei vollzog: Zunächst bildete sie ein »Parlament des Volkes«, dann eine »Regierung des Volkes« und schließlich integrierte sie auch noch das Militär. Heraus kam dabei eine »Regierungsjunta der nationalen Rettung«, die allerdings bereits nach sechs Stunden wieder abgesetzt wurde. Die Militärs lenkten ein, der bisherige Vize Gustavo Noboa wurde Präsident und die Aufständischen zogen sich zurück.

Was war geschehen? Ein breites Oppositionsbündnis hatte massiv gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung des Präsidenten Jamil Mahuad protestiert. Als der Regierungschef am 10. Januar erklärte, dass Preise, Löhne und Gehälter künftig in US-Dollar bezahlt und der Kurs des ecuadorianischen Sucre eingefroren werden sollte, wurden die Proteste massiver. Die angekündigte »Dollarisierung« führte zu Massenstreiks und einer Reihe von Demonstrationen, denn viele befürchteten, dass die Fixierung des Dollar-Kurses vor allem die unteren Gehaltsschichten benachteiligen würde. Gleichzeitig hatte die Regierung die Privatisierung von Gesundheits- und Erziehungswesen angekündigt. (vgl. D. Azzellini, Lateinamerika Nachrichten 2/2000)

Den von der »Konföderation Indigener Nationen Ecuadors« (Conaie) initiierten Protesten schlossen sich nach und nach mehr als 500 weitere Gruppen und Organisationen an. Erst streikten Kleinhändler, Angestellte der Sozialversicherungsanstalt und des Gesundheitswesens, schließlich legte ein Transportstreik den Verkehr lahm. Trotz der Ausrufung des Notstands durch den Präsidenten, der folgenden Schließung der Schulen und massiver Militärpräsenz wurden die Streiks und Proteste Mitte Januar noch ausgedehnt. Die Erdölarbeiter schlossen sich an, und die Conaie und Bauernverbände blockierten die Straßen. Höhepunkt war schließlich die Besetzung von Parlamentsgebäude und Oberstem Gerichtshof zunächst durch eine Gruppe von etwa 1.500 Indígenas, später auch einiger Militärs. Der Präsident Jamil Mahuad wurde abgesetzt und durch eine »Regierungsjunta der nationalen Rettung« ersetzt, deren Zusammensetzung jedes bisherige Machtgefüge über den Haufen warf: Lucio Gutiérrez, ein Militäroberst, Carlos Solórzano, Ex-Vorsitzender des Obersten Gerichts des Landes, und Antonio Vargas, Vorsitzender der Conaie.

Letzterer hatte zuvor angekündigt, die Conaie werde gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft die politische und ökonomische Macht übernehmen. Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen hatten ein »Parlament des Volkes« gegründet, das umgehend die Machtübernahme beschloss. Der Staatsstreich wurde von den USA, der Europäischen Union und auch von den lateinamerikanischen Staaten als »Anschlag auf die legitim konstituierte Ordnung« verurteilt. Die Aufständischen dagegen sahen in ihrem Handeln einen Protest gegen die korrupte Elite. Die »Revolution der Ponchos« (A. Kowii, Mailing-Liste Recosur, 24.02.) sei nicht nur eine Erhebung gegen die aktuelle Wirtschaftspolitik, sondern auch gegen den Rassismus der weißen Minderheit gegenüber der indigenen Bevölkerung. Conaie setze sich konkret für bessere Lebensbedingungen der Indigenas und mehr Akzeptanz indianischer Kulturen ein.

Solange sie sich an staatlichen Strukturen orientieren, ...

... sind Nichtregierungsorganisationen Regierungsorganisationen im Wartestand

Gründe für die Revolte gibt es also zur Genüge. Doch was versprachen sich die Aufständischen von der Kooperation mit dem Militär? Zunächst scheint der Conaie-Aufruf an das Militär realpolitisch begründet: Ohne die Unterstützung der Streitkräfte sei keine friedliche Änderung möglich, argumentieren die Indígena-Vertreter. Darüberhinaus tritt das Militär in der durch Korruption und Misswirtschaft geprägten politischen Landschaft als einzig verbliebene Ordnungsmacht auf – und pflegt dieses saubere Image in der Öffentlichkeit. Vor allem die links-populistische »bolivarianische« Strömung, der auch der am Aufstand beteiligte Oberst Lucio Gutiérrez zugerechnet wird, galt den Nichtregierungsorganisationen daher als ernstzunehmender Bündnispartner.

Die Revolte könnte also auch als Putsch gewertet werden. Denn sie zielte auf die Macht im Staate: Das nächste Mal, so kündigte die Conaie an, werde sie die Macht übernehmen. Wenn die Nichtregierungsorganisation aber eine Regierungsbeteiligung oder gar -übernahme anstrebt, was unterscheidet sie dann noch von einer Partei oder dem putschenden Militär? Womit legitimiert die NGO ihre Macht? Darf die Zivilgesellschaft putschen?

Es spricht nichts gegen den Aufstand selbst. Die Revolte ist ein Versuch, sich gegen eine Politik zu wehren, die auch noch die letzten Sozialleistungen streicht und soziale Ungleichheit fortschreibt. Falsch ist allerdings die vor allem in der hiesigen Rezeption des Aufstandes gepflegte Vorstellung von Zivilgesellschaft und Staat, die sich wie zwei Gegner gegenüberstehen. Die Trennung in (gute) zivilgesellschaftliche und (schlechte, weil korrupte) staatliche Strukturen ist konstruiert. Denn beide beziehen sich aufeinander: Die Zivilgesellschaft ist das Terrain, auf dem sich das politische System und die bürgerliche Hegemonie konsolidieren. Das wird besonders dann deutlich, wenn – statt Gegenmacht aufzubauen – an »Alternativen« gearbeitet und auf deren Umsetzung gedrängt wird. Denn solange der Staat Adressat dieser Proteste und Reformvorschläge ist und nicht in seiner Existenz in Frage gestellt wird, gehören NGOs zum »erweiterten Staat« (Gramsci) wie andere Teile der Gesellschaft auch. Solange sie sich ausschließlich an staatlichen Strukturen orientieren, sind Nichtregierungsorganisationen Regierungsorganisationen im Wartestand. Ein Bündnis mit dem Militär ist dann eine von mehreren Optionen zur Durchsetzung der eigenen Ziele. Die Conaie könnte ebensogut an der nächsten Wahl teilnehmen. Spätestens dann, wenn die Nichtregierungsorganisation an die Regierungsmacht drängt, kommt ihre Nähe zu Staat und Politik deutlich zum Ausdruck. Der Protest wird dabei kanalisiert. Der neue ecuadorianische Präsident kündigte denn auch eine Fortsetzung der bisherigen Politik an.

► **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Spreu ohne Weizen

Konzeptlos gegen den Hunger

Die Zahl der Hungernden auf der Welt steigt immer noch. Nach FAO-Angaben sind 840 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Angesichts des weiterhin anwachsenden Reichtums und den Mengen an Nahrungsmitteln, die tagtäglich weltweit produziert werden, sollten solche Zahlen eigentlich Botschaften aus vergangenen Zeiten sein. Armut, aus der Hunger entsteht, ist aber so aktuell wie eh und je. Genauso aktuell wie die Fortschrittsideologie, die zum xten mal verspricht, nun endlich den Weg zur ausreichenden Ernährung aller gefunden zu haben. Meist handelt(e) es sich dabei jedoch um wissenschaftlich-technische Konzepte und Großprojekte, die vielen Menschen erst die Grundlage ihrer Reproduktion entzogen haben *(s.S. 24-25)*. War es in den 70er Jahren die »Grüne Revolution« und in den 80ern die Bevölkerungspolitik, so ist es seit den 90er Jahren vor allem die Bio-und Gentechnologie, die die Phantasie beflügelt.

Die Geschichte des Hungers ist auch eine Geschichte von Enteignung

Weder der »Grünen Revolution« noch der Biotechnologie geht es aber primär um die Bekämpfung von Armut und Hunger. Vielmehr ringen miteinander konkurrierende Konzerne aus den mehr und mehr zusammen wachsenden Sektoren Agrar und Chemie in Eintracht mit staatlichen und multinationalen Institutionen um Freihandel und Profite auf dem globalen Markt der Nahrungsmittelproduktion. Zu diesem Markt gehören u.a. landwirtschaftliche Technologie, die Zucht von Sorten mit spezifischen Eigenschaften und die entsprechenden Pestizide. Es ensteht eine 'life industry' in den Bereichen Ernährung und Gesundheit, die zusammen mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien die kommende kapitalistische Formation bestimmen wird. Die Landwirtschaft des Südens ist dabei das Exerzierfeld sich abwechselnder und teils widersprechender Strategien, auf dem die dortigen LandwirtInnen eine Statistenrolle spielen – wenn sie sich nicht wie in Brasilien gegen internationale Multis und nationale feudale Eliten zur Wehr setzen *(s. S.29-32)*.

Geflissentlich übersehen wird dabei, dass längst genug Nahrungsmittel produziert und fast immer und überall prinzipiell auch zur Verfügung stehen. Zum einen müssten aber mehr Menschen tatsächlich Zugriff auf diese Nahrungsmittel erhalten, und zum anderen müssten sie – vor allem im Süden – die Produktionsmittel und Vermarktungswege in die Hand bekommen und anders organisieren. Beides würde allerdings grundlegende Veränderungen im Weltwirtschaftssystem voraussetzen. Solche hat nun weder die entwicklungspolitische Losung von der Armutsbekämpfung im Sinn noch die neueren wissenschaftlichen Ansätze, die sich um die Klärung von Hungerursachen bemühen. Zwar gehen diese nicht mehr von Nahrungsmittelknappheit aus, die infolge von Produktionsausfall, Bevölkerungswachstum oder Umweltkatastrophen quasi als Schicksalsschlag zu betrachten und der vor allem durch Not- und Katastrophenhilfe sowie Bevölkerungskontrolle beizukommen wäre. Jedoch führen ihre Modelle, die von Verteilungsungerechtigkeit und dem Mangel vieler Menschen an Verfügungsgewalt über Mittel zum Nahrungserwerb ausgehen, kaum zu politischen Forderungen oder praktischen Konzepten *(s.S.19-21)*.

Wie der Hunger selbst bleibt damit die Parole der Dritte-Welt-Bewegungen aus den 70er Jahren »Hunger wird gemacht« aktuell. Auch in punkto Alternativen hat sich nichts Wesentliches getan. Seit den 70er Jahren werden die Abkoppelung von Volkswirtschaften – mit zunehmender Globalisierung zunehmend irreal – sowie Subsistenz und Eigenständigkeit (Self-Reliance) von Kleinbauern angeführt, die nicht für den (Welt)Markt produzieren *(s.S.22-23)*. Dazu kommt die vage Hoffnung einiger NGOs, eine reformierte WTO könne einmal nicht nur den Interessen der »freien Wirtschaft« dienen, für die sie gemacht ist, sondern auch den südlichen Bauern und Bäuerinnen Chancen eröffnen. Ob solche »Chancen« jedoch darüber hinaus gehen, dass lokale NutzerInnen und TrägerInnen von ökologischem Wissen als Ressource für die moderne Gen- und Biotechnologie herhalten, ist zweifelhaft. Schließlich stellt diese neue Entwicklung einen weiteren Schritt in dem bereits seit Jahrhunderten fortschreitenden Prozess der Enteignung dar – von der Monetarisierung des Bodens hin zur Enteignung von Wissen durch Patentrechte *(s.S. 26-28)*.

Vor dem Hintergrund dieser fortlaufenden Herstellung von Hunger gibt der Themenblock einen Überblick zu aktuellen Erklärungsansätzen von Hungerursachen und politischen Forderungen zu ihrer Beseitigung.

die redaktion





Foto: R. Maro/version

Die Klasse der Verwundbaren

Theorien zu den Ursachen von Hunger

von **Eberhard Weber**

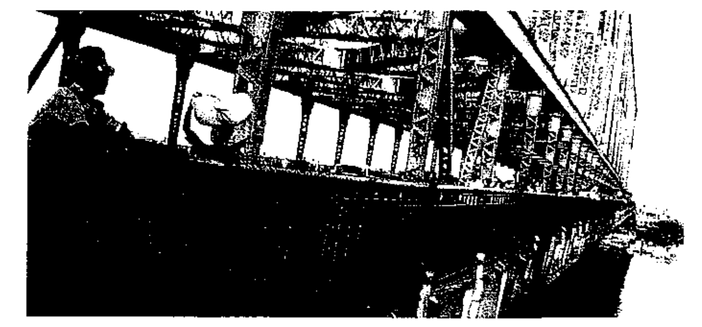
Hungersnot ist keine Folge von zu wenig Nahrung. Vielmehr trifft sie Menschen, die in Armut leben. Diese banal klingende Feststellung rückt die Frage nach den komplexeren gesellschaftlichen Ursachen von Hunger ins Zentrum neuerer theoretischer Analysen. In der Praxis dominieren allerdings Katastrophen- und Nothilfe.

► Keine zwei Monate nachdem der indische Finanzminister Singh dem Parlament den Haushaltsentwurf für das Jahr 1991/92 vorgelegt hatte, rückten im September 1991 Meldungen über Hungertote in Andhra Pradesh auf die Titelseiten lokaler Tageszeitungen. Eigentlich nichts Ungewöhnliches in einem Land, in dem Hungersnöte Jahrhunderte lang zur Realität gehörten und wo Mangel- und Fehlernährung in vielen Gebieten längst nicht verschwunden sind. Zeitgleich berichtete die Presse allerdings von Indiens dritter Rekordernte hintereinander. Auch hungerten Menschen nicht etwa in den trockenen und wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten Andhra Pradeshs, sondern im fruchtbaren und landwirtschaftlich hochentwickelten Delta des Godavari- und Krishna-Flusses. Und: Die Opfer gehörten ausschließlich einer einzigen Berufsgruppe an – der Weber-Kaste.

Die Ursachen für die Tragödie sind schnell aufgezählt: Baumwollgarn, der Rohstoff für die Weber, wurde von den Herstellern immer häufiger exportiert. Die mächtige Spinnerei-Lobby hatte bei der indischen Regierung die Abschaffung von Exportbeschränkungen für Baumwollgarn durchgesetzt. Zwischen 1987 und 1990 hatte sich dann der Export des Garns fast verdreifacht, was den Rohstoff für die heimischen Weber drastisch verteuerte. Für einfaches Baumwollgarn stieg der Preis zwischen 1985 und 1991 um mehr als 260%. Die Weber, die zuvor sich und ihre Familien mit einem kläglichen Monatseinkommen von etwa 600 Rupien mehr schlecht als recht ernährten, konnten bei solchen Preisen nicht mehr rentabel wirtschaften. Die 300 Rupien, die nun noch in die Haushaltskasse flossen, reichten bei weitem nicht aus, auch nur die wichtigsten Dinge des (Über)Lebens zu kaufen. Mehr als 100 Hungertote waren Ende 1991 in Andhra Pradesh die Folge.

In Bengalen verhungerten 1943 trotz Rekordernten Millionen

Im Juni 1993 berichteten indische Zeitschriften davon, dass in den Bundesstaaten Orissa und Bihar über 11 Millionen Menschen akut vom Hungertod bedroht seien. Zentralorissa ist traditionell ebensowenig ein Mangelgebiet wie der fruchtbare Küstenstreifen von Andhra Pradesh. So wurde während der verheerenden Hungerkatastrophe von Bengalen im Jahre 1943 von hier aus Reis in die Hungergebiete verschickt. Kann Hunger also als Konsequenz unzureichender Nahrungsproduktion gelten? In seinem Buch »Poverty and Famines« (1981) widerspricht der Wirtschaftsnobelpreisträger von 1998, Amartya K. Sen, der bis zu diesem Zeitpunkt häufig vorgetragenen Auffassung, Hunger und Hungersnöte würden durch unzureichend vorhandene Nahrungsmittel entstehen. Seine Analyse der großen Hungersnot 1943 hatte ergeben, dass in Bengalen damals nicht weniger Nahrungsmittel zur Verfügung standen als in den Jahren unmittelbar zuvor. Im Gegenteil – das Nahrungsangebot lag 1943 sogar höher als 1941, einem Jahr ohne Not. Außerdem hatten Bengalens Landwirte 1943 die bis dahin größte Reisernte eingebracht. Dennoch starben einige Millionen Menschen. Allerdings – und hier sieht Sen den wahren Grund für die Hungersnot – stieg der Reispreis nach 1942 gewaltig an. Innerhalb eines Jah-



Wege ins Zentrum Foto: K. Bock

res verachtfachte er sich in einigen Regionen Bengalens. Für Sen ist Hunger deshalb nicht das Resultat der Verringerung des tatsächlich vorhandenen Nahrungsangebots, sondern entsteht, wenn Menschen keine Möglichkeit haben, die vorhandenen Nahrungsmittel zu erwerben. Sen spricht von einem Food Entitlement Decline (FED), der Verringerung der Möglichkeiten von Menschen, Lebensmittel zu produzieren, zu kaufen oder einzutauschen. Ihre »Verfügungsrechte« über Nahrung reduzieren sich.

Solche Verfügungsrechte können sehr unterschiedlich sein: Landbesitz und der eigene Anbau von Nahrungsmitteln fällt ebenso darunter wie die Möglichkeit, subventionierte Nahrungsmittel zu kaufen. Dazu kommen eine ausreichend entlohnte Beschäftigung, die Menschen in die Lage versetzt, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen sowie die Existenz eines sozialen Sicherungssystems. Die Kombination aller Ressourcen, die ein Individuum nun tatsächlich besitzt, nennt Sen ein »endowment (Ausstattung) set«. Darunter fallen materielle Güter wie Land, Vieh, Produktionsmittel, usw. ebenso wie etwa Wissen und Fähigkeiten, Arbeitskraft und die Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken. Hunger tritt auf, wenn sich das Verhältnis zwischen dem »endowment set« und dem »entitlement set« verschlechtert, d.h. wenn sich die Möglichkeiten von Menschen verringern, ihre Ressourcen in Waren und Dienstleistungen umzuwandeln. Bei einem Landarbeiter kommt es z.B. zu einer Verschlechterung der Tauschverhältnisse, wenn die Nahrungsmittelpreise stärker ansteigen als der Lohn, den er erhält.

Und an noch etwas hatte Sens akribische Analyse erinnert: Hunger betrifft nie alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen. Als die Reispreise in Bengalen in die Höhe schnellten, geschah dies sehr zum Wohlgefallen von Getreidehändlern, die dem zeitweise noch nachhalfen. Auch für die Landwirte waren die hohen Preise nicht ungünstig – wohl aber für Handwerker, Fischer und landlose Landarbeiter. Ihre Einkommen stiegen nicht stark genug an, um die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise zu kompensieren.

Für die wissenschaftliche Erforschung von Hungersnöten hatten die Arbeiten von Amartya K. Sen bahnbrechende Bedeutung. Kaum eine Veröffentlichung zum Thema, das an seinem »Entitlement Approach« vorbeigekommen wäre. Nur: Besonders neu war es nicht gerade, was Sen festgestellt hatte. Er fand lediglich neue Begriffe für längst zentrale Kategorien der Wirtschaftswissenschaften, wie etwa die Verteilung von Eigentum und Einkommen oder die Austauschbeziehungen. Das »Entitlement decline«, Sens zentrale Erklärung für die Entstehung von Hungersnöten, kann ebensogut beschrieben werden als Verlust von Kaufkraft für einen Teil der Bevölkerung, hervorgerufen durch Veränderungen entweder bei der Verteilung von Eigentum und Einkommen oder den Austauschverhältnissen.

Sens Verdienst ist es, bewiesen zu haben, dass Hunger weniger mit der Menge der produzierten Nahrungsmittel zu tun hat, als mit den ökonomischen Prozessen, die Angebot, Preis und Einkommen und damit ihre Verteilung bestimmen. Er hat es allerdings versäumt, die tieferen, strukturellen Ursachen von »entitlement decline« zu analysieren.

Armut der Marginalen

► Vor Amartya Sen verwies bereits der britische Sozialwissenschaftler Robert Chambers (»Rural Development – Putting the Last first«, 1988) darauf, dass gesellschaftliche Verwundbarkeit immer zwei Seiten habe: eine externe, die von Risiken und Stressfaktoren gekennzeichnet ist, denen Individuen und gesellschaftliche Gruppen ausgesetzt sind und eine interne, die die Möglichkeiten dieser Gruppen umschreibt, mit diesen Bedrohungen umgehen zu können. So werden – in Abgrenzung zum Begriff der Armut – außer der rein ökonomischen Dimension auch naturräumliche, soziale, kulturelle und politische Aspekte zur Bestimmung und Erklärung von Verwundbarkeit herangezogen. Nomaden zum Beispiel, die in den Trockengebiete der Erde immer wieder von Dürren bedroht sind, können darauf adäquat reagieren, indem sie z.B. in Trockenzeiten die Dürregebiete verlassen und dorthin ziehen, wo genügend Wasser und Weidegründe vorhanden sind. Erst wenn ihnen diese Bewältigungsstrategie infolge politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Veränderungen verwehrt ist, droht der Hunger.

Die Geographen Hans-Georg Bohle und Michael Watts haben aus der von Chambers vorgeschlagenen Definition eine längerfristige Dimension von Verwundbarkeit entwickelt: Sie betonen die gravierenden Folgen, wenn Bevölkerungsgruppen nicht in der Lage sind, sich von externen Stressfaktoren und ungenügenden Bewältigungsmechanismen rasch und ausreichend zu erholen (Watts/Bohle, The Space of Vulnerability..., in: Progress in Human Geography 17/1993/1). Verwundbarkeit muss demnach als ein langandauerender Prozess begriffen werden. Einzelne Phasen dieses Prozesses reichen vom Stadium der Grundanfälligkeit (»baseline vulnerability«) über mehrere Zwischenschritte bis hin zur existentiellen Katastrophe.

Die Ursachen dieser Grundanfälligkeit sehen Bohle und Watts in einer Reihe struktureller Langzeitfaktoren. Dazu gehören z.B. Umweltzerstörungen. Diesen humanökologischen verbinden sie mit dem verfügungsrechtlichen Ansatz von Amartya Sen und fragen, wie Veränderungen von Austauschbeziehungen Menschen daran hindern, Nahrungsmittel erwerben bzw. produzieren zu können. Es geht ihnen um die politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse in und zwischen gesellschaftlichen Gruppen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Dabei stellt – in Anlehnung an Johan Galtungs Konzept der strukturellen Gewalt – die Marginalität einen Kernbegriff dar: Individuen oder gesellschaftliche Gruppen sind verwundbar, weil sie marginal sind, d.h. sie können an den Ressourcen, Errungenschaften, Leistungen und Möglichkeiten, die eine Gesellschaft bietet, gar nicht oder nur ungenügend partizipieren. In den Begriffen Macht und Ohnmacht kommt zum Ausdruck, dass Nahrungs(un)sicherheit – in ihrer extremsten Form als Hungersnot – in erster Linie das Resultat von gesellschaftlichen Machtverhältnissen ist. Diese strukturelle Grundanfälligkeit wandelt sich zur Hungersnot, wenn bestimmte kritische Ereignisse eintreten. Das können Dürren, Erdbeben, Überschwemmungen, aber auch Kriege, Bürgerkriege und Wirtschaftskrisen sein. Die betroffenen Menschen können nun nicht mehr adäquat auf die Krise reagieren, Gegenmaßnahmen von außen unterbleiben oder sind wirkungslos, es kommt zu einem vollständigen Zusammenbruch des Nahrungssystems und zur Abhängigkeit von externen Hilfsmaßnahmen.

Solche Erklärungen werden der Komplexität von Hungersnöten weit gerechter als der Ansatz von Sen oder gar jene Modelle, die Hunger allein durch eine unzureichende Nahrungsmittelproduktion erklären wollten. Wer die Existenz von Hunger, Unterernährung und Armut verstehen will, muss darauf schauen, welche politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte Menschen haben. Mit diesen gesellschaftlichen Ursachen haben sich schon Mitte der 70er Jahre J. Collins und F. Moore Lappé in ihrem Buch »Food First – Beyond the Myth of Scarcity« (Vom Mythos des Hungers, 1977) beschäftigt: »Als stärkste Beschränkung der Nahrungsproduktion und Verteilung stellt sich die Ungleichheit heraus, die durch unsere Art von Wirtschafts-

system erzeugt wird. [...] Wir sagen nicht nur, dass die Lösung des Hungers in einer besseren Verteilung liegt, um dadurch die Nahrung zu den Hungrigen statt zu den Wohlgenährten zu schaffen. Wir sagen etwas anderes: Lebensmittelverteilung spiegelt nur die viel grundlegendere Frage wider, wer den Produktionsprozeß kontrolliert und wer an ihm teilnimmt«.

Armut in ihrer extremsten Form als Hunger ist vielerorts längst nicht gebannt, und Armut wird immer deutlicher zum Spiegelbild von Bereicherung und Reichtum. Nicht, dass das etwas Neues wäre. In Indien hat es den Unberührbaren, der mit seinem Hungerlohn als Landarbeiter gerade genug zum Überleben hat, immer gegeben; auch Minderheiten, die vom Rest der Gesellschaft marginalisiert und ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden, sind kein neues Phänomen. Es ist jedoch ein Fortschritt, wenn unmissverständlich auf die gesellschaftlichen Wurzeln von Hunger und Verwundbarkeit hingewiesen wird. Deutlich wird darüber, dass politische Strategien, die darauf ausgerichtet sind, schlicht mehr Nahrung zu produzieren, an den Ursachen von Hunger vorbeigehen und diesen – z.B. indem sie Kleinbauern die Lebensgrundlage entziehen – noch verschärfen können, anstatt ihn zu mildern.

Erdbeben oder Teppichimporteure

► In der Komplexität der neueren Ansätze zur Erklärung von Armut und Hunger liegt freilich auch eine Problematik, die sich in ihrer wechselvoll pendelnden Geschichte widerspiegelt: Einfach hatten es noch jene, die glaubten, »Unterentwicklung« mit dem Zauberstab der Modernisierung abschaffen zu können – hier ein Stahlwerk aus dem Boden gestampft, dort ein Staudamm in die Landschaft gesetzt und dann abwarten, bis auch der Ärmste reich geworden ist. Als sich jedoch zeigte, dass der Reichtum in die Taschen weniger strömte, anstatt zu den Bedürftigen durchzusickern, wurden neue Schlagworte zur Erklärung des Unglücks der »Dritten« und inzwischen auch der »Vierten Welt« ausgegeben: die koloniale Deformierung oder auch die »Abhängigkeit durch postkoloniale Ausbeutung beim kapitalistischen Resourcenaustausch zwischen Zentrum und Peripherie bei tendenzieller Verschlechterung der komparativen Terms of Trade«. Jetzt rückte das Interesse vom dürregefährdeten indischen Dorf zur abstrahierenden Wirtschaftsforschung. Nicht Kenntnisse in tropischer Landwirtschaft oder Managementfähigkeiten beim Aufbau von Genossenschaften waren gefragt. Vielmehr wurden Außenhandelsstatistiken – am Besten alle Bände zwischen 1492 und 2000 – ausgewertet und der Schuldendienstquotient in Abhängigkeit zur Schuhgröße des Weltbankpräsidenten errechnet.

Strukturanpassungen verschärfen die Probleme noch

Die neueren wissenschaftlichen Ansätze sind nun zweifellos wichtig zum Verständnis von Hunger und Armut auf der Welt. Man sollte jedoch auch nicht übersehen, was die Erkenntnis der Komplexität mit sich bringt: Mittlerweile wird modernisierungs- mit dependenztheoretischem Gedankengut vereint. So legt man sich bei der Ursachenforschung von Verwundbarkeit nicht fest – angefangen bei den Launen der Natur in Form von Überschwemmungen, Dürren oder Erdbeben bis hin zum Teppichimporteur aus Buxtehude, der Kinder in Indien für eine Wassersuppe mit Reiseinlage arbeiten lässt, kann alles herhalten. Weder der Weltmarkt noch verkrustete Sozialstrukturen in den Hungerländern selbst werden allein für Krisen verantwortlich gemacht. Verwundbarkeit wird erklärt als Resultat komplexer Vorgänge auf unterschiedlichsten Ebenen. Begriffe wie »Desertifikation« und »Monokultur« tauchen ebenso auf wie »Zahlungsbilanzdefizit«, »Strukturanpassung« und »Schnelle Eingreiftruppe«. Man kennt sich wieder mit tropischer Landwirtschaft aus und kann gleichzeitig den Schuldendienstquotienten eines Landes in Abhängigkeit zur Schuhgröße des Weltbankpräsidenten berechnen.

Was aber kommt heraus bei den neuen Erklärungsansätzen und ihrer Umsetzung in praktische Maßnahmen? Still geworden ist es etwa um die in den 70er Jahren noch geführten Diskussionen um Landreformen, die Menschen zu Landeigentum verhelfen und so ihre gesellschaftliche Verwundbarkeit reduzieren sollten. Von einem »Recht auf Arbeit« und »gerechter Entlohnung« wagen nur noch die zu reden, die sich für die Einhaltung sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte einsetzen. Und anstatt die Sozialversicherungssysteme in den Ländern des Südens schrittweise auf den gewaltigen »informellen Sektor« auszudehnen, werden sie häufig in den formellen Sektoren abgebaut. Viele Schlagworte wie z.B. Partizipation und Empowerment finden sich in den Hochglanzbroschüren der Entwicklungsagenturen, doch häufig bleibt es recht nebulös, was damit gemeint ist. Noch geheimnisvoller bleibt, wie dies erreicht werden soll, ohne an grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen sowohl hier als auch in den Ländern des Südens etwas zu verändern. Was derweil tatsächlich stattfindet, sind immer noch Strukturanpassungen – und die verschärfen häufig das Problem von Hunger und gesellschaftlicher Verwundbarkeit.

► **Eberhard Weber** ist Geograph und arbeitet u.a. am Südasieninstitut in Heidelberg zu Umweltkonflikten und Ernährungssicherung in Südasien und Südostasien.

Verfügungsrechte und Verwundbarkeit

► Anfang der 90er Jahre rückten sozio-kulturelle und politisch-ökonomische Faktoren, die darüber entscheiden, welche Regionen und welche Bevölkerungsgruppen besonders »verwundbar« gegenüber Hungerkrisen sind, in den Mittelpunkt der sogenannten »Nahrungskrisenforschung«. Die wartete mit zwei Thesen auf: Die ´entitlement-These´ unterscheidet verschiedene Verfügungsrechte von Menschen über den Zugang zu Nahrung (Eigenproduktion, Tauschmittel, innerdörfliche Netzwerke, Recht auf Nahrung und die politische Macht zu seiner Durchsetzung). Fehlen diese Möglichkeiten, sind Menschen auch bei ausreichendem Angebot von Nahrungskrisen betroffen. Die Verwundbarkeitsthese (vulnerability) will die »Risikoträchtigkeit« einer Bevölkerungsgruppe mit den ihr eigenen Bewältigungsstrategien (coping strategies) und den jeweiligen Folgeschäden ökologischer und sozio-ökonomischer Fehlentwicklungen kombinieren, um in Form von Frühwarnsystemen auf Ernährungskrisen aufmerksam machen zu können.

Sicher werden solche Ansätze den unterschiedlichen Formen von Hunger und seinen lokalspezifischen Ursachen eher gerecht als die schlichte Behauptung von Nahrungsknappheit. Umgesetzt werden sie allerdings vornehmlich in Form standardisierter »Indikatorsysteme« für Verwundbarkeit: Die kartographische Darstellung von Regionen, die »anfällig« für Hunger sind, soll zu einer effektiveren Katastrophen- und Nothilfe beitragen. Die neuen Erklärungsansätze schaffen so den Salto, herrschaftliche Verhältnisse und politisch-ökonomische Strukturen als Ursachen von Hunger einzublenden, um sie dann nach altbekanntem Muster (Management der Bekämpfung akuter Not) wieder unter den Teppich des Machbarkeitsdenkens zu kehren. *MB*

Von Septemberweizen zur WTO-Reform

Kontroversen um die Welternährung

von **Michael Windfuhr**

Die Debatte um die Ursachen von Hunger und Strategien zur Ernährungssicherheit kreisen um zwei zentrale Begriffe: Produktion und Verteilung. Während lange Zeit Entwicklungs- und Agrarpolitik in erster Linie die Nahrungsmittelproduktion steigern wollten, zielte die Solidaritätsbewegung auf eine Umverteilung von Reichtum und Produktionsmitteln.

► Die Debatte über Lösungsmöglichkeiten zum Hungerproblem ist seit der Nachkriegszeit bestimmt durch den Leitkonflikt, ob es vor allem produktionstechnischer Lösungen bedarf, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, oder einer besseren Verteilung verfügbarer Nahrung bzw. von Einkommen. Dieser Leitkonflikt zieht sich erstaunlich resistent gegenüber entwicklungspolitischen Moden durch die Debatten der 70er, 80er und 90er Jahre, auch wenn er jeweils spezifisch modifiziert wurde. Vor allem an drei Fragen entzündete sich der Konflikt: Inwieweit sind moderne Technologien notwendig, um rückständige Agrarregionen zu höherer Produktion zu veranlassen? Von wem sollen Nahrungsmittel produziert werden – von möglichst vielen bäuerlichen Einheiten oder von leistungsfähigen Großproduzenten? Und schließlich: Soll vor allem lokal produziert werden, oder ist eine weltmarktorientierte Ausrichtung (z.B. Kaffee, Kakao, Schnittblumen im Süden; Getreide, Fleisch und Milch im Norden) besser geeignet, auch ländliche Wohlfahrt zu schaffen?

Im Zentrum steht der Streit darüber, wie sich das Verhältnis erzeugter Nahrungsmittel zur Zahl der Weltbevölkerung entwickeln wird. Die ansteigende Weltbevölkerungszahl, verbunden mit erkennbaren ökologischen Grenzen der Ausweitung landwirtschaftlicher Produktion gilt vielen Beobachtern wieder als Indikator für eine herannahende Zeit der weltweiten Knappheit an Nahrungsmittel. Lester Brown, der Präsident des Worldwatch-Instituts in Washington, weist in seinen Veröffentlichungen auf den Rückgang der weltweiten Weideflächen, die Erschöpfung der Fischfanggründe, die kaum noch steigerbare landwirtschaftliche Nutzfläche, die immensen Verluste an Bodenfruchtbarkeit und Ackerkrume, die Grenzen des Ausbaus der Bewässerungslandwirtschaft und die allgemeine Erschöpfung der Süßwasservorräte hin. Diesen Trendanalysen, die vor allem auf einer globalen Kalkulation von Produktions- und Bevölkerungszahlen beruhen, stehen andere Analysen gegenüber, für die Hunger und Unterernährung vor allem eine Folge von Armut der Menschen ist.

Grundsätzliche Kritik an der Agrarpolitik ist zu »Kohärenzproblematik« geronnen

Hunger durch Überfluss

► In den 50er und 60er Jahren war unter dem Einfluss ökonomischer Wachstums- und Entwicklungsmodelle darauf vertraut worden, dass Welternährungsprobleme durch eine wachsende Agrarproduktion gelöst werden könnten. Technische Beihilfen für die Agrarproduktion und die Nahrungsmittellagerung standen über lange Zeit im Zentrum der Arbeit der UN-Sonderorganisation FAO, aber auch der Hilfswerke aus dem Norden. Dies änderte sich in der zweiten Entwicklungsdekade während der 70er Jahre, in der sich auch die entstehende Solidaritätsbewegung mit dem Thema auseinanderzusetzen begann. Auf internationalen Konferenzen wie der Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (1979) oder auch im Konzept der UN-Dekade für Frauen (1975-85) wurde eine starke Kritik am konventionellen Entwicklungskonzept formuliert. Ein Entwicklungsparadigma mit dem Leitbegriff der Grundbedürfnisbefriedigung zielte auf konkrete Verbesserungen individueller Lebensbedingungen auch für den Ernährungsbereich. Soziale und ökonomische Aspekte des Zugangs zu Nahrungsmitteln kamen wesentlich stärker in den Blick.

Die Arbeit der Solidaritätsbewegung wurde in dieser Periode von einigen bahnbrechenden Veröffentlichungen beeinflusst. In dem Buch »Vom Mythos des Hungers« des FoodFirst Instituts aus San Francisco (1975, dt. 1977) wurde der gewaltige Einfluss des Agrobusiness auf Ernährungsfragen thematisiert. Die Autoren Collins und Lappé platzierten fast zeitgleich einen weiteren Bestseller, das Buch »Diet for a small planet«, in dem sie auf die Auswirkungen der »fleischbasierten« Ernährungsweisen in den Industrieländern für die Weltagrarmärkte hinwiesen. Symbolträchtig wurde dieses Thema Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre von *Brot für die Welt* in zwei großen Kampagnen artikuliert. Der Film »Septemberweizen« illustrierte die Marktmacht der Getreidehändler und der Warenterminbörsen, und Pat Mooneys Buch »Die Saat der Multis« setzte sich mit den Folgen der Hochertragssorten im Reisanbau der »Grünen Revolution« in Indien auseinander. Er beschrieb die große Zahl der kleinbäuerlichen Produzenten, die in Indien aus der Produktion aussteigen mussten, da sie kein ausreichendes Kapital für die neuen Technologien hatten. Konsequent fällt in diese Periode der Beginn der Auseinandersetzung mit traditionellen »angepassten« Agrartechnologien. Sowohl die Hilfswerke (»Ökolandbau und Welthunger«) als auch die Solidaritätsbewegung wiesen auf den Wert der Subsistenzproduktion für die Sicherung der Ernährung hin, insbesondere im Hinblick auf schwächere Bevölkerungsgruppen. Frühzeitig wurden damit Themen in der Solidaritätsszene aufgegriffen, die in den 90er Jahren unter neuen Leitbegriffen wie dem der »nachhaltigen Entwicklung« wieder auftauchten.

Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) startete Anfang der 80er eine eigene Agrarkampagne, die unter dem Motto »Stoppt Futtermittelimporte« den Zusammenhang zwischen westlichen Konsummustern, Weltagrarmärkten und Hungererzeugung im Süden vor allem am Beispiel der Futtermittelströme thematisierte (Sojaproduktion in Brasilien oder Erdnussproduktion in Westafrika für europäische Futtertröge). In gewisser Hinsicht kann dies auch als Startpunkt für eine intensivere Auseinandersetzung im Agrarbereich mit sozialen Bewegungen im Süden gesehen werden. Es entstand ein intensiver Austausch mit Organisationen in Thailand, auf den Philippinen und in Brasilien. 1987 veröffentlichte die BUKO-Agrarkoordination eine grundsätzliche entwicklungspolitische Kritik an der Europäischen Agrarpolitik (»Wer Hunger pflanzt und Überschuß erntet«), deren Kernpunkte heute unter dem Stichwort »Kohärenzproblematik« zum Allgemeingut entwicklungspolitischer Kritik an der Agrarpolitik geronnen sind.

Als zeitgleich im Rahmen der Uruguay-Runde (seit 1986) des damaligen GATT über eine weitreichende Liberalisierung der Welt-


Weites Land – getrennte Wege

Foto: P. Weinberg aus: »Back to the land« THE PORCUPINE PRESS

agrarmärkte verhandelt wurde, begann in der Solidaritätsszene eine verstärkte, über die traditionellen Themen der Rohstoffabhänigigkeit, Terms of Trade und Getreidebörsen hinausweisende Auseinandersetzung mit den Weltagrarmärkten. Die BUKO-Agrarkoordination griff das Thema 1989 mit einem großen Kongress unter dem Motto »Handlungsfreiheit statt Freihandel« auf. Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) der Weltbank und des IWF sind seit Mitte der 80er Jahre nationale Agrarpolitiken radikal auf eine Exportorientierung umgestellt worden. »Trade based food security« lautet das Schlagwort der Weltbank, um Länder dazu zu »animieren«, sich stärker auf die Förderung von marktfähigen Exportprodukten umzustellen, statt an einer nationalen Produktion von Nahrungsmitteln festzuhalten. Kein Wunder, dass bei stagnierenden Agrarrohstoffmärkten inzwischen mehr und mehr Entwicklungsländer auf neue Agrarexportprodukte setzen, wie Wintergemüse und Schnittblumen.

Globalisierung und Recht auf Nahrung

▶ Waren die agrarpolitischen Debatten der 80er stärker auf exogene Entwicklungen (EU-Agrarpolitik, GATT, Export vs. Nahrungsmittelproduktion) konzentriert, so ist in den 90er Jahren eine verstärkte Beschäftigung mit nationalen Rahmenbedingungen zu beobachten. Dies ist nicht nur dem allgemeinen entwicklungspolitischen Diskurs geschuldet, sondern wurde zudem sehr stark von sozialen Bewegungen im Süden selbst angestoßen. Fehlender Zugang zu Land, kein ausreichender Pächterschutz oder nationale Gesetze, die Frauen von Landbesitz, Agrarberatung und Krediten ausschließen, sind dabei zentrale Themen. Ein wichtiges Konzept ist in den letzten Jahren das 'Recht auf Nahrung' geworden. Dies wurde von der Ende der 80er Jahre gegründeten Menschenrechtsorganisation FIAN (FoodFirst Information and Action Network) thematisiert. Fast alle größeren Hilfswerke haben inzwischen begonnen, sich neben traditionellen Projekten zur Förderung von Landwirtschaft und Ökolandbau auch um die Sicherung der Zugangsrechte von armen Bevölkerungsgruppen einzusetzen. Die britischen Hilfeswerke Action Aid (Right to food campaign) und Oxfam (Basic social rights campaign), aber auch *Brot für die Welt* oder das holländische Hilfswerk Novib richten ihre Arbeit mehr und mehr entlang eines »auf Rechten basierenden Ansatzes« aus.

Gegen den sehr marktradikalen Ansatz der Weltbank haben auf der Ebene der Vereinten Nationen inzwischen deutlich andere Konzepte neues Gewicht erhalten. Sowohl beim Weltgipfel für soziale Entwicklung im März 1995 in Kopenhagen als auch beim Welternährungsgipfel in Rom im November 1996 wurde Armutsbekämpfung in das Zentrum der Abschlusstexte gerückt. Seither läuft eine gemeinsame Kampagne von der weltweiten Kleinbauernorganisation »la via campesina« und FIAN für Agrarreformen, um den Zugang zu Land, zu Krediten oder zu produktiven Ressourcen wieder in das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit zu rücken und nationale Agrarreformbewegungen zu stärken.

In wachsendem Ausmaß hat auch die Frage der Agrartechnologie in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Im Zuge der stärkeren Verwendung von Bio- und Gentechnologie haben alte Debatten über Hochertragssaatgut und neue leistungsfähige und schädlingsresistente Sorten eine erneute Zuspitzung erfahren. Fragen des Patentschutzes (bzw. Patentraubs), der Sicherung von Biodiversität und einer fairen Beteiligung von Bauern und Entwicklungsländern an der Nutzung von Artenvielfalt sind aktueller geworden, seit sie Vorleistungen zu einem ökonomisch zentralen Wirtschaftszweig der Agrarwirtschaft geworden sind. Längst sind Saatgutfirmen weltweit mit der Chemieindustrie fusioniert. So wurde die große Agrarhandelsfirma Cargill (noch im *Septemberweizen* Ende der 70er Jahre als Symbol für Agrarweltmärkte und Marktmacht thematisiert) inzwischen von Monsanto aufgekauft. Die so entstandene »life science industry« hat im gesamten Agrarbereich immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Analog zu dieser ökonomischen Globalisierung im Agrarbereich hat auch die Zusammenarbeit zwischen Solidaritätsgruppen und NRO im Norden mit sozialen Bewegungen im Süden stark zugenommen. Im Jahresrhythmus fanden in den letzten Jahren Koordinierungstreffen zwischen den Gruppen statt. Strategische Differenzen gibt es derzeit vor allem im Hinblick auf den Umgang mit dem Agrarthema in der Welthandelsorganisation (WTO). Während Kleinbauernorganisationen weltweit für eine Herausnahme des Agrarbereichs aus dem WTO-Regelwerk arbeiten, weisen viele NRO aus dem Norden darauf hin, dass angesichts der enormen Agrarexportsubventionen der EU und der USA ein WTO-Abkommen helfen könnte, diese schädlichen Subventionen abzubauen. Entsprechend liegen verschiedene Forderungen vor, wie das Agrarabkommen der WTO modifiziert werden könnte. Anders als in anderen Politikfeldern scheint sich trotz dieser Differenzen im Agrarbereich eine internationale Debatte abzuzeichnen, die vom gemeinsamen Leitbild einer nachhaltigen Agrarwirtschaft getragen wird.

▶ **Michael Windfuhr** ist Politikwissenschaftler und arbeitet für die Menschenrechtsorganisation FIAN (für das Recht, sich zu ernähren). Er ist im Vorstand von Germanwatch und koordiniert die AG Handel im Forum Umwelt und Entwicklung.

Adressen:

- BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/392526, e-mail: bukoagrar@aol.com, Homepage: http://www.bukoagrar.de
- FIAN, Overwegstr.31, 44625 Herne, Tel.: 02323/490099, e-mail: fian@fian.de
- Forum Umwelt & Entwicklung: www.oneworldweb.de/forum
- Gen-ethisches Netzwerk: www.gen-ethisches-netzwerk.de
- Grain, Barcelona: www.grain.org
- SAVE (Safeguard for Agricultural Varieties), Am Eschbornrasen 11, 37213 Witzenhausen, Tel.: 05542/8845, e-mail: kstier.save@t-online.de
- VEN (Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt), Sandbachstr.5, 38162 Schandelah, Tel./ Fax: 05306/1402
- FAO (UN-Ernährungsorganisation): www.fao.org/



Foto: R. Maro/version

Nicht nur mit Kilokalorien...

Interview mit Parto Teherani-Krönner

Die Diskussion über Geschlechterrollen hat für Fragen zur Ernährungssicherung erhebliche Relevanz. Trotzdem konzentriert sich die agrarwissenschaftliche und entwicklungspolitische Forschung meist immer noch auf Methoden zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Nicht selten geraten diese sogar zum Nachteil von Frauen.

► **iz3w**: *Frau Teherani-Krönner, statt des in der Forschung üblichen Konzepts der Ernährungssicherheit bevorzugen Sie den Begriff der Ernährungssouveränität. Was unterscheidet die beiden Ansätze?*

► **Teherani-Krönner**: Die Ernährungsfrage wird überwiegend als produktionstechnisches Problem gesehen. Das Konzept der Ernährungssicherung geht üblicherweise davon aus, dass quantitativ genug produziert werden muss und erst wenn das Produzierte auch vermarktet wird, können der Hunger in der Welt und die Bevölkerungsfragen gelöst werden.

Das ist meines Erachtens zu kurz gegriffen, weil Hunger und Ernährungssicherung sich nicht allein in der Frage von ausreichender Produktion erschöpfen, sondern eine ganze Reihe von anderen Faktoren umfassen. Typisch für den produktorientierten, technologischen Ansatz, der Ernährung auf Kilokalorien reduziert, ist, dass Menschen mit ihren Essgewohnheiten nicht ins Zentrum gerückt werden. Bereits bei den gebräuchlichen Begriffen »food«, »food-supply« und »food security« ist zu unterscheiden, ob damit Nahrungsmittel als Ware und damit als Machtinstrument auf den Weltagrarmärkten bezeichnet werden oder Ernährung als Mittel, um menschlichen Hunger zu stillen.

Ernährungssouveränität im Unterschied zu Ernährungssicherheit thematisiert hingegen zudem die Formen der Verteilung – auch den innerfamiliären Zugang – und die Unabhängigkeit von (Welt) Agrarmärkten. Wichtiger aber erscheint mir die Entwicklung eines Konzepts, das Ernährung stärker in den jeweiligen kulturellen Kontext setzt. Dann würden Prozesse der Herstellung, der Verarbeitung, der Zubereitung der Nahrung bis hin zu den Ritualen und kulturellen Symbolen neu zu gewichten sein.

In ihren Forschungen über die Situation der Ernährungssicherung im Iran betonen Sie, dass es bei Ernährungssicherung nicht um das Rohprodukt geht, sondern um die Mahlzeiten. Warum?

► Es wird in der Forschung zur Ernährungssicherung oft übersehen, dass Menschen sich nicht über Rohprodukte wie Weizen, Gerste, Reis, Kartoffeln und andere Knollenfrüchte ernähren, sondern von zubereiteten Mahlzeiten. Ernährung ist ein komplizierter Prozess sozialer Interaktion, der Geschlechterverhältnisse umfasst und tief in den jeweiligen Bräuchen und Sitten eingebettet ist. Die Zubereitung fällt meist in den Aktionsraum von Frauen, insbesondere im häuslichen Bereich. Veränderte Essgewohnheiten sind daher mit Verschiebungen im Geschlechterarrangement verbunden. Eines unserer Konstrukte im westlichen Weltbild ist, dass wir öffentlichen Raum und privaten Raum voneinander unterscheiden und zugleich hierarchisch gliedern. Der öffentliche Raum ist der Bedeutende und der private Raum, in dem die Küche verortet ist, der Minderwertigere. So liegt es nahe zu sagen, die Zubereitung von Mahlzeiten sei eine weniger wertvolle Arbeit. Ich versuche aber gerade bei den Gesellschaften, die nicht nur nach monetären Gesichtspunkten strukturiert sind, auf die große kulturelle Bedeutung der zubereiteten Nahrung hinzuweisen. Denn über präparierte Mahlzeiten findet ein wesentlicher Teil der sozial-kommunikativen Interaktion statt. Mahlzeiten dienen real und symbolisch der sozialen Anerkennung und Absicherung. Sie bilden jene Knoten im informellen Netzwerk, die von Frauen geknüpft werden.

> »Menschen ernähren sich nicht von Rohprodukten, sondern von Mahlzeiten«

Was bedeuten die Veränderungen im Bereich der Ernährung für das Geschlechterverhältnis?

► In dem Moment, in dem sich die Marktmechanismen weiter in die Ernährungssouveränität hineindrängen, verändert sich der Bereich, der zuvor ein autonomer Raum der Frauen war. Wenn sie diesen Raum aufgeben bzw. aufgeben müssen, ist die Frage, welche funktionale Äquivalenzen es für Frauen gibt. Wenn Frauen die Ernährungssicherung dem Markt überlassen, wo finden sie neue Aktionsräume und eine Chance, sich Nahrung zu beschaffen und ihre Familien zu versorgen?

Können Sie ein Beispiel dafür geben?

► In der Region Ilam im Iran führte die verbesserte Vermarktung von Teppichen zur starken Reglementierung von Frauen, die nun von den Männern der Familie gezwungen wurden, täglich mehr und länger zu knüpfen. Die ursprünglich kreative, saisonale Tätigkeit entwickelt sich zur Zwangsarbeit. Einkommenschaffende Maßnahmen sind also kein Garant für mehr Eigenständigkeit oder gar Souverä-

nität. Unter dem Diktat von Markt und Männern widersprechen sie sogar den Interessen der Frauen. Anders läuft es bei Frauenkooperationen im Nordiran, wo Basttaschen und Matten von den Landfrauen hergestellt und vermarktet werden und sie auch über das Geld verfügen. Doch wenn diese Frauen ihre Selbstversorgung im Reisanbau aufgeben und ihre Produkte auf dem Markt mit importierten, billigen Plastiktaschen konkurrieren müssen, werden auch sie »verletzbar«. Sie haben dann weder Reis in der Schüssel noch Geld als Entlohnung für die Arbeit.

So bleibt ein Grundproblem: Erst wenn es uns gelingt, den informellen nicht monetären, quasi unsichtbaren Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit anzuerkennen, wird es Spielräume und Entscheidungsmöglichkeiten geben, die mehr Geschlechtergerechtigkeit bieten, im Süden wie im Norden.

Lange Zeit wurden Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit vor allem als Opfer wahrgenommen. Das hat sich nun gewandelt hin zur Anerkennung der Funktion der Frauen als Ernährerinnen. Ihr Wissen wird zunehmend als Ressource in den sogenannten Abfederungsprogrammen der großen internationalen Entwicklungsorganisationen eingesetzt. Wie bewerten Sie das?

► Es ist nicht möglich, über Kleinprojekte für Frauen etwas abzufangen, was auf höherer Ebene strukturell verbaut und kaputt gemacht wurde. In dieser Beziehung hat die Frauendiskussion in der Entwicklungszusammenarbeit so etwas wie eine Alibifunktion. Erst werden existentielle Grundlagen zerstört und wenn die Katastrophe erkannt wird, sollen Frauenprojekte das auffangen, was vorher über große Mammutvorhaben weltweit, z.B. bei Bewässerungsprojekten, zerstört wurde. Das gilt zum Beispiel auch für den Iran. Ökonomisch ist dieses Land von Weizenimporten abhängig. Nun soll über Weltbank-Projekte die Eigenproduktion gefördert werden, was zunächst sinnvoll erscheint. Das Resultat kann sich jedoch regional katastrophal auswirken. Erstens werden Monokulturen angelegt, zweitens ist nicht klar, inwieweit die Bewässerungsanlagen den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen. Bislang sind Frauen in der Region Behbahan im Südiran eigenständige Kleintierhalterinnen. Sie verarbeiten die Milch zu Joghurt und Käse und vermarkten diese Produkte auch. Da die Tiere zum Teil Eigentum der Frauen sind, verfügen sie auch über diese wichtige Quelle des Gelderwerbs. Diese Form der Tierhaltung lässt sich jedoch kaum mehr aufrechterhalten, wenn die Flächen für die geplante landwirtschaftliche Intensivnutzung gebraucht werden.

Nun versucht die Regierung als Ausgleich, Frauenprojekte zu institutionalisieren. Auf der einen Seite klingt das begrüßenswert. Doch wenn den Frauen ihre ökonomische Grundlage entzogen wird und man erst zu spät merkt, dass die Frauen für die Versorgung der Familien verantwortlich sind, läuft etwas falsch.

Würden Sie es trotz derartiger Beispiele begrüßen, dass sich der Genderansatz in vielen internationalen und nationalen Entwicklungsorganisationen als so genannte Querschnittsaufgabe etabliert hat?

► Sinnvoll wäre es, alle Projekte, vor allem aber die gesamte Agrarpolitik bezüglich der Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis zu evaluieren. Bisher ist dies weitgehend ein Lippenbekenntnis. Die Überprüfung müsste schon sehr früh auf internationaler Ebene ansetzen. Die gesamten derzeit beginnenden Agrarverhandlungen im Rahmen der WTO sollten unter dieses Thema gestellt werden. Das wäre ein Meilenstein in der Ernährungssicherung. Doch soweit ist die Gender-Debatte nicht durchgedrungen.

Anmerkung:

1 P. Teherani-Krönner (1999), Women in Rural Production, Household and Food Security: An Iranian Perspective, in: Kracht & Schulz (Ed.), Food Security and Nutrition, The Global Challenge, Münster/ New York, S.190-218

► **Parto Teherani-Krönner** arbeitet zu ruraler Frauen- und Geschlechterforschung an der Landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin.

Das Gespräch führten Martina Backes und Andrea Schwendemann (iz3w).

Agrarforschung und Ernährungssicherheit

von **Ursula Gröhn-Wittern**

► Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, werden im Netzwerk der internationalen Agrarforschungsinstitute die Weichen für die landwirtschaftliche Entwicklung der Zukunft gestellt. Die bedeutendste dieser Institutionen wurde 1971 gegründet und tritt unter dem Namen CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) auf. Mitglieder der CGIAR sind 43 Staaten, internationale Organisationen und Stiftungen. Ihr Einfluss auf die Länder des Südens kann nicht überschätzt werden. Die Forschungs- und Ausbildungszentren der CGIAR beraten regelmäßig über Fragen von hoher politischer Brisanz, insbesondere im Bereich Bio- und Agrartechnologie. Sowohl bei der Entwicklung neuer Sorten und Technologien als auch bei der Aus- und Weiterbildung von WissenschaftlerInnen sind sie führend. Es gibt in Entwicklungsländern kaum einen Agrarwissenschaftler, der nicht eine Zeit seiner Ausbildung in einem der Zentren verbracht hat.

In Zeiten leerer Kassen unterliegen auch die Internationalen Agrarforschungszentren dem Trend zur Privatisierung, der durch die kostspielige Gentechnik noch verstärkt wird. Der private Sektor erhält so einen Machtzuwachs, der Einfluss auf Ziele und Methoden der Forschung haben muss. Es bildet sich eine Aufgabenteilung heraus: Der private Sektor übernimmt die kommerziell interessanten Forschungsaufgaben, der öffentliche die wirtschaftlich kaum vorteilhaften Bereiche sowie die Ausbildung.

Bislang hat die Agrarforschung aber keinen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen marginalisierter KleinbäuerInnen geleistet, sondern eher die kommerziell wirtschaftenden Bauern auf den bevorzugten Böden vorangebracht. Viele KleinbäuerInnen nutzen bewusst lokale, nicht agrarwissenschaftlich bearbeitete Sorten und Tierarten zur Ernährungssicherheit, ohne lokale oder globale Märkte zu bedienen. Dass dies unter Umständen die richtige Strategie sein kann, diese Erkenntnis hat die WissenschaftlerInnen nicht erreicht. Eine forschungspolitische Prioritätensetzung, die auf kurzfristige Renditen setzt, birgt große Gefahren. Die heute getroffenen Entscheidungen darüber, welche Ziele verfolgt werden, bestimmen das, was in zehn und zwanzig Jahren die KleinbäuerInnen erreicht. Deshalb muss, wie von kritischen NGOs gefordert, Armutsbekämpfung für die Bewertung von Forschungsplanung prioritär werden. Der private Sektor wird dieses Ziel nicht verfolgen, weshalb die Kleinbauern auf die öffentliche Agrarforschung angewiesen sind.

Die CGIAR begegnet der wachsenden Kritik im 'Globalen Forum Agrarforschung', das vom 21. – 23. Mai 2000 in Dresden stattfindet. Eingeladen sind Forschungsorganisationen aus Nord und Süd, Finanzgeber, Regierungen, Stiftungen und NGOs. Themen sind u.a.: geistige Eigentumsrechte, Bioethik, Agrarökologie, Wissensmanagement. Info: Koordination des Forums Umwelt und Entwicklung: gura@wunsch.com.

► **Ursula Gröhn-Wittern** arbeitet zu genetischen Ressourcen in der Landwirtschaft und u.a. für die BUKO Agrar-Koordination.

Ohne Grund und Boden

Meilensteine der Enteignung in der Landwirtschaft

von **Martina Backes**

Boden wurde bereits lange Zeit vor Beginn der Industrialisierung zum handelbaren Gut. Damit zählte für die Landwirtschaft zuallererst die Produktivität. Durch Düngung und Pestizide, durch neue Züchtungen und Techniken und nicht zuletzt durch die Ausbeutung menschlicher Arbeit musste immer mehr Ertrag erwirtschaftet werden. Doch die Vervielfachung der Ernteerträge hat ihr proklamiertes Ziel nicht erreicht: die Bekämpfung des Hungers.

► Die heute vorherrschenden strukturellen Rahmenbedingungen des globalen Agrarsektors basieren auf einer agrargeschichtlichen Entwicklung, an deren Beginn die Expansion kapitalisierter Landwirtschaft im England des 17. Jahrhunderts steht.[1] Die politische Zentralisierung ging einher mit einer Verschiebung der Machtverhältnisse vom feudalen Adel zum städtischen Bürgertum. Auf dem Land ersetzten die Großgrundbesitzer nach und nach gewohnheitsrechtliche Pachtverträge, die auf der Abgabe eines festgeschriebenen Teils der Ernte basierten, durch hohe Pachtzinsen. Damit wurden die Pächter zu einer Abgabe verpflichtet, die nicht vom Ertrag, sondern von der Anbaufläche abhing. Das Produktionsmittel Boden wurde alsbald auf dem Markt gehandelt, und Land wurde nun in erster Linie für den finanziellen Profit kultiviert. Die durch die Vermarktung geförderte Geldwirtschaft erforderte eine gesteigerte Produktivität der Landwirtschaft. Der Begriff des »Improvement« wurde zum ökonomischen Imperativ – für die Pächter im Sinne einer Überlebensstrategie, für die Großgrundbesitzer im Sinne der Anreicherung des Vermögens.

Exklusive Landtitel

► Die Steigerung der Produktivität wurde zusätzlich politisch forciert. So rechtfertigte das Primat der Produktivitätssteigerung die »Einhegung« von Land, Symbol für ein exklusives Besitzrecht und die Vernichtung gemeinschaftlicher Nutzungsrechte. Die gewohnheitsrechtlichen Praktiken der Landnutzung, die keine veräußerbaren Landtitel kannten, standen dem Improvement im Wege. Im Interesse der Feudalherren passte sich die Rechtsprechung dem Diktat der Produktivitätssteigerung und der marktbedingten Konkurrenz an: Die ehedem direkte Macht zur gewalttätigen Aneignung der Ernten wurde entpersonifiziert und auf den ökonomischen Sachzwang des Marktes abgewälzt. Der Konkurrenzdruck unter den Pächtern zwang »unproduktive« Landwirte zur Aufgabe. So ging die »Einhegung« mit einer massenhaften Landenteignung, der Landflucht und schließlich mit dem Anwachsen der Metropole London einher. Der Agrarkapitalismus schaffte durch die anwachsende städtische, auf Lohn angewiesene Bevölkerung zugleich eine optimale Voraussetzung für den später einsetzenden Industriekapitalismus.

Auf ähnliche Weise konstituierte sich später die koloniale Landwirtschaft, die unter anderem auf dem Expansionsdrang eines inzwischen industrialisierten Europas fußte. Der von der Kolonialmacht erzwungene profitable Anbau hochwertiger Exportkulturen wie Kaffee, Tee und eine auf Fleischproduktion angelegte Viehwirtschaft ließen sich nur über billige Arbeitskraft auf Plantagen organisieren. Die von der Kolonialverwaltung eingeführte »Hüttensteuer« und die »Kopfsteuer« trieben etwa in Kenia viele Menschen in die Lohnarbeit auf den Farmen der europäischen Siedler. Die Verpflichtung zur finanziellen Abgabe zwang zum Anbau von Export-Mais auf den eigenen Feldern.

Ökonomischer Zwang zur Enteignung

► Um dem steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln und der Steuerpflicht nachkommen und die Exportquoten erfüllen zu können, wurde eine Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft unumgänglich. Die Technisierung und Intensivierung der lokalen Landwirtschaft zu Beginn des 20ten Jahrhunderts waren zunächst Nebenprodukte kolonialer Agrarpolitik. Doch die Landwirtschaft benötigte für eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion in vielen Ländern Afrikas zunehmend marktvermittelte externe Inputs – wie Saatgut und Maschinen, später auch Dünger und Pestizide. Durch eine wachsende Abhängigkeit von Produktionsmitteln, die nicht lokal vorhanden waren, sondern hinzugekauft

Die Grüne Revolution

► Hunger und Unterernährung sollten, so die Protagonisten der »Grünen Revolution« seit den 60er Jahren, durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion beseitigt werden. Die Züchtung von Hochertragssorten, künstliche Bewässerung und Düngung versprachen, die Produktivität zu steigern. Weil die Sorten anfälliger gegen Schädlinge waren, musste auch der Pestizideinsatz erhöht werden. Weder an die sozio-kulturellen Bedürfnisse, noch an die ökologischen Gegebenheiten angepasst, schuf der pauschale Transfer der Agrartechnik mehr Probleme als Lösungen.

Tatsächlich konnte etwa die Getreideproduktion in Indien, Indonesien oder auf den Philippinen gesteigert werden. Als erwiesen gilt jedoch, dass die Ertragssteigerungen ausschließlich auf einer Ausdehnung der Anbaufläche basieren – die Grüne Revolution trägt als Landschaftfresser das falsche Attribut. Die Zahl der Unterernährten verringerte sich nicht. Auch dies hat indirekt mit den Folgen der Grünen Revolution zu tun: Die kapitalintensive Landwirtschaft führte zu einer Konzentration der Produktion bei immer weniger Großgrundbesitzern. Denn viele Bauern konnten die Kosten für Saatgut, Dünger, Pestizide und den dazugehörigen Maschinenpark nicht aufbringen und mussten aufgeben. Die ungleiche Verteilung von Boden und Einkommen nahm ständig zu, der direkte Zugang zu Nahrungsmitteln war immer weniger Menschen möglich. Als zusätzlich ökologische Nebenwirkungen – ausgelaugte Böden, Vergiftung von Trinkwasser durch den Pestizideinsatz und Erosion durch die intensive Bewirtschaftung – bekannt wurden, galt das »revolutionäre« Projekt als gescheitert.

Länderregister

kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension, Kon = Kontroverse, Int = Interview, Kuh = Sonderheft »Kuhhandel des Jahrtausends?«

Länder- / Sachregister

kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension, Kon = Kontroverse, Int = Interview, Kuh = Sonderheft »Kuhhandel des Jahrtausends?«

Sachregister

Sachregister

kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension, Kon = Kontroverse, Int = Interview, Kuh = Sonderheft »Kuhhandel des Jahrtausends?«

Sachregister

kb = kurz belichtet, Kom = Kommentar, Rez = Rezension, Kon = Kontroverse, Int = Interview, Kuh = Sonderheft »Kuhhandel des Jahrtausends?«



Enteignungsprozess praktisch perfekt

Foto: R. Maro/version

werden mussten, wurden die Produzenten auf Umwegen enteignet. Nach der Unabhängigkeit der Staaten verschärften sich die Gegensätze zwischen einer auf Extraktion ausgerichteten, außengesteuerten und weltmarktorientierten Plantagenproduktion und einer traditionsgebundenen, zunehmend marginalisierten Subsistenzagrarwirtschaft – ein Nährboden für innenpolitische Konflikte.

Mittlerweile hatte die hochtechnisierte und Überschüsse erzeugende Landwirtschaft in Europa und Amerika den Blick auf die Absatzmärkte in der »Dritten Welt« gerichtet. Verdeckte Subventionen an die eigenen Farmer sicherten den USA einen komparativen Kostenvorteil gegenüber den Anbietern aus den ländlichen Regionen in der »Dritten Welt«. Mit dem moralischen Motto vom »Brotkorb der Welt« rechtfertigten die USA den Verkauf ihrer Überschüsse in den Süden. Anfang der 70er Jahre, als die Kosten des Vietnamkrieges stiegen, setzten die USA die Agrarexportstrategie explizit zum Ausgleich des Außenhandelsdefizits ein.

Die nationalen Eliten und die städtischen Bevölkerungen kauften willig das Billiggetreide – auf Kosten der Absatzmöglichkeiten der eigenen Produzenten. Rindfleisch im westlichen und südlichen Afrika, Billigweizen und Zucker in Kenia oder Mais auf den Philippinen (nicht nur aus den USA, sondern auch aus Thailand und China) sind eindrückliche Beispiele für die langfristig enorm destruktive Wirkung eines liberalisierten Agrarhandels. Die Erzeugerpreise der ProduzentInnen in der »Dritten Welt« können mit den Preisen der intensiven Landwirtschaft nicht mithalten. Die Billigimporte zwingen die lokalen Erzeuger zu ökologisch destruktiven Anbauweisen oder zur Aufgabe der eigenen Produktion. Die Importe untergraben so nicht nur die Ernährungssicherheit der Landbevölkerung, sondern erwirken zudem veränderte Konsumgewohnheiten und machen die Länder von wachsenden Einfuhren abhängig – bei gleichzeitig steigenden Schulden.[2]

Pufferstrategie der Entwicklungshilfe

► Eine neue Phase der agrarpolitischen Entwicklung stellte die »Grüne Revolution« dar (vgl. Kasten). Unter dem Leitmotto »Modernisierung einer maroden und rückständigen Landwirtschaft« ermöglichten Agrarkonzerne gemeinsam mit internationalen Hilfsprogrammen Ausfuhr und weltweite Verbreitung von Agrartechnologien sowie von Hochertrags-Saatgut im Kombipack mit Dünger und Pestiziden. Dabei wurde das moralische Argument einer in Folge der wachsenden Bevölkerung notwendig gewordenen Produktionssteigerung in den Vordergrund gestellt. Dahinter stand die Absicht, über den Export komplizierter und hochtechnisierter Agrartechnologien in die Dritte Welt neue Absatzmärkte zu schaffen. So war in Korea die neu eingeführte Masttierhaltung auf das Billiggetreide aus den USA angewiesen. Entwicklungsprogramme und Agrarhandel arbeiteten sich gegenseitig zu.

Erst als die Grüne Revolution bereits unverzichtbares Rückgrat der Modernisierung vermeintlich rückständiger Ökonomien war, wurde Kritik laut. Die Statistiken zunehmenden Hungers und wachsender Armut lösten Debatten um die Erklärung von Armut und Ernährungskrisen aus. Dabei wurde die Grüne Revolution für die sozialen und ökologischen Folgen der Modernisierungspolitik mitverantwortlich gemacht. Vorgestellte Alternativen, die ihren Ursprung in subsistenztheoretischen Ansätzen, sozialen Bewegungen oder der ökologischen Umgestaltung suchten, brachten der Entwicklungspolitik im Agrarsektor jedoch nur kosmetische Korrekturen.

Einzelne Elemente subsistenzorientierter Ansätze wurden seit den 80er Jahren auch von Modernisierern aufgegriffen. Begleit- und Abfederungsprogramme der Strukturanpassung boten Platz für alles, was sich auf dem Markt für alternative Entwicklungsmodelle etabliert hatte: Ecofarming und standortgerechter Landbau mutierten zu »basisnahen« Programmen der von der Weltbank finanzierten Agrarforschungsinstitute (CGIAR). Mit dem Modell der angepassten Technologie (AT) wollten die Experten in sozialtechnokratischer Manier und im Glauben an die Planbarkeit universell geltender Grundbedürfnisse die ökologischen Kosten abfangen. Die Experten setzen heute die »ökonomische Bedeutung der Frauen als Ernährerinnen« ebenso wie die »naturbewahrende Funktion indigener Völker« im kommunalen Ressourcenmanagement ein.

Solche gängigen entwicklungstheoretischen Diskurse und ihre Praxis, die unter dem Schlagwort Armutsbekämpfung Rezepte gegen den Hunger versprachen, sind weit davon entfernt, das Übel bei der Wurzel zu packen. Analysen über das Verhältnis von Armut und Hunger zu den Verfügungsrechten (entitlement) – sprich Zugang und Kontrolle der Nahrungsressourcen – und zur Verwundbarkeit (vulnerability, siehe auch S. 19) warfen Licht auf politisch-ökonomische Machtverhältnisse, die als Faktoren für fehlende Zugangsmöglichkeiten zu ausreichend vor-

handenen Nahrungsmitteln thematisiert wurden. Diese Erklärungsmodelle berücksichtigen die vielschichtigen ökonomischen und soziokulturellen Facetten der Lokalitäten und eine sich immer komplexer gestaltende Verflechtung von Faktoren. Zugleich betonen sie die Bedeutung der auf dem informellen Sektor und dem Subsistenzbereich basierenden Strategien zur Bewältigung von Risiken und akuten Krisen.

Biopolitik: Die »andere Enteignung«

▶ Diese Erkenntnisse gingen aber unter im revitalisierten Mainstream wachstumsorientierter und deregulierender Entwicklungsstrategien. Unter dem Vokabular von »Ernährungskrisenforschung, Risikokartierung und Frühwarnsystemen« fanden die Verwundbarkeitsstudien eine neue Anwendung im effizienteren Einsatz diverser Stütz-, Hilfs-, Nothilfe- und Katastrophenprogramme. So erstellte das Welternährungsprogramm der UN eine Karte von Bangladesh, die je nach Effektivität der lokalen Bewältigungsstrategien die Risikoträchtigkeit der Regionen klassifiziert. Daraus werden dann »für jeden Distrikt die Zahl der auszugebenden Rationskarten berechnet.« Prävention scheint »machbar«. Ohne an den Ursachen von Hunger und Armut zu kratzen, wollen die Planer akute Krisen bezwingen und verwalten. Die pragmatische Wendung einer kritischen Intention der Verwundbarkeitsthese hin zu einem globalen Management von Nahrungsengpässen kann nicht über die steigende absolute Zahl der von Hunger und Ernährungskrisen betroffenen Menschen hinwegtäuschen.

Seit Beginn der 90er Jahre kurbelte die Anerkennung bäuerlichen und »indigenen« Wissens für die Bewahrung der natürlichen Ressourcen einen Prozess zur Gewinnung lokaler Daten an, finanziert von der eigens eingerichteten Globalen Umweltfazilität (GEF) der Weltbank. Auf der Suche nach vermarktungsfähigen genetischen Eigenschaften der agrarbiologischen Vielfalt versprechen Projekte einer »private-public-partnership« den Marginalisierten neue Einkommensmöglichkeiten. Die maßgebenden eigentumsrechtlichen Bestimmungen stehen jedoch einer gerechten Gewinnverteilung im Wege.[3] Vielmehr schreitet damit die Enteignung der Bevölkerung fort. Die Monetarisierung extrahierter Biorohstoffe soll ihre »nachhaltige Nutzung« weltmarktkompatibel machen. Gerechtfertigt wird diese neue Politik der Verwertung bislang ignorierter Ressourcen mit der Botschaft von der armutsbedingten Ressourcenzerstörung. Der Spruch von der »Armut, die Grenzen überschreitet« legitimiert die Aneignung geistigen Eigentums und der im Süden verorteten biologischen Reserven.

Unterdessen verspricht die Biotechnologie, soziale und ökologische Probleme in der Landwirtschaft durch innovative Verfahren in den Griff zu bekommen. Das Rezept liegt wiederum in neuen Technologien. Ernährungskrisen und Verteilungsfragen werden hingegen ebenso wie die ökologischen Probleme als ein vom Agrarkapitalismus völlig unabhängiges Problem dargestellt. Mit den Möglichkeiten der Gen- und Biotechnologie entstehen ganz neue Szenarien von Produktions- und Verwertungsmustern, die jenseits positiver Voraussetzungen für eine weltweite Ernährungssouveränitat liegen. Wenn mit Hilfe Lignin abbauender Mikroorganismen aus Erdnusshülsen in Fermentern Tierfutter produziert wird, verlieren die Sojabauern in Brasilien ihre Einkommensgrundlage. Bei der Herstellung von Kakaobutter aus organischen Ausgangssubstanzen im industriellen Maßstab wird derzeit an der optimalen Gestaltung der Geschmacksstoffe gebastelt. Die modernen Verfahren zerlegen Ganzheiten in Teile, die individuell austauschbar und maßgeschneidert der industriellen Herstellung von Nahrungsmitteln dienen.

Kaum also scheint die agressive Agrarexportpolitik, die der europäischen und nordamerikanischen Landwirtschaft weltweit Wettbewerbsvorteile bescherte, ins Wanken zu geraten (WTO- und andere Freihandelsverträge zwingen partiell zum Subventionsabbau), suchen die Industriestaaten nach neuen Wegen. Eine Substitutionspolitik, die landwirtschaftliche Rohstoffe durch synthetische zu ersetzen trachtet, setzt sich zunehmend auch im Nahrungsmittelsektor durch. Wenn die genetische Vielfalt zur billigen Bioressource wird, kann die Produktion in nördliche Bioreaktoren verlagert werden. Die Fusionen konventioneller Agrar- und Pharmariesen mit der aufstrebenden »Life science«-Industrie zeigen sehr deutlich, dass dort die künftigen Gewinne erwartet werden. Wenn bei der Produktion von Nahrungsmitteln wie Kakao und Süßstoff in Bioreaktoren auf tropische Böden und auf die billige Arbeitskraft der Landwirte im Süden verzichtet werden kann, dann ist der agrarrelevante Enteignungsprozess praktisch perfekt. Die sozioökonomischen Auswirkungen der Biotechnologie wären immens, betrachtet man die Agrarexportabhängigkeit vieler Länder in der Dritten Welt.

Perspektive Subsistenz?

▶ Die Hoffnung, durch eine solche Zwangsabkopplung den Weg für lokale, subsistenzorientierte Ansätze frei zu haben, ist jedoch trügerisch. Denn die lokalen Ansätze sind in übergeordneten Strukturen gefangen: »Landwirtschaftsexperten« in den Ministerien der Dritten Welt, Rechtssysteme zur Festschreibung und machtvollen Durchsetzung exklusiver Besitzrechte westlichen Modells und internationale Verträge zur Festschreibung neoliberaler Agrarhandelspolitik untergraben die auf Lokaliät eingeschränkten Versuche. Die agrarkapitalistische Entwicklung, vom Improvement des 17. Jahrhunderts hin zur Biotechnologie, deren Folgen durch Katastrophenhilfe und Krisenprävention abgefedert wurden, hat immer wieder emanzipatorische Ideen unter das Wachstumsprimat subsummiert. Die Enteignung hat sich auf den immateriellen Bereich der Information in Form genetischer Vielfalt und des Wissens über ihre Verwendungs- und Erhaltungsmöglichkeiten ausgedehnt. Dieser Prozess entzieht sich jeglichen sozialen und ökologischen Regelungen, wie sie im Rahmen der WTO oder der Konvention über biologische Vielfalt diskutiert oder verankert wurden.

Anmerkungen:

1 Ellen M. Wood: The Agrarian Origins of Capitalism. Hungry for Profit, Monthly Review Press, 1999.

2 Die Ausgaben für Nahrungsmittelimporte aller 82 Länder der LIFDCs-Gruppe, damit 3,5 Milliarden Menschen oder 60 % der Weltbevölkerung, stiegen laut FAO von Ende der 80er Jahre bis zum Jahre 2000 um 57 Prozent. Gleichzeitig verschlechterten sich die Deviseneinnahmen etwa in Afrika – trotz gleichbleibender Ausfuhrmenge – von 1980 bis 1993 um 60 %.

3 Unternehmen Zweite Natur. Ökozid 12, Focus Verlag Giessen.

▶ **Martina Backes** ist Mitarbeiterin von **Fern-Weh** im iz3w.

Liberale Landnahme

Konflikte um Brasiliens Agrarpolitik

von **Wolfgang Hees**

Erstes Ziel brasilianischer Agrarpolitik ist die Exportförderung. Um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, wird daher auch der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen unterstützt. Die Agrarreform und das Wahlversprechen der Regierung, einem Teil der Landlosen Anbauflächen zu verschaffen, geraten dabei außer Acht. Doch die Kleinbauern- und Landlosen-Organisationen setzen sich gegen den Anbau der Gentech-Pflanzen und für eine Landreform ein.

▶ Seit den sechziger Jahren gibt es im ländlichen Brasilien gewalttätige Auseinandersetzungen wegen der ungleichen Besitzverteilung. In den letzten 20 Jahren wurde die Problematik so zentral, dass die brasilianische Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Sem Terra, vgl. *iz3w 211 und 215*) heute die wichtigste Opposition zur neoliberalen Politik von Präsident Fernando Henrique Cardoso darstellt. Die Konflikte werden dabei zum Teil äußerst brutal geführt: Seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 wurden 1.167 Morde an LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen verübt. Bis heute blieben die Täter (überwiegend angeheuerte Pistoleiros) und ihre Auftraggeber aus den Reihen der Großgrundbesitzer fast ausnahmslos straffrei. 1998 gab es über tausend Konflikte um Land, von denen mehr als eine Millionen Menschen betroffen waren.

Die Hintergründe der Auseinandersetzungen haben sich in den letzten Jahren kaum verändert: 56,4% der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über 5,5% der Gesamtbetriebsfläche Brasiliens, während 1,4 Prozent der größten Betriebe (über 1.000 ha) über 50 % der Landfläche verfügen. Die Landlosenbewegung MST geht von 4,8 Mio. Familien mit über 24 Mio. Personen aus, die auf der Suche nach Land durch Brasilien ziehen. 41 Millionen BrasilianerInnen hungern und leben unterhalb der Armutsgrenze. Die höchste Konzentration der Armut findet sich im ländlichen Raum, insbesondere im trockenen Nordosten. Aber auch die Armut im städtischen Umfeld geht auf die katastrophale Situation auf dem Land zurück, denn sie ist unter anderem eine Folge der Landflucht.

Rationalisierung auf dem Land

▶ Durch die Agrarpolitik von Präsident Cardoso gerieten in den letzten vier Jahren 400.000 kleinbäuerliche Familienbetriebe in Konkurs und mussten ihre Höfe aufgeben. Cardoso hatte zu Beginn seiner Amtszeit versprochen, innerhalb von vier Jahren 280.000 landlose Familien (weniger als 6 Prozent der landlosen Bevölkerung) neu anzusiedeln. Fünf Jahre später hat er sein Ziel fast erreicht: 254.792 angesiedelte Familien. Doch selbst staatliche Stellen geben zu, dass es sich bei einem Viertel der Fälle um bereits angesiedelte Familien handelte, deren Besitztitel nur noch zu unterzeichnen war, und bei weiteren 62 Prozent der Fälle lediglich langjährige Kolonisten in Amazonien ohne offizielle Landbesitztitel in Landbesitzer mit Bodentitel umbenannt wurden. Es handelt sich also eher um eine Legalisierung von Siedlern als um Neuansiedlungen.

Gleichzeitig verloren mehr als zwei Millionen Landarbeiter durch das Höfesterben, die Mechanisierung und die Extensivierung der Landwirtschaft ihre Arbeit. Mit der Einführung der Währung Real im Juli 1994 sanken die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 37,5%, während die Betriebsmittelkosten für Dünger, Pestizide und Saatgut um 60,1% stiegen. Zudem wurden die Agrarkredite in den letzten zehn Jahren von 14,2 Mio. Real auf 4,5 Mio. Real gekürzt. Die subventionierten Agrarkredite für die kleinbäuerliche Landwirtschaft wurden sogar komplett gestrichen. Subventionen sind nun allein den Agrarexporten und der Vermarktung vorbehalten, wovon vornehmlich Großgrundbesitz, Banken und Händler profitieren. Im Jahr 1999 trug der (subventionierte) Export brasilianischer Agrargüter mit 11 Mrd. US$ zum Staatshaushalt bei.

Das Regierungsprogramm »Novo Mundo Rural« hat die Agrarentwicklungsprogramme der USA und der EU zum Vorbild. Diese heben die Multifunktionalität des ländlichen Raumes hervor und setzen unter verstärktem Einsatz von Technologie und versteckten Subventionen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft frei. Nach dieser Philosophie sollen sich nun auch in Brasilien die wenig konkurrenzfähigen Betriebe (Agrarreformansiedlungen, kleinbäuerlicher Besitz) an marktübliche Zinsen für den Weltmarkt gewöhnen – oder eben schließen. Da es keine Ausweichmöglichkeiten und Förderprogramme für die »freigesetzten« Bauern gibt, erhöhen sie lediglich die Zahl der Arbeitslosen. Und das, obwohl feststeht, dass die Landwirtschaft am ehesten geeignet ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen und ein agrarischer Arbeitsplatz mit 920 R$ wesentlich preiswerter eingerichtet werden kann, als ein industrieller (19.000 R$; Zahlen des Landwirtschaftssekretariats von Rio de Janeiro). Der Prozess der Bodenbesitzkonzentration hat unter Cardosos Agrarpolitik noch zugenommen, gleichzeitig führten die Förderung der Exportlandwirtschaft und des Handels unter den Bedingungen der Weltmarktintegration zu Massenarbeitslosigkeit und mangelhafter Inlandsversorgung.

Gentech-Soja für den Export

▶ Bei der Modernisierung der Landwirtschaft setzt Brasilien zunehmend auf die Bio- und Gentechnologie der Agrarmultis. In weniger als drei Jahren genehmigte die

TRIPs: Ein weltweites Abkommen ...

▶ Das TRIPs-Abkommen (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) der Welthandelsorganisation WTO regelt handelsbezogene Aspekte des geistigen Einkommens: Patente, Lizenzen oder Warenzeichen. Umstritten ist das Teilabkommen vor allem im biotechnologischen Bereich. Wenn Personen oder Konzerne die Rechte an Genen und deren Vermarktung erlangen, müssen Landwirte für die Nutzung von Pflanzen und Saatgut künftig teuer bezahlen. Ziel des Vertrages ist außerdem der freie Welthandel mit gentechnisch veränderten Produkten. Dem steht allerdings das im Februar beschlossene Biosafety Protokoll entgegen, das Sicherheitsstandards für den internationalen Verkehr mit gentechnisch modifizierten Organismen festschreibt. Welches Abkommen für den Handel mit Gentech-Waren künftig ausschlaggebend sein wird, beschäftigt derzeit noch die Juristen (vgl. auch Kommentar S. 4).



Kleinbäuerliche Landwirtschaft ...

... und ein kleines Dorf im Kaiserstuhl

► Während wenige transnationale Firmen aus dem Bereich Saatgut, Nahrungsmittel und Agrochemie bereits die Hälfte des Weltsaatgutmarktes kontrollieren, hat sich in der 3000 Einwohner kleinen Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl eine kommunale Initiative aus Bauern und Bäuerinnen sowie Gärtnern / Gärtnerinnen gegründet, die ihr Saatgut für den Eigenbedarf und zum Verkauf in der Region selber produzieren will. Sie will das Potenzial »alter« Marktsorten, vor allem im Gemüsebereich, die nicht mehr durch Nachbaugebühren gesthützt werden, ausschöpfen. So soll ein Erhaltungszuchtgarten mit traditionellen Obst-, Reb- und Gemüsesorten eingerichtet werden. Durch Auslesezüchtung »neuer« Sorten soll zudem gewährleistet werden, dass das Saatgut und die landwirtschaftlichen Produkte auf umwelt- und sozialverträglichen Anbauweisen beruhen und nicht gentechnisch verändert sind. Neben dem Ziel, neue Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft zu schaffen, sieht sich das Projekt der Eichstetter Saatgutinitiative der Umweltkonferenz in Rio 1992 verpflichtet. Dort wurde der Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt als weltweite Aufgabe definiert.



Im wichtigsten Bereich der Initiative »der Saatgutvermehrung und Auslesezüchtung« werden in diesem Jahr sieben Betriebe die ersten Erfahrungen auf ihren Höfen sammeln. Die Saatgutaufbereitung und Vermarktung soll gemeinsam erfolgen. Denn während sich Pflanzenzuchtkonzerne in der ganzen Welt Landsorten, Wildpflanzen und »lokales Wissen« kostenlos aneignen und Bauern und Bäuerinnen für die »verbesserten« Sorten Lizenzgebühr beim Nachbau und Verkauf des Saatgutes zahlen, soll das produzierte Eichstetter Saatgut und die Vielfalt der erhaltenen Sorten der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Um der Privatisierung entgegen zu arbeiten, wird momentan im Projekt eine geeignete Trägerschaft gesucht, in der sich neben der idealen Rechtsform für die Aktivitäten auch das »geistige Gemeineigentum« widerspiegelt. Das Projekt möchte dabei auch politisch agieren und steht in Kontakt mit ähnlichen Initiativen in Europa und Brasilien – u. a. mit der Landlosenbewegung MST. Geplant ist auch die Einrichtung einer Ländlichen Akademie.

Anette Homlicher

(Weitere Informationen: gemeinde@eichstetten.de)

Nationale Technikkomission für biologische Sicherheit bereits 636 Freisetzungen genetisch veränderter Organismen. Insgesamt sind 176 Sorten betroffen, unter anderen auch so wichtige Kulturen wie Reis, Mais, Kartoffel, Baumwolle, Zuckerrohr und Soja. Fast 90% dieser Sorten sind dabei von nur sechs multinationalen Unternehmen patentiert.

Darunter befindet sich z.B. auch die Patentierung für die Roundup Ready Sojabohne (RRS) des Chemiemultis Monsanto.[1] RRS ist genetisch so verändert, dass die Pflanzen gegen den Wirkstoff Glyphosat (einer der Wirkstoffe im firmeneigenen Totalherbizid Roundup) resistent sind. Der Patentschutz für Roundup läuft in diesem Jahr ab. Daher versuchte Monsanto, das Saatgut über exklusive Lizenzverträge zu verkaufen und die Käufer an sich zu binden. Das ertragreiche Saatgut erhält nur, wer sich vertraglich verpflichtet, ausschließlich Roundup von Monsanto einzusetzen, jederzeitigen Kontrollen durch Monsanto zuzustimmen und unter Androhung hoher Strafen auf den Nachbau zu verzichten, d.h. der Verwendung von Teilen der eigenen Ernte als Saatgut im Folgejahr. Doch kürzlich verhinderte der Einspruch von Verbraucherorganisationen und Umweltschützern vorläufig die Anbaugenehmigung von RRS in Brasilien. Für Monsanto ein massives Problem, denn sowohl die Vorverträge



Fotos: R. Maro/version

… und transgene Lebewesen

mit den Bauern als auch Handelsverträge liegen damit auf Eis, zumal auch der internationale freie Handel mit gentechnisch veränderten Produkten umstritten ist (vgl. Kasten).

Pädagogische Märsche

► Das Interesse der Saatgutfirmen an der Einführung gentechnisch veränderten Saatguts ist offensichtlich: Der Bauer müsste Saatgut und Pestizide als Gesamtpaket kaufen und dürfte mit seiner Ernte keinen Nachbau betreiben, muss also jährlich neu einkaufen. Viele Brasilianer wehren sich gegen diese Vereinnahmung. So war der Aufbau eines nationalen Bündnisses gegen transgene Lebewesen, das sich aus politischen Parteien, NGOs sowie Bauern und Bäuerinnen zusammensetzt, einer der Vorschläge des »Internationalen Seminar zu Biodiversität und gentechnisch veränderten Lebewesen« in Brasília. Mehr als zwanzig Nichtregierungsorganisationen haben dort im letzten Jahr das »Manifest für ein gentechnikfreies Brasilien« beschlossen. Darin werden die Probleme für die Gesundheit der Konsumenten, der Rückgang der Kulturpflanzenvielfalt, die genetische Erosion, die unkontrollierte Genübertragung in der Natur, die Gefahren neuer »Superschädlinge«, die Monopolstellung der Chemiekonzerne, Folgen für die Umwelt und nicht zuletzt die verfehlte Regierungs- und Informationspolitik des Staates thematisiert.

Vorreiter einer anderen Politik ist der Bundesstaat Rio Grande do Sul. Ihn erklärte der Gouverneur Olívio Dutra, von der Arbeiterpartei PT, zur gentechnikfreien Zone. Unter Aufsicht seines Landwirtschaftsministers wurde illegal von Monsanto angebauter Genreis geerntet und an Ort und Stelle verbrannt. Mehrere tausend Personen demonstrierten auf einer ersten Massenkundgebung massiv gegen den Einsatz transgener Lebewesen. In ihrem Manifest erklärten sie, dass die sozialen Bewegungen, Umweltschutzverbände, Verbraucherorganisationen, Bauern und Bäuerinnen, Gewerkschaften, Landlose und Kooperativen für eine von transgenen Lebewesen freie Welt arbeiten und dabei in Rio Grande do Sul beginnen würden.

Ein ähnliches Bündnis findet sich in der Forderung nach einer Agrarreform zusammen. Die Landlosenbewegung MST hat dabei im letzten Jahr eine neue Aktionsform ausgebaut: die pädagogischen Märsche. Der Landlosenbewegung gelingt es – bei häufiger Präsenz in den Medien – auf ihren Fußmärschen über tausende von Kilometern die Bevölkerung zu mobilisieren und zu solidarisieren. Unterwegs wird in Schulen, Kirchen oder Gemeindesälen mit Vorträgen über die Agrarpolitik Station gemacht. Der Erfolg dieser Aufklärung ist überwältigend und wird von der Regierung gefürchtet. Die Märsche beziehen ein breites Spektrum oppositioneller Kräfte ein. Inzwischen hat MST eine Vorreiterrolle (auch bedingt durch seine integrative Kraft) in der Opposition inne. Der Marsch von Rio de Janeiro nach Brasília endete mit Massenkundgebungen von hunderttausend Menschen gegen die neoliberale Politik Cardosos.

Anmerkung:

1 Als bedeutende Welthandelsfrucht wurde Soja schon frühzeitig für die Gentechnik interessant. Dabei ging es vor allem um zwei Aspekte: die landwirtschaftliche Produktion (Herbizid-, Insektizid- und Soja-Mosaikvirusresistenz) und die industrielle Verwertbarkeit (höherer Methioningehalt des Eiweiß und höherer Öl- bzw. Linolsäuregehalt). Schon 1997 wurden 20% der US-amerikanischen Sojaflächen, also 5 Millionen ha, mit RRS angebaut. Brasilien ist mit 11,66 Mio. Hektar Sojaanbaufläche nach den USA (24,94 Mio. ha) der zweitgrößte Produzent von Soja und weltweit der größte Exporteur von Sojaschrot und -öl. Hauptabnehmer ist die EU: Sie importiert 80 Prozent der brasilianischen und 78 Prozent der argentinischen Bohnen, sowie 80 bzw. 60 Prozent der Sojaschrotexporte.

► **Wolfgang Hees** ist Brasilien-Referent bei Caritas International.



Rettung per Mausklick

Die veränderte Ästhetik im Spendenmarkt

von **Georg Lutz**

Der Spendenmarkt ist ein hart umkämpftes Terrain. Dabei wandeln sich die Formen der emotionalen Mobilisierung für Hunger-, Kriegs- und Katastrophenopfer. Mit Hochglanzprospekten, schrillen Plakaten und gestylten Web-Seiten soll das Zielpublikum effektiv angesprochen werden. Neue Bilder und Botschaften markieren so einen in den vergangenen Jahrzehnten veränderten Blick auf die Süd-Nord-Verhältnisse.

► In den Wirtschaftswunderjahren prägte sich die ‚Hungerkralle' in unser Gedächtnis: Eine emporgereckte dürre Kinderhand symbolisierte auf Spendendosen vor Kircheneingängen, auf Plakaten und in Broschüren die Hungernden in dieser Welt. Sie sollte Mitleid erregen und so den Spendentopf von ‚Brot für die Welt' füllen. Die Grundtendenz der damaligen Bilder stellte die Menschen der ‚Dritten Welt' als verelendet, krank und hungernd dar. Die optische Botschaft wurde durch flehende Kinderaugen und Hungerbäuche in Anzeigenkampagnen verstärkt. Wenn nur genügend wohlhabende MetropolenbürgerInnen Kinderpatenschaften übernehmen würden, könnte – so die Botschaft – die Menschheit von der Geißel des Hungers erlöst werden.

Diese paternalistische, jeden gesellschaftlichen Kontext ausblendende Sichtweise korrespondierte mit den damaligen Erwartungen der Modernisierungstheorie. Deren Maxime lautete: Mit Geld, Know-How, neuen Technologien und immer höheren Staudämmen zu immer weiteren Entwicklungserfolgen. Die optische Diskrepanz zwischen den Bildern von hungernden Kindern und schöner neuer Welt der EntwicklungsexpertInnen könne durch den Faktor Zeit aufgelöst werden. Hunger und Elend würden wie in Europa und den USA in einer sich entwickelnden sozialen Marktwirtschaft mit den Segnungen der ‚Grünen Revolution' und der Agrarindustrie bald der Vergangenheit angehören.

Die paternalistische Sicht weicht dem Eine-Welt-Diskurs

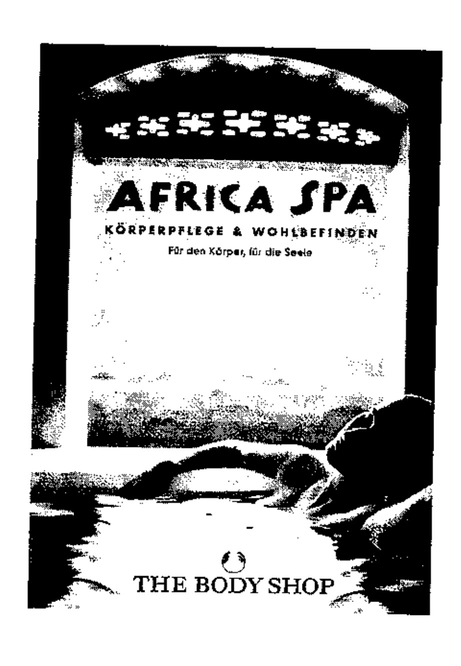
Seit Mitte der achtziger Jahre lässt sich eine Abnahme der Katastrophenbilder beobachten, und die Präsentation des Werbematerials ist optisch ansprechender geworden. Im Vordergrund stehen kaum mehr hungernde Objekte, die unserer Hilfe bedürfen, sondern selbstbewusste, manchmal sogar lachende Menschen in oftmals exotischer Umgebung. Der fair gehandelte Kaffee verhilft uns zu einem besseren Konsumerlebnis und verspricht den Kleinbauern bessere Erträge. Wer für die ‚grüne Lunge Amazonas' spendet, tut auch etwas für's Weltklima. Der Rahmen für diese Werbestrategie ist der ‚Eine-Welt'-Diskurs. Unterschiedliche Interessen und Machtverhältnisse als Ursachen von Elend und Umweltzerstörung spielen hier keine Rolle.

Das gilt erst recht für ‚The Hunger Site' im Internet. Unter www.thehungersite.com können mit einem Mausklick Menschenleben gerettet werden. Hier zählen nur knappe Informationen und direkte Lösungen. So sind unter einer Weltkarte zunächst die Fakten zu lesen: »Alle 3,6 Sekunden stirbt ein Mensch auf dieser Welt den Hungertod; 3/4 der Toten sind Kinder unter fünf Jahren.« Darunter ist ein Kästchen mit der Aufschrift DONATE FREE FOOD plaziert. Wer das Menü ansteuert, kann mit Spenden zur Lösung des Hungerproblems

beitragen. Heute, so die Botschaft, kann die Welt mit mehreren Mausklicks gerettet werden. Da war der mittelalterliche Ablasshandel noch teurer und beschwerlicher.

In der verschärften Konkurrenz um Spendengelder sind die Organisationen darauf angewiesen, unterschiedliche SpenderInnen-Zielgruppen anzusprechen. Dabei steht nicht mehr der paternalistische Citoyen früherer Dekaden, sondern eine ganz neue Form der Bourgeoisie im Vordergrund. Wer etwa Zeitgeist-Zeitschriften wie ‚fit for fun' ‚max' oder ‚inStyle' durchblättert, stößt schnell auf die wichtigen Befindlichkeitspunkte im Werbegeschäft. Karriere, Sex und Wellness sind die Top-Themen. Im Rahmen dieses narzistischen Ich-Bezugs wird dann auch an andere gedacht: »Tun Sie was für andere. Soziale Beziehungen sind für das emotionale Gleichgewicht unersetzlich.« An dieses verantwortungsbewusste Individuum appelliert das DRK in einer Plakatserie unter dem Titel »Das Abenteuer Menschlichkeit«. Ein Plakat der Serie zeigt eine Zeltstadt. Körbe voller Brote warten auf Verteilung. Im Hintergrund drückt ein Gebirgspanorama vor dunkelblauem Himmel Faszination und Bedrohung aus. Die Überschrift des Plakats »Grenzgebiet Kosovo, 23.4.99« signalisiert die Dramatik vor Ort – ein auch in Hollywood-Filmen gern verwendetes Stilmittel, das der Nüchternheit von Nachrichtensendungen entnommen wurde und die Authentizität der Handlung demonstrieren soll.

Der Text zum DRK-Plakat lautet: »Keine großen Worte, ok? Geredet wird doch schon genug. Nur soviel: Mir tun die Leute leid, die glauben, Selbstüberwindung hätte etwas mit Bungeespringen zu tun. Denn an einem Tag hier lerne ich mehr über Menschlichkeit und über mich selbst, als andere in ihrem ganzen Leben.« Diese Phase der Selbstfindung mit sozialer Note hilft den HelferInnen auch später dabei, zu funktionieren. Das »Abenteuer Menschlichkeit« ist ein zeitlicher Ausstieg für vor allem junge Leute auf der Suche nach Qualifikation und Orientierung. Der Möbelhersteller Rolf Benz bringt diese moderne Form der Lebensgestaltung in seiner Anzeige auf den Punkt. »Früher sind wir um die Welt gezogen, um uns selbst zu finden – Heute findet uns die Welt immer öfter zu Hause. Unsere Freunde vermuten, weil wir schon überall waren. Oder liegt es einfach daran, dass wir endlich an unserem Lieblingsort angekommen sind.« Im Panorama-Bild des DRK-Plakats bleibt anders als in den Abendnachrichten und anders als in den Hungerbildern der 60er und 70er Jahre die konkrete Not der Phantasie des Betrachters überlassen. Dies gilt auch für eine Anzeige von terre des hommes, auf der anstelle eines Fotos lediglich eine Textzeile zu sehen ist: »Die weinende Vietnamesin, die ihr neugeborenes verstümmeltes Baby im Arm hält.« Darunter, quasi als Bildunterschrift: »Danken Sie uns, dass wir ihnen dieses Bild ersparen.« Auf den folgenden Seiten sind dann, zusammen mit einer Vielzahl entsprechender Werbungen, ergreifende Berichte über die Problemzonen BBP (Bauch, Beine, Po) zu goutieren.



Die Werbung arbeitet mit dem Sex-appeal sozialer Verantwortung

Die so eingebettete »Katastrophenwerbung« zeigt den Zwang zu effektvoller, zielgruppenorientierter Werbung durch Spendenorganisationen besonders drastisch. Wo sich der redaktionelle und der Anzeigenteil von Zeitschriften zunehmend angleichen – hier ist der Unterschied zwischen Jeans-Werbung und der Illustration einer Sozialreportage kaum mehr erkennbar –, unterscheiden sich auch die Aufrufe der Hilfsorganisation kaum noch von der üblichen Werbung.

Parallel zur Angleichung von Spendenkampagnen an BBP-Strategien, übernimmt – und das ist relativ neu – auch die Produktwerbung Botschaften von Spendenorganisationen. Heute benötigt jeder Konzern eine Corporate Identity mit sozialer Duftnote. Umweltpolitische Themen stehen dabei an erster Stelle. Aber auch das Thema Linderung der Armut bietet sich nicht selten als weltanschauliches Material für´s Firmen-Design an. Als Prototyp eines solchen Unternehmens kann die ‚Body-Shop'-Kette gelten. Schon immer war man stolz darauf, ohne Tierversuche entwickelte Produkte anbieten zu können. Seit einigen Jahren läuft nun auch eine Imagekampagne unter dem Label »Hilfe durch Handel«: »Dies ist eine bessere Art der Geschäftsführung – der Handel von Mensch zu Mensch gestützt auf Gleichberechtigung.« Für die MetropolenbürgerInnen heißt dies »Körperpflege & Wohlbefinden. Für den Körper, für die Seele« in Form eines Badezusatzes aus der Produktlinie ‚Africa SPA'. Den KleinbäuerInnen aus dem Süden bleibt die Arbeit. Mit Gleichberechtigung der Beteiligten hat die Werbestrategie wenig zu tun. Die indigene Bevölkerung dient als Werbematerial für höher Umsätze.

Die Frage nach ausgleichender Gerechtigkeit mutiert also von der noch in den 70er Jahren dominierenden Anklage des Metropolengewissens hin zu einer Konsumform, die mit dem ‚Sex-appeal' der sozialen Verantwortung versehen ist. Die Botschaft: Gerechtigkeit kann konsumiert werden. (Eine Sonderstellung nehmen im Bereich der Produktwerbungen die Benetton-Kampagnen ein, die vom Konzern auch ganz bewusst als Abweichungen von der Regel konzipiert werden. Ästhetisch zwar voll im Trend, erinnern die hier präsentierten Bildinhalte an die Hungerkrallensymbolik der 60er Jahre. Verstörung des Betrachters ist das Erfolgsrezept – denn im Kontrast zum sonstigen Werbegeschäft, das »Wirklichkeit« systematisch ausblendet, können die krassen Benetton-Motive Irritationen auslösen.)

Zuletzt in der Werbebranche zu beobachten war ein Trend zum vermeintlich sachlichen Text. Das betrifft nicht nur das DRK. Die Vodafone-Mannesmann-Affäre, der offene Brief von AOL an den Bundeskanzler oder die ganzseitigen Anzeigen des Online-Reisebüros tiss.com, die vor einem Bild von Jörg Haider titeln, »Für alle, die jetzt keine Lust mehr auf Österreich haben«, sind Beispiele für eine Werbeform, die gesellschaftliche Debatten aufgreift. Vermutlich mussten die Werbe-Gurus eine Kurswende einleiten. Denn was bleibt der Werbung, wenn jeder andere Diskurs sich der Werbung angleicht?

► **Georg Lutz** ist Mitarbeiter im iz3w.

Ausgewogen technokratisch

► Das Ziel des englischsprachigen Sammelbands **Food Security and Nutrition. The global Challenge** ist die Analyse aktueller Probleme der Ernährungssicherung und die Frage nach Strategien, um das weltweit nach wie vor große Ausmaß von Hunger und Unterernährung zu reduzieren.

Zunächst werden die Aspekte des globalen Vorhandenseins von Nahrungsmitteln, der ökonomischen Verfügbarkeit sowie von Ernährungsgewohnheiten auf der Ebene einzelner Haushalte untersucht. Der Fokus wird also weniger auf globale denn auf Mikroperspektiven gerichtet. Die Stärke des Sammelbands liegt in der Thematisierung von konkreten Auswirkungen der Weltmarktorientierung, von Exportstrategien und negativen Effekten von Strukturanpassungen sowie des Überkonsums in den Ländern des Nordens. Leider werden diese empirischen Ergebnisse durch eine Analyse auf der Makro- und Strategieebene ergänzt, in der sich eine ungebrochene Kontinuität oder sogar verstärkte Wiederkehr modernisierungstheoretischer Paradigmen zeigt. So wird u.a. die Notwendigkeit einer zweiten Grünen Revolution propagiert. Statt einer grundsätzlichen Kritik an der Bio- und Gentechnologie, wie sie der Mainstream in Europa vollziehe, solle, so der Grundtenor, lieber versucht werden, positive und negative Seiten der neuen Technologien abzuwägen. Die Ausbreitung der Bio-/Gentechnologie zur Sicherung der Welternährung dürfe keinesfalls durch politisch-gesellschaftliche Regulationen verhindert werden.

Dem im Einleitungskapitel angerissenen Überblick über verschiedene Entwicklungstheorien fehlt leider eine deutliche Positionierung. So stehen Für und Wider theoretischer Konzepte (z.B. Dependenztheorie und Strukturanpassung) ohne Bezug zueinander und scheinbar ohne Wertung im Raum. Es entsteht der Eindruck von Beliebigkeit, es wird mit Begriffen jongliert ohne die Widersprüchlichkeiten der verschiedenen Argumentationsweisen aufzudecken. Bestrebungen, zumindest theoretisch Konsistenz herstellen zu wollen, sind nicht erkennbar. *Steffen Schülein*

► *Kracht, U./Schulz, M. (Hrsg): Food security and nutrition. The global challenge. LIT-Verlag, Spektrum 50, 1999, Englisch, 670 S., ISBN 3-8258-3166-3.*

Die andere Eroberung

► Was sich Nahrungsmittelhilfe im Namen der Armutsbekämpfung nennt, analysiert Martin Wopold-Bosien in seinem Buch **Die andere Eroberung** als aggressive Agrarexportpolitik. Die Erschließung ständig neuer Absatzmärkte für USA und EU über hochsubventioniertes Getreide, Rindfleisch und Milchpulver gehen zu Lasten der Absatzmöglichkeiten von Produzenten in der Dritten Welt. Einkommensarme Länder mit einem Nahrungsdefizit werden von den Einfuhren immer abhängiger, ohne sie auf Dauer finanzieren zu können. Dabei werden die Kleinbauern durch die Billigimporte, die eine politisch relevante Stadtbevölkerung bedienen, von den lokalen und regionalen Märkten verdrängt.

Die »Eroberung« neuer Absatzmärkte ist durchaus mit politisch-strategischen Interessen der Außenpolitik verbunden. In großer Ausführlichkeit entschlüsselt der Autor das konsequent geplante Ziel einer billigen Entsorgung der eigenen Überschüsse. Eine gründliche Erörterung des Zusammenspiels dieser exportorientierten Agrarpolitik mit den GATT-Bestimmungen zur internationalen Agrarhandelsordnung macht deutlich, dass nicht allein die vermeintliche Allmacht des Marktes, sondern ein strategisch durchdachtes Konzept hinter der Ideologie der Liberalisierung des Agrarmarktes steht. Das besondere Verdienst des Autors ist es, eine Masse an Informationen so in Beziehung gestellt zu haben, dass die destruktiven Folgen der US- und EU-Agrarpolitik für den Hunger im Süden transparent werden. *Martina Backes*

► *Martin Wolpold-Bosien: Die andere Eroberung. Hrsg.: Abl & Fian, Herne, 1999, ISBN 3-930413-16-7, 235 S., DM 26,—*

Zwei weitere Legenden

► Ein vor zwei Jahrzehnten erschienener Klassiker ist in einer erweiterten Fassung neu veröffentlicht worden: Aus den **Zehn Legenden um den Hunger** in der Welt sind **zwölf** geworden. An der Stossrichtung hat sich aber nichts geändert. Die dependenztheoretische Grundlage ist unverkennbar. Die Vorteile liegen in der klaren Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die die bestehenden Legenden über Ursachen von Hunger wie vor zwanzig Jahren beeindruckend deutlich aufzeigen kann.

Nachteile fallen auf, wenn es um Fallbeispiele geht und die Argumentationsschablone einfach nicht mehr passt. Den Konflikt, die Hungersnot bzw. den späteren Genozid in Ruanda führen die Autoren in erster Linie auf die zusammen brechenden Kaffeepreise im Weltmarkt zurück. Das ist dann doch etwas zu einfach gestrickt. Dennoch: Wer sich mit der sogenannten Bevölkerungsexplosion als Erklärung für den Hunger nicht begnügen will, dem sei dieses Buch auch weiterhin empfohlen.

Die Autoren arbeiten im Umfeld von Food First/Institut for Food and Development Policy in Oakland, CA, USA. Deren Web-Seite bietet aktuelle Positionspapiere:
www.foodfirst.org,
E-mail: foodfirst@igc.apc.org.

Georg Lutz

► *Frances Moore Lappé, Joseph Collins, Peter Rosset, Luis Esparza: World Hunger – Twelve Myths, Grove Press, New York 1998, 270 Seiten, $ 13,-*

Weitere Veröffentlichungen:

► *Agrarbündnis (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2000, Bauernblatt Verlag, 38 DM, 336 S., Rheda-Wiedenbrück 2000.*

► *BUKO Agrar Dossier 20: Saatgut, Schmetterling Verlag, 98 S., Stuttgart 1998.*

► *Buttel, F.H./Foster, J.B./Magdoff, F. (Hg.): The Agribusiness Threat to Farmers, Food and the Environment, Monthly Review Press, Großbritannien 1999.*

► *Forum für Umwelt und Entwicklung (Hg.): Geistige Eigentumsrechte – Regelungen und Auswirkungen auf die Länder des Südens, Bonn 1997.*

► *Hoffmann, U./Schultz, U./Teherani-Krönner, P. (Hg.): Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung, III. Internationaler Workshop »Women in Rural Development«, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler 1999.*

► *iz3w-Pressedokumentation: Grüne Gene in der Landwirtschaft – Diskurse um die Biotechnologie. Für ca. 12 DM zu bestellen beim: iz3w informationszentrum 3.welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel.: 0761/74003, Fax: 0761/709866, e-mail: info@iz3w.org*



Foto: R. Maro/version

Mit den besten Absichten

Spuren des migrantischen Widerstands

von **Manuela Bojadzijev** und **Vassilis Tsianos (Kanak Attak)**

In der antirassistischen Szene ist es mittlerweile ein Allgemeinplatz, den zivilgesellschaftlichen Multikulturalismus als Rassismus zu kritisieren. Der gesellschaftlich anerkannten Präsentation von kulturellen Unterschieden – z.B. kulinarische bei Stadtteilfesten, brasilianischer Fußballzauber in der Bundesliga – steht häufig eine antirassistische Praxis gegenüber, die versucht, rassistische Zuschreibungen durch eine andere Bewertung von migrantischen Identitäten produktiv zu wenden (z.B. hybride Gegenidentitäten, siehe hierzu die Beiträge von Hess/Lindner, iz3w 226/23, und die Kritik daran von Felix Kurz, iz3w 227 und Udo Wolter, iz3w 229). Dabei geht es um die Frage nach der (korrekten) Repräsentation von nicht-deutschen Menschen und um die Frage nach Identität und Gegenidentität. Gegen diese antirassistische Theorie und Praxis wurden im Laufe der neunziger Jahre verstärkt Stimmen laut, Stimmen, die den gängigen Antirassismus pauschal als Identitätspolitik kritisierten. Es wurde eingewandt, dass vor lauter Repräsentationspolitik die sozialen und ökonomischen Aspekte des Rassismus aus dem Blick gerieten (die so genannte Verdrängung des Sozialen).

Der folgende programmatische Text aus einem Diskussionszusammenhang der Gruppe Kanak Attak schlägt deshalb einen Perspektivwechsel vor: Die (durchaus notwendige) Kritik am Zelebrieren von Gegenidentitäten sei zu pauschal, sie führe den migrantischen Antirassismus nicht weiter. Demgegenüber sei über die Suche nach der Geschichte des migrantischen Widerstands zum einen gewährleistet, dass das verdrängte Soziale wieder in die Analyse des Rassismus aufgenommen wird. Zum anderen sehen die Autorin und der Autor in dieser Geschichte Spuren eines Widerstands, der Rassismus auf der Alltagsebene bekämpft. Diese Spuren gelte es freizulegen, um den »Kämpfen und den Menschen ihre ,Würde' zurückzugeben.«

► Migrantischen Antirassismus pauschal als »Identitätspolitik« zu kritisieren, war in den neunziger Jahren genauso verbreitet wie problematisch. Das gleiche trifft auf repräsentationspolitische Analysen des Rassismus zu. Mit großer Beliebtheit verhandelte man Rassismus allein als ideologisches Phänomen, das entweder über eine (Neu-)Bewertung der migrantischen Identitäten oder über ihre stärkere Repräsentation zu bekämpfen sei. Rassismus lässt sich aber überhaupt nicht verstehen, wenn man ihn allein als ein partikulares oder allgemeines System der Repräsentation konzipiert und die Frage nach der Herrschaft erst retrospektiv stellt. Diese Frage ist immer schon in das theoretische Konzept mit einbezogen.

Man darf Widerstand nicht nur als einen Reflex auf Rassenkonstruktionen begreifen

Sucht man einen Ausweg aus rassistischen Verhältnissen mit einer Machtanalyse, wie sie repräsentationspolitische Analysen vorgeben, bleibt man bei dem Problem der stereotypisierenden Gruppenkonzeptionen hängen. Rassismus gilt dann als separat von anderen Herrschaftsverhältnissen für bekämpfbar, weil die Macht der diskursiven Durchsetzbarkeit der Gruppenkonstruktionen irrtümlicherweise mit der Macht zur Aufrechterhaltung der Bedingungen des antagonistischen Verhältnisses, in dem sie zueinander stehen, gleichgesetzt wird. Rassistische Macht befindet sich weder im Besitz einer dominanten Gruppe, noch erschöpft sie sich in den konkreten Modi ihrer Ausübung. Sie ist in den Kräfteverhältnissen verankert, die sie kontrollieren muss, um überhaupt existieren zu können. Die aktuelle staatliche Flüchtlingspolitik zum Beispiel, ist nicht nur in ihrer Ausübung rassistisch, sie ist auch Ausdruck einer gelungenen Politik der ethnischen Stratifikation. In der reduktionistischen Machtkonzeption der Repräsentationspolitiken taucht Widerstand deshalb im besten Fall als abstraktes, appellatives oder moralisierendes Prinzip auf. Die antirassistische Praxis ist darin fortwährend im Begriff, sich zwischen Stilllegung und voluntaristischem Wunsch nach Veränderung einzuschließen.

Obwohl inzwischen als allgemeiner Topos gilt, dass Rassismus kein universalgeschichtliches Phänomen ist, bleibt in den meisten Rassismustheorien die Frage nach den historisch bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen offen. Rassismus, besser: Rassismen, funktionieren sowohl auf politischer, sozialer wie auf ökonomischer Ebene als Ein- und Ausschlussmodi, die sich im institutionellen System verdichten und durch staatliche Institutionen weiter ausgearbeitet werden. Für unseren Zusammenhang ist entscheidend, dass durch den staatlichen Rassismus nicht nur stereotypisierende bzw. stereotypisierte Gruppen hervorgebracht werden, sondern dass darüber hinaus auch deren Verhältnis als Antagonismus reguliert wird.

Die repräsentationsorientierte antirassistische Analyse macht einen Umweg: Sie identifiziert und autorisiert erst einmal identitäre



Foto: R. Maro / version

GegenIdentitäten

Subjekte und Gruppen, um diese daraufhin zu dekonstruieren. Das Dilemma solcher häufig postmodern orientierter Ansätze ist, dass sie zwar die »Antworten« historisieren, aber nicht die »Fragen« auf die diese eine Antwort erst darstellen. So kommt es denn auch unter dem Motto »für und mit Ausländern Politik machen« machmal zur Bereitschaft, »kulturelle Identitäten« von Migrantinnen und Migranten zu zelebrieren. Dabei wird über die Präsentation dieser Identitäten a priori deren antirassistischer Gehalt unterstellt. Unsere Kritik des antirassistischen Wissens und seiner Ambivalenzen besteht auf einen feinen Unterschied: Man muss den migrantischen Antirassismus als einen Prozess ohne Subjekt denken und darf Widerstand nicht als einen Reflex auf Rassenkonstruktionen, sondern als konfliktuellen Prozess der Herausbildung und Entwicklung von Rassenkonstruktionen selbst begreifen. In diesem Prozess realisiert sich nicht nur der Rassismus, sondern in ihm muss sich auch der Antirassismus verorten. Rassismus darf deshalb nicht getrennt von Antirassismus verstanden werden.

Rassistischer Teufelskreis

► Uns interessieren zwei Fallen dieses reduktionistischen Antirassismus, der in genau den rassistischen Teufelskreis verstrickt ist, den er durchbrechen will. Dieser entfaltet seine Wirksamkeit zum einen über seine ein- und ausschließenden Effekte. So wird beispielsweise die Bedingung der Möglichkeit einer partiellen Teilnahme der Migrantinnen und Migranten an einer antirassistischen Politik über einen unterordnenden Einschluss hergestellt. Der Antirassismus reproduziert darin zwei einander ergänzende Wahrnehmungsmuster: Migrantinnen und Migranten tauchen nur als Problem und/oder als zu beschützendes Opfer auf, in jedem Fall als Objekt.

Zum anderen funktioniert der Teufelskreis als Mechanismus, den migrantischen Widerstand als »Identitätspolitik« per se zu bewerten – sein Wissen, seine Praxen und Wirkungen an- oder abzuerkennen. Doch die abstrakte Kritik an Identitätspolitiken ist in der antirassistischen Diskussion zu einem Allgemeinplatz verkommen. Der prinzipielle Anti-Essentialismus kritisiert die im Kampf entstehenden Identitäten; der Grund ihres Entstehens und das, was sie angreifen, bleiben unerwähnt. Insofern bleibt die Diskussion um »Pro und Contra Identität« in genau dem Rassismus verfangen, der ihren Ausgangspunkt darstellt. Die favorisierten Lösungen wie »Hybridität« oder »Identitätsguerilla« verlegen ihren Ausgangspunkt auf eine Kritik der Repräsentation und ignorieren die sozialen Kämpfe gegen den Rassismus. Nicht zuletzt geben sie die vom Rassismus erzeugte Aporie an die den Rassismus bekämpfenden Subjekte als Vorwurf zurück. Der Vorwurf der »Identitätspolitik« gerät aber auch leicht zu einer Bezeichnungspraxis mit dem Ziel, die Klärung der tatsächlich problematischen Ambivalenz der auf der Basis zugeschriebener und einverleibter identitärer Herkunftsmarkierungen und minoritärer Strategien mehr oder weniger provokativer Selbstermächtigungspraxen von Migranten durch einen pauschalen Disziplinierungsvorwurf zu umgehen. Dieser Vorwurf eignet sich ideal dazu, der eigenen kulturalistischen Verstrickung offensiv zu entgehen. Die Frage wer über wen die Definitionsmacht besitzt, wird verschwiegen.[1] Dabei geht die Herausforderung eines kanakischen Selbstvertretungsanspruchs verloren. Demgegenüber muss man die historischen Formen der Identitätspolitik mit den Bedingungen ihres Entstehens und den politischen Anliegen in Beziehung setzen. Man wäre nicht mehr gezwungen, Identitäten entweder (strategisch) zu akzeptieren oder aber kategorisch zurückweisen, sich zwischen Essentialismus und Nominalismus zu entscheiden, sondern kann historische Kriterien zur Beurteilung des Nutzens bestimmter Politiken entwickeln. Wir meinen, dass es darum geht, die Mechanismen, die Zwänge, die Begrenzungen und Ambivalenzen, die der migrantische Antirassismus trotz »bester Absichten« hervorbringt, betonen zu müssen.

Primat des Widerstands

► Wir wollen also einen Perspektivwechsel vorschlagen. Als Bezugspunkt unserer Überlegungen im Kontext des ambivalenten Zusammenspiels von Antirassismus und Identitätspolitik ist das Primat des Widerstands immanent aus der Geschichte über die realempirische Existenz der Ethnifizierten voranzutreiben. Der Antirassismus ist in einer Krise, die für uns mit den Formen bisheriger linker wie auch migrantischer antirassistischer Politik zu tun hat. Bezüglich der antirassistischen Kämpfe von Migrantinnen und Migranten lassen sich in den neunziger Jahren drei unterschiedliche Stränge sehr kurz und typologisch benennen.

Man könnte den migrantischen Lobbyismus als Identitätspolitik par excellence betrachten. Entstanden in den siebziger Jahren und im Kontext der Entradikalisierung migrantischer Arbeits- und Wohnkämpfe, mobilisierte eine breite Schicht von bis dato »apolitischen« Migrantinnen und Migranten kollektive Praxisformen. Der per Ausländergesetz festgeschriebene Ausschluss von politischer Partizipation, das ganze Repertoire perfider Schwierigkeiten, die die Nachkriegs-BRD den Migrantinnen und Migranten machte, die rückkehrorientierten Regulationsmodi des Aufenthaltsstatus (Saisonarbeiter, Gastarbeiter), d.h. die historisch spezifischen Formen der rassistischen Ausgrenzung, lieferten den Rahmen, in dem sich der migrantische Widerstand formieren konnte.

Für die Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Generation boten sich zwei Möglichkeiten an, all diese Schwierigkeiten zu umgehen. Die erste bestand im Aufbau von Community-Infrastrukturen, die auf der Basis der Selbstorganisation die in der Migration entstandenen Beziehungsstrukturen mobilisier-

ten, um etwa die »Kettenmigration« hinter dem Rücken des Ausländergesetzes (z.B. durch Familiennachzug) zu organisieren bzw. die Exilpolitik trotz ihrer anfänglichen Inkriminierung voranzutreiben. Von den Arbeitervereinen Anfang der siebziger über die Eltern-, Sport- und Kulturvereine der achtziger bis zu den stark diffamierten religiösen Vereinigungen der neunziger Jahre: Alle diese migrantischen Organisationsstrukturen spiegeln entscheidende Momente der Selbstbehauptung wider.

Die zweite Möglichkeit bestand in der Suche nach einem starken zivilgesellschaftlichen Partner (Parteien, Gewerkschaften, paritätische Wohlfahrtsverbände, Kirchen). Im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Institutionen ließen sich jedoch die institutionalisierten Wirkungen des Rassismus durch die Unterordnung lobbyistischer Forderungen unter die übergeordneten Interessen der Großinstitutionen selten neutralisieren. Durch eine Mixtur von ritualisierter Stellvertreterpolitik und selektiver »Integration« von Minderheitenaktivistinnen alias Vorzeige-Kanaken – meistens Angehörigen der inzwischen herausgebildeten kanakischen Mittelschicht – kulminierte dieser Prozess der selektiv-repräsentativen »Integration« in der Zivilgesellschaft in einer Affirmation identitärer Zwangsverhältnisse für alle. Trotz der eindeutigen Verdienste des kanakischen Lobbyismus, blieb dieses gegenidentifikatorische Selbstbehauptungskonzept der »steinernen Jahre« auf die einfache Umkehrung seiner Zuschreibungsformen angewiesen, um überhaupt bestehen zu bleiben. Die absoluten Grenzen dieses kanakischen Pazifismus dokumentierte jüngst die Unfähigkeit, die Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts zu verhindern.

Man könnte den migrantischen Lobbyismus als Identitätspolitik par exellence betrachten

Eine andere Form antirassistischer Politik trägt das Label »Selbstorganisierung«. Die Präsenz »selbstorganisierter Migrantinnen« bei den Antira-Plenen Anfang der neunziger Jahre sorgte für die dubiosesten Beschuldigungen seitens der linken Antira-Aktivistinnen. Die Vorwürfe der anti-essentialistischen Linken gegen die selbstorganisierten Gruppen wie FeMigra, Antifa Gençlik, Café Morgenland, KöXüs u.a. reichten von Separatismus bis zu »umgekehrtem Rassismus«.

Die »Selbstorganisierung« versuchte Anfang der neunziger Jahre sich gegen die alltäglichen Formen des Rassismus zur Wehr zu setzen. Mit dem praktizierten Recht auf Selbstverteidigung wurde jede Form der Entmündigung seitens des linken deutschen Antirassismus und der zivilgesellschaftlichen Komplizenschaft kanakischer Lobbyisten aufgekündigt, die versucht hatten, über die »richtigen« und »angemessenen« Formen des Widerstands paternalistisch zu belehren. Das Konzept der »Selbstorganisierung der Migrantinnen« geht auf zwei wichtige Momente der Konstituierung radikaler migrantischer Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungsstrategien zurück. Ende der achtziger Jahre und im Kontext feministischer Politmilieus kündigten feministische Migrantinnen demonstrativ die Zusammenarbeit auf und thematisierten zum ersten mal den Rassismus der Linken. Parallel dazu und im Zuge einer Politikwende innerhalb der radikalen türkischen Exil-Linken formierten sich migrantische Aktionszusammenhänge, die sich von der Exilpolitik abwandten und den Rassismus in Deutschland zur Hauptaufgabe ihrer Politik machten. Antifaçist Gençlik wendete anfänglich diesen Ansatz erfolgreich in Kreuzberg an und erreichte einen hohen Mobilisierungsgrad unter kanakischen Jugendbanden, die sich der aktiven Selbstverteidigung anschlossen.

Der Antagonismus zwischen Täterkollektiv und Migrantinnen und Migranten bildete den Ausgangspunkt politischer Gegenidentifizierung. Oft wurde der Widerstand auf eine Reaktion gegen den Rassismus reduziert. Die anti-deutsche Haltung, die in ihrer letztlichen Einschätzung des Rassismus und der damaligen politischen Konjunktur grundsätzlich richtig war, verhinderte es, die Entwicklungen zu historisieren und legte sie auf eine abstrakte Kritik fest, die zwar kurzfristig politisierend wirkte, auf Dauer aber den sich auch in der Reaktion auf den Widerstand wandelnden Funktionsweisen des Rassismus nichts Elementares entgegensetzen konnte. Ende der neunziger Jahre gerieten die Übriggebliebenen durch ihren selbstgerechten Solipsismus und durch ihre Selbststilisierung als Opfer in die Krise. Die politisch begründete Gegenidentifikation geriet ins Identitäre. Damit wurden den Widersprüchen der Status von Spaltungen verliehen und die Kritik auf der Basis eines moralistischen Wahrheitsmonopols belassen, das für die Analyse der Kräfteverhältnisse nicht herhalten konnte.

Ende der neunziger Jahre hörte man im Zuge der allgemeinen Kulturalisierung plötzlich von einer Kanak Chiceria, die einige Titel der Sonderausgaben von Zeitungen vor allem im Zusammenhang mit der Berliner Republik schmückte. Auf einmal sollte es jene geben, die es trotz Rassismus und gegen ihn geschafft hatten, zu einigem Ansehen oder (finanziellem) Erfolg zu kommen. Man muss festhalten, dass es das bisher noch nicht gegeben hatte. Unabhängig davon, ob die Protagonistinnen und Protagonisten durchaus ihre Zähne öffentlich fletschen dürfen, werden sie meist auf ihr Musterschülerdasein reduziert[2], woran sie nicht ganz unschuldig sind. Der von vielen gehegte Wunsch, selbst endlich einen anerkannten Platz in Almanya haben zu können, lässt sie sich gerne von der Geschichte der Migration abkoppeln und so tun, als seien sie vom Himmel gefallen. Und der ist gegen jede Realität multikulturell. Authentisch ist man zwar immer noch, aber nicht mehr authentisch anders, sondern authentisch hybrid. Mit Migrantenkultur hat das wenig zu tun, viel dagegen mit dem Zerrbild einer angeblich hybriden Kultur. Und die glaubt man im Sinne einer Innovation der Gesellschaft erfolgreich repräsentieren zu können. Die Chiceria gibt vor, etwas anderes als die Kanaken zu sein, etwas anderes zu repräsentieren, wobei sie eigentlich gar nichts repräsentiert, außer ihr eigenes Vorankommen. Was in Almanya nicht wenig ist. Sie interessiert sich in den meisten Fällen nicht für die Politik, die für sie nur jene rassistische Erniedrigungen bietet, die sie ohnehin erfahren. Rassismus ist für sie ein Tabu, über das man besser nicht spricht.

Grenzen der Gegenidentifikation

► Die rassistischen Herrschaftsverhältnisse haben sich im Verlauf der neunziger Jahre verändert und eine Hierarchisierung der Migrantengruppen befördert. In dieser Transformation entstanden in direkter oder indirekter, kollektiver oder individueller Auseinandersetzung die erwähnten migrantischen Identitätskonzeptionen, die man alle als Formen der Gegenidentifikation bezeichnen könnte. Innerhalb der jeweiligen Kräfteverhältnisse artikulieren sie die Frage nach gesellschaftlicher Veränderung nicht als Frage nach Identität oder nach Veränderung an sich. Sie sind vielmehr als Suche nach einer Veränderung zu verstehen, in der immer wieder und immer anders die Bedingungen der Möglichkeit eines besseren Lebens in rassistischen Verhältnissen und gegen sie gefunden werden sollen.

Die Geschichte der migrantischen Kämpfe in den neunziger Jahren zeigt aber auch die Grenzen einer solchen Politik. In Folge der Zuschreibungen, denen sie sich ständig ausgesetzt sehen, als Objekte, als Opfer oder als in der Differenz-Butik Almanya erfolgreiche »Andere« entwerfen sie gegenidentifikatorische Positionen, die auf den Skandal einer Politik der Authentisierungsprozesse durch Identitätskontrollen reagieren, indem sie die Semantiken des Ethno-Erkennungsdienst umkehren, positiv besetzen oder einfach negieren. Auf diese Weise sind sie aber nicht im Stande, die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen der rassistischen Herrschaft – den Kapitalismus – zur Sprache zu bringen. Identitätspolitik gegen Rassismus zu wenden hat keine organisierende Kraft, da beide in der kapitalistischen Gesellschaft produziert werden. Antirassismus kann deshalb nicht als Gegen-Identifikation zum Rassismus fundiert werden. Die Übernahme durch Migrantinnen und Migranten hat aber den Charakter einer entscheidenden Veränderung. Es än-

dert sich nicht nur das Subjekt des Antirassismus, sondern auch der Antirassismus selbst. Bei diesem verwickelten Prozess stellt sich die Frage: Was vom bisherigen Antirassismus der Migrantinnen und Migranten wollen wir beibehalten und verteidigen? Die Antwort muß heißen: jene Elemente, welche die Identifikationen beseitigen müssen, um bestehen zu bleiben. Insofern geht es uns um eine Kritik der Kritik und um eine Veränderung der herkömmlichen Veränderungen.

Damit versuchen wir nicht den Freispruch von allen Effekten der Identifizierungen, sondern wir sprechen von einer Transformation der Identifizierungen innerhalb einer Praxis. Eine Beurteilung dieser Transformation lässt sich jedoch nicht durch theoretische Überlegungen – durch eine Theorie des Widerstands etwa – begründen. Es gibt keinen Ausweg als den Kampf gegen die rassistische Herrschaft, und es gibt ihn, weil er nichts anderes ist als die Geschichte der Migrantinnen und Migranten als Gruppe selbst. Und es ist diese Geschichte, der wir uns mit unserem Projekt unter anderem annehmen wollen.

Geschichte des migrantischen Widerstands

▶ Der Widerstand von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten gegen Rassismus wurde immer wieder gewaltsam unterbrochen. Im unserem Versuch, diese Brüche aufzuzeigen, sollen Kontinuitäten und Diskontinuitäten in seiner Geschichte zum Ausdruck kommen. Migrantinnen und Migranten haben hier und da versucht, den Rassismus einzudämmen, aber sie sind nie soweit gekommen, das System zu durchbrechen und sich von der Unterwerfung seiner Zwänge zu befreien. Das ist offensichtlich. Es gilt also eine Geschichte der Möglichkeiten und Grenzen dieses Kampfes zu entwickeln. Damit soll der Gegenwart des Widerstands ein historisches Wissen der Vergangenheit zugänglich gemacht werden. Was wir versuchen, ist eine Geschichte aufzuspüren, die niemals geschrieben wurde.

Wir können hier nur thesenhaft einige Grundlinien dazu entwickeln. Zunächst sind es die unterschiedlichen Bedingungen der Einwanderung, die bestimmte Merkmale des sozialen, politischen und ökonomischen Status festschreiben. Die juristische Kategorisierung und Objektivierung durch das Ausländergesetz bestimmt die soziale Position von Migrantinnen und Migranten und damit auch die Bedingungen ihres Widerstands bis heute mit. Ebenso wie man davon ausgehen kann, dass Rassismus sich nicht immer durch explizit rassistische Handlungen und Artikulationen manifestiert, muss man auch bei Migrantinnen und Migranten nicht unbedingt unterstellen, dass ihr Widerstand sich immer explizit gegen Rassismus richtet, sondern Teil anderer sozialer Kämpfe war und ist. Die unterschiedlichen Formen des aktiven und passiven Widerstands werden also historisch nicht notwendigerweise als antirassistische Praxen durchgeführt.

In den meisten Fällen des migrantischen Widerstands handelt es sich um Kämpfe gegen Autoritäten, die im strukturellen und individuellen Sinne unmittelbare Kämpfe gegen Machtinstanzen (Vermieter, Behörden, Arbeitgeber etc.) sind. Sie bewirken Lösungen, die manchmal auch nur eine situative Verbesserung der Lebensverhältnisse bedeuten können. Da der rechtliche Status eine politische Tätigkeit zumindest einschränkt oder erschwert, vermuten wir, dass gerade der Alltag eine exponierte Rolle spielt – hier wurden und werden laufend Formen des Widerstands erprobt und verworfen. Die in unorganisierten und individuellen Handlungen, in den »unsichtbaren« Bereichen des Lebens – im Alltag – praktizierten Widerstandsformen müssen nicht gleich als politische erkannt werden, sondern sind häufig Teil von Selbstbehauptungs- und Überlebensstrategien. In diesen Versuchen drückt sich eine Fähigkeit der Migrantinnen und Migranten aus, (sich) zu begreifen und (sich) zu verändern. Man kann davon ausgehen, dass es sich bei diesen »alltäglichen« Kämpfen keineswegs immer um eine »bloße« Verteidigung bzw. Wiederherstellung des Status Quo handelt, sondern sie können durchaus für eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse stehen. Es geht uns also auch um die Wirkungen, die der Widerstand auf die Widerständigen selbst hat, wie er ihren Alltag verändert und in welchen Momenten ihnen Veränderungen möglich erscheinen.

Was wir versuchen, ist eine Geschichte aufzuspüren, die niemals geschrieben wurde

Es besteht allerdings eine Lücke zwischen den Möglichkeiten, Vorstellungen und Wünschen der damaligen Kämpfe und der heutigen. Wir wollen uns nicht zu Chronisten und Märchenerzählern machen, es geht uns nicht um Ahnenkult oder Heroisierung, auch wenn es an der Zeit ist, den Kämpfen und den Menschen ihre »Würde« zurückzugeben. Aber ohne die Einschätzung gegenwärtiger Verhältnisse und inzwischen erworbener sozialer Positionen, ohne eine Neubewertung und Dynamisierung der Übermittlungen geht nichts. Man wird nicht einfach zu den Widerstandspraktiken von früher zurückkehren können, sondern muss von der eigenen Geschichte lernen und sie so transformieren, dass man die Hindernisse überwindet, die sowohl durch die »Fehler« wie durch das »Verschweigen« hervorgebracht wurden. Die Wiederentdeckung dieser Geschichten ist nicht nur subjektiv von außerordentlicher Bedeutung.

Wir müssen versuchen, die Geschichte umzudrehen. Die Kämpfe von Migrantinnen und Migranten wären dann nicht allein als Reaktion auf die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen rassistischen Praxen zu lesen, sie entwickeln vielmehr eine davon unabhängige Dynamik. Der Rassismus bleibt auch nicht derselbe, er restauriert nicht einfach repressiv die alte gesellschaftliche Ordnung, die durch Revolten zerrissen wurde. Denn auch wenn der Widerstand niedergeschlagen wird, muss sich der Rassismus auf neue Weise restrukturieren und konsolidieren. Widerstand und Herrschaft gehen von den gleichen Voraussetzungen aus, versuchen das gegnerische Terrain zu besetzen und zu kolonisieren, indem sie durch Reinterpretation entgegengesetzte Antworten auf dieselben Fragen geben. Man ist gezwungen, in jedem Aspekt der herrschenden Ordnung auch die Umrisse, die Inhalte und die Bedingungen des Widerstands zu entdecken, denn nicht nur durch die »guten« Seiten des historischen Prozesses findet Geschichte statt, sondern vor allem durch die »schlechten«.

Wir wollen die bestehende Geschichtsschreibung nicht um eine andere, »wahre Geschichte« ergänzen. Wir können nicht die Geschichte des Widerstands für die Bundesrepublik beschreiben. Es geht aber darum, den historischen Entwicklungsweg eines Widerstands nachzuzeichnen, der hier und da dem Rassismus bereits die Grundlagen entzogen hat und sie ihm auch künftig entziehen soll. Wir können diese Geschichte aber niemals vollständig erzählen, ebenso wie wir die rassistische Situation damals und heute für uns nicht vollständig erfassen können, sie überschreitet unseren Verstand. Dagegen hilft nur eine antirassistische Praxis, die auch die Machtverhältnisse unter den Migrantinnen und Migranten zu verändern vermag.

Anmerkungen:

1 Vgl. Laura Mestre Vives: »Wer, wie über wen? – Eine Untersuchung über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten.« Pfaffenweiler 1998

2 Vgl. Imran Ayata: »Heute die Gesichter, morgen die Ärsche.« In: Spex, November 1999

▶ **Manuela Bojadzijev** und **Vassilis Tsianos** arbeiten in der Gruppe Kanak Attak.
Mehr zu Kanak Attak auf ihrer Homepage: www.matrosen.de/ka.



Kino, das mit Schatten spielt

Der nationale Ton in Chinas und Taiwans Filmen

von **Martin Gieselmann**

Nach wie vor streiten sich die VR China und Taiwan um die Legitimation der Regierungsmacht der »geteilten Nation« China. Dieser Konflikt wurde jahrzehntelang auch über das Medium Film ausgetragen, so dass sich in beiden Staaten eine eigenständige Filmtradition entwickelt hat. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich der Griff der Politik auf die Künste etwas gelockert. In beiden Staaten stellen Filme jetzt nationale Mythen infrage.

▶ Zur Übergabe Hong Kongs schmeichelte Altmeister Xie Jin den Massen mit seinem Film *Opiumkrieg* (1997). Der Begriff selbst wirkt schon als Reizwort, bedeutete der Opiumkrieg doch den Anfang der historischen Demütigung des Kaiserreiches durch die aufstrebenden Westnationen, eine Demütigung, die man heutzutage nur allzu gern als überwunden betrachtet. Was eignete sich da besser, als den ehemaligen Kolonialherren noch einmal den Spiegel vorzuhalten, ihnen quasi filmisch zu demonstrieren, dass die Geschichte das getane Unrecht ausgeglichen habe und China mittlerweile eine starke Nation sei, die ihr Recht in der Welt einfordert und bekommt. *Opiumkrieg*, sicherlich kein Propagandafilm im herkömmlichen Sinne, erfüllt seine identitätsstiftende Funktion für China und den Nationalstolz der Chinesen und steht damit ganz in der Tradition der chinesischen Filmgeschichte, die in wechselnden Formen ihren Beitrag zur Bildung des Nationenmythos leistete.

Die Geschichte des Films in der Volksrepublik

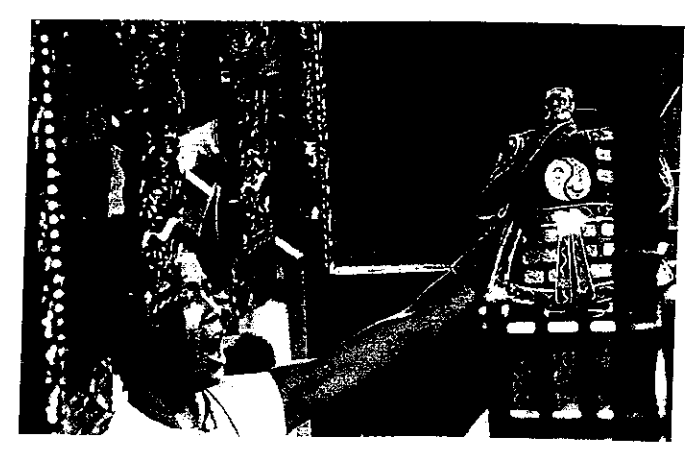
▶ Unmittelbar nach Staatsgründung machte man sich in der neuen Volksrepublik China (VRCH) sehr bewusst an den Aufbau einer umfassenden staatlich kontrollierten Filmindustrie. Das Filmwesen wurde zentral organisiert, die privaten Shanghaier Filmstudios zusammengefasst und verstaatlicht. Während man sich einerseits daran machte, die materiellen Grundlagen für eine zentralisierte Produktion zu schaffen, bemühte man sich gleichzeitig darum, sich auch des filmischen Erbes der Nation zu bemächtigen, um dieses produktiv in den Aufbau des Nationenmythos zu »investieren«. Dazu wurde zunächst das sogenannte progressive, linke Kino der dreißiger Jahre mit Filmen wie *Drei Moderne Mädchen* (1933), *Göttinnen* (1934), *Breiter Weg* (1934) oder *Auf der Kreuzung* (1937) bemüßigt und als Vorreiter des nationalen Kinos mit volksrepublikanischer Prägung definiert. Die inhaltliche Begründung dafür liegt in den Themen der Werke, die sich vornehmlich auf das Anprangern ungerechter sozialer Verhältnisse, die Modernisierung Chinas, die Darstellung antijapanischer Sentenzen oder die Frage der Gleichberechtigung von Frauen konzentrierten. Alles was hingegen die neue Ordnung in Frage stellte, ein feudales, mithin nicht modernes China ins Bild rückte oder rein unterhaltender Natur war, blieb aus dem Kanon ausgeschlossen wie z.B. Geistergeschichten, Detektiv- und Kriminalfilme oder Romanzen. Ebenfalls der Idee eines nationalen Filmschaffens abträglich betrachtete man ausländische Produktionen sowie Filme aus den peripheren Regionen der neuen Macht.

Seit den 80er Jahren fordern kritische Filme die Kulturorthodoxie heraus

In den neu eingerichteten Studios wurden dagegen Filme produziert, die dem Aufbau des Sozialismus förderlich sein sollten, also Verfilmungen von Revolutionsgeschichte und Klassenkampf, Wochenschauen und Lehrfilme. Darüber hinaus schuf oder funktionalisierte man andere, scheinbar unpolitische Genres, um sie im Sinne des Aufbaus der Nation nutzbar zu machen. Dies gilt etwa für diejenigen Filme, die an die chinesische Literaturtradition der Vierte-Mai-Bewegung anknüpften, die ähnlich wie das linke, progressive Kino zum Paten der neuen Kultur avancierten: Filmische Adaptionen moderner chinesischer Literatur in staatlichem Auftrag, etwa *Die Familie* (1956) und *Segen* (1956), trugen zum Mythos eines modernen China bei.

Während der Kulturrevolution erlitt der Versuch, in der VRCH ein nationales Kino zu schaffen, einen Rückschlag. Der von der linksextremen Fraktion angerichtete Flächenbrand verhinderte oder zerstörte einen Großteil der kinematographischen Möglichkeiten und schuf stattdessen einen Set von sogenannten Revolutionären Modellopern, die jahrelang die Leinwände beherrschten. Dieser Monokultur, die quasi innerhalb der Orthodoxie selbst eine radikale Auslese vornahm, wurde mit dem Beginn der Reformära ein Ende gesetzt.

In den Jahren nach 1978, als staatliche Reformen zu greifen begannen, setzte künstlerisch eine der innovativsten Phasen in der chinesischen Filmgeschichte ein, die bis Ende der 80er andauerte. Zum einen wurden diejenigen Regisseure, deren Tätigkeit durch die Kulturrevolution unterbrochen worden war, wieder zunehmend aktiv. Zum zweiten tauchte eine Gruppe begabter Individualisten auf, die häufig unter dem Schlagwort *Fünfte Generation* zusammengefasst wurden. Dabei handelte es sich um die ersten nach der Kulturrevolution ausgebildeten Filmemacher, die 1982 die Filmakademie verlassen hatten und offen für formale und inhaltliche Experimente waren. Neben Chen Kaige und Zhang Yimou zählten dazu u.a. die Filmemacher Tian Zhuangzhuang, Wu Ziniu, Hu Mei oder Huang Jianxin. Ihre Filme kann man durchaus als nationales Kino betrachten. Allerdings bedienten sich die Produzenten von Filmen wie *Gelbe Erde* (1984), *König der Kinder* (1987), *Schicksalsjahr* (1990) oder die *Rote Laterne* (1991) häufig autoethnographischer Mittel und forderten mit ihren Themen die bestehende Kulturorthodoxie heraus. Kulturelle Kritik stand im Mittelpunkt der Filme der *Fünften Generation* und machte auch vor der herrschenden Klasse der Politmandarine nicht halt. Viele dieser Werke schufen nationale Allegorien, die offenbar als empfindliche Störung der filmi-



DER PUPPENSPIELER, 1993



SEGEN, 1956

schen Ordnungsvorgaben aufgefaßt wurden. Verbote, Zensur und Reiseschikanen wurden zu beliebten und vielfach angewendeten Mitteln des Staates, um aufmüpfige Filmemacher zu disziplinieren.
Der Filmemacher Zhang Yimou ist in diesem Zusammenhang ein überaus produktiver Sünder gewesen. Kein chinesischer Regisseur ist mit internationalen Preisen derart hoch dotiert worden wie er. Sein Film *Das Rote Kornfeld* (1987) ging in die Filmgeschichte ein, als er mit ihm 1988 den Goldenen Bären der Berlinale gewann. Nach allgemeiner Auffassung läutete er damit den Siegeszug des chinesischen Films auf dem internationalen Parkett ein. Das schützte ihn jedoch nicht vor großen Problemen bei der Präsentation seines Films *Leben* (1994) bei den Filmfestspielen in Cannes. Man verweigerte dem Filmemacher nicht nur die Ausreise, sondern strafte ihn weit empfindlicher ab, indem man ihm untersagte, zukünftig mit internationalen Produktionspartnern zu kooperieren. Inzwischen ist dieses Verbot zwar aufgehoben, doch zeigt sich hier der Wille und die Möglichkeit der Filmzensur, kritische Filmemacher einzuschüchtern.

Zhang Yimous »Leben«

► Der Film *Leben*, in dem »Personen als Spielbälle der Geschichte« (D. Kothenschulte, 1998) dargestellt sind, hat bei Kritik und Publikum überaus unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während sein Verbot in der VRCH mit dem möglichen »Schock des Wiedererkennens« (Kramer, Gesch. d. chin. Films, 1997) erklärt worden ist, wurde er im Westen als »politisch unmutig« (ders.) bezeichnet. In Taiwan wiederum zählte er zu den zehn erfolgreichsten Filmen des Jahres 1994.
Er erzählt die Lebensgeschichte eines Sohnes aus reichem Hause namens Fugui und setzt historisch in der Zeit vor Gründung der VRCH ein. Fugui wird als dekadenter Sprössling einer alten Sippe dargestellt und entspricht zu Beginn noch durchaus den filmhistoriographischen Ansprüchen der Machthaber in der VRCH. Auch dass er das Familienvermögen durchbringt und mitsamt seiner Frau auf der Straße landet, scheint der logische und ideologisch saubere Fortgang der Geschichte zu sein: Wir befinden uns im Sprachgebrauch der VRCH ausgedrückt »vor der Befreiung«, wo solche Auswüchse bedenkenlos gezeigt werden können.

Ein erstes Magendrücken dürfte die amtlichen Begutachter beschlichen haben, als sie feststellten, auf welche Weise Zhang Yimou seinen Helden wieder auf die Beine kommen läßt: nichts als eine wertlose Kiste mit Schattenspielfiguren läßt man Fugui, mit denen er fortan seinen Unterhalt bestreitet. Beim Schattenspiel handelt es sich um eine Volkskunst, die eher dem feudalen Erbe der chinesischen Kultur zugerechnet wird, zumal sie auf Sagen und Geschichten des Kaiserreichs zurückgreift und diese in traditioneller Form überliefert. Während Fugui durch den Verlust seines materiellen Besitzes also im Sinne der kommunistischen Lehre mit dem Stand der Besitzlosen geadelt wurde, liefert ihm ausgerechnet das verfemte feudale Erbe sein Auskommen.

Das weitere Leben hält für Fugui nur Härten bereit und zwar weniger aufgrund der Tatsache des verlorenen Standes als vielmehr aufgrund der sich abwechselnden, politischen Parolen und Phrasen, deren Auswirkungen Fugui stets um das Überleben kämpfen lassen. Fugui und seine Frau legen dabei ein überaus staatsloyales Verhalten an den Tag, hadern weder mit dem Schicksal noch mit den Herrschenden und finden immer wieder Mittel und Wege, ihre reale Not zu überwinden. Lässt man am Ende des Films Fuguis Leben Revue passieren, fällt auf, dass etwa die Jahre der Kulturrevolution – allgemein als Trauma der Nation begriffen – bei ihm nur die Fortsetzung eines Lebens darstellen, in dem ihm übel mitgespielt wird. Die Brisanz des Filmes besteht darin, dass er diesen ständigen Überlebenskampf auch und gerade nach der Befreiung führen muss. Dies ist eine Ohrfeige für die Herrschenden. Überdies trägt Fugui sein Schicksal mit erstaunlichem Humor. Die Volksseele – so scheint Zhang Yimou zu sagen – ist auch durch politische Fahrlässigkeit und Willkür nicht zu brechen, sie lacht über Orthodoxie und Ideologie und fragt implizit und dennoch bohrend, was die »großartige« Nation China für ihre Bürger eigentlich getan und erreicht hat.

Taiwan und die Frage der Nation

► Bereits vor ihrer Flucht nach Taiwan (1949) war sich die amtierende Regierung der Nationalen Volkspartei (Guomindang/GMD) darüber im klaren, dass Kino ein wirkungsvolles Mittel der politischen Kontrolle darstellt. In der Zeit der Nankinger Dekade (1928-1937) wurde nicht zuletzt aufgrund dieser Erkenntnis ein System der Filmzensur entwickelt, das sicherstellen sollte, dass den Ideen des politischen Gegners kein Platz eingeräumt wurde.
Mit der Etablierung der GMD-Regierung auf Taiwan blieb denn auch das Kino im Griff der Staatsmacht, die vor allem Propagandawerke gegen den politischen Gegner auf dem chinesischen Festland erstellte. 1954 wurde die »Zentrale Filmgesellschaft« gegründet, ein Studio, das vornehmlich im staatlichen Auftrag agierte. Neben antikommunistischen Filmen entstanden Kampfkunstfilme und Melodramen. Die 50er Jahren erlebten aber auch einen Aufschwung des Films in taiwanesischer Sprache. Mit dem Aufkommen des Fernsehens Anfang der 60er Jahre und der zunehmenden Zahl an Unterhaltungsfilmen aus Hong Kong verlor er seine Bedeutung. Darüber hinaus ging in den 70er Jahren das Inte-



GÖTTINNEN, 1934



DAS ROTE KORNFELD, 1987



resse an einheimischen Produktionen auf ein Minimum zurück. Auch der staatliche Eingriff – etwa das 1962 zur Förderung des Mandarinfilms eingerichtete Golden Horse Film Festival – konnte diesen Trend nicht aufhalten. Die Chance, in einer relativ unbeweglichen und geradezu krisenhaften Situation einen Neuanfang zu wagen, nutzten zu Beginn der achtziger Jahre eine Reihe junger Filmemacher und begründeten den sogenannten Neuen Taiwanesischen Film. Ähnlich wie in der VRCH war auch hier langsam die Zeit für eine liberalere politische Situation reif, die es möglich machte, sich von der einseitigen politischen Funktionalisierung zu lösen.

Hou Hsiao-hsiens »Meister des Puppenspiels«

▶ Hou Hsiao-hsien gehört zu den Vertretern dieses Aufbruchs. Seine Filme durchleuchten die taiwanesische Gesellschaft und wenden sich oft gegen die nostalgische Haltung der vom Festland Eingewanderten. Häufig stehen dabei einfache Menschen, die Folgen der Modernisierung oder die Geschichte der Insel im Mittelpunkt der Erzählung. Hou rückt das Differente, Gegensätzliche, Vieldeutige und Individuelle ins Zentrum seiner Filme. Während andere Regisseure seiner Generation sich auf Bestandsaufnahmen der Gesellschaft in den achtziger Jahren konzentrieren, kreist Hous Interesse immer wieder um die Ereignisse der jüngeren Zeitgeschichte. Zu diesem Zweck begann er Ende der 80er Jahre mit der Arbeit an einer Trilogie über die koloniale, postkoloniale und die nationalistische Phase Taiwans. Die Reihe begann mit dem preisgekrönten Film *City of Sadness* (1989) und wurde 1995 mit dem Werk *Good Man, Good Women* abgeschlossen.

Der Meister des Puppenspiels (1993) bildet den mittleren Teil der Trilogie. Zeitlich reicht der Film bis zum Ende des zweiten Weltkriegs, der für Taiwan einen Machtablösung von den Japanern hin zur nationalistischen Regierung unter Chiang Kai-shek zur Folge hatte. Oberflächlich betrachtet verwendet Hou mit dem Puppenspiel ein ähnliches Sujet wie Zhang Yimou mit dem Schattenspiel. Ein bedeutsamer Unterschied ist dabei jedoch festzuhalten: Während das Schattenspiel trotz seines problematischen feudalen Charakters in den engeren Kern des nationalen kulturellen Erbes gehört, ist das Puppenspiel und in diesem Fall seine taiwanesische Variante das sogenannte *budaixi* eine Spielform, die sich dezidiert nicht zur nationalen Identifikation eignet. Seine rein regionale Verbreitung, seine Geschichten und seine Sprache (Taiwanesisch) tragen pures Lokalkolorit.

Schließlich ist nicht nur die Verfilmung der realen Lebensgeschichte des Puppenmeisters Li Tianlu ein wirkungsvoller Ansatz, um die Geschichte Taiwans ganz anders als in der offiziellen Geschichtsschreibung üblich zu schreiben. Der Puppenspieler Li Tianlu, der sich sich in japanisch und taiwanesisch jedoch nicht in Hochchinesisch artikulieren kann, wird zum Zeugen und Gewährsmann taiwanesischer Geschichte und macht so deutlich, daß die taiwanesische Identität in krassem Widerspruch zur propagierten nationalchinesischen steht. Die Rückkehr auf oder die Wiedereroberung des Festlands – Grundpfeiler der politischen Legitimation der GMD-Regierung – kommen so gar nicht erst ins Blickfeld. Hou Hsiao-hsien hat Li Tianlu aber nicht nur als lebendes Beispiel für seine Geschichte herangezogen. Vielmehr handelt es sich um einen bewussten Versuch, der Kooption Li Tianlus von seiten der Nationalregierung entgegenzuwirken.

Ein zentrales Thema nationalen Bewusstseins stellt bis heute sowohl in der VRCH als auch in Taiwan das Verhältnis zu Japan dar. Hou betrachtet dieses Verhältnis überaus differenziert, indem er Japaner sowohl als dem Stereotyp entsprechende (Kriegs)Verbrecher, als auch als Freunde der Protagonisten zeigt. Diese differenzierte Darstellung zeugt von Hous eigenständigem Blick auf die Geschichte Taiwans, wobei er den Herrschenden – ebenso wie Zhang Yimou – kein gutes Zeugnis ausstellt. Vielmehr scheint es, als habe der Wechsel von den japanischen zu den chinesischen Herren den Wechsel von einem Kolonialherren zum nächsten mit sich gebracht. Die Identität Taiwans und seiner Bevölkerung, die Hou mühsam in seinen Filmen zu entdecken und freizulegen sucht, wurde – so der Regisseur – in beiden Fällen unterdrückt, verschüttet oder ausgerottet.

Filme der Transformation

▶ Die hier exemplarisch untersuchten Filme reflektieren den Transformationsprozess, in dem sich die VRCH aber auch Taiwan seit den 90er Jahren befinden. Dem künstlerischen Aufbruch der 80er Jahre folgte in den 90er Jahren die Anmahnung der Freiheit von Ideologie und politischer Bevormundung: Zhang Yimou reflektiert dies mit Mitteln eines überaus tiefgründigen Humors, der ihm aber in der Zeit unmittelbar nach dem Tiananmen-Massaker als einziges Mittel zum Ausdruck geblieben ist. Hou Hsiao-hsien hingegen macht sich auf die Suche nach einer taiwanesischen Identität und argumentiert, dass diese den Bewohnern der Insel sowohl von japanischen Kolonialherren als auch von der GMD-Regierung vorenthalten worden ist. Der Mythos Nation wird in beiden Fällen kritisch hinterfragt, was für eine Gesellschaft steht, in der sich die Bürger nicht mehr ohne weiteres bevormunden lassen.

▶ **Martin Gieselmann** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sinologischen Institut der Universität Heidelberg.



»Flackernde Kerzen«

Nigeria in der Literatur von Toyin Adewale

von **Susan Arndt**



Zeichnung von Ewa Tyndel

► Nach der Veröffentlichung von drei Büchern der bekannten ghanaischen Schriftstellerin Amma Darko hat der Stuttgarter Schmetterling Verlag nun einen Kurzgeschichtenband der Nigerianerin Toyin Adewale publiziert. Der Titel *Flackernde Kerzen* entstammt der Passage aus einem Brief an ihren Verleger, in dem sie ein leidiges Problem Nigerias anspricht: »Heute Abend, zwischen zwei flackernden Kerzen, hoffe ich, das Manuskript abschließen und an Sie weiterleiten zu können. Schon wieder ist der Strom ausgefallen. Doch auch die Dunkelheit kann mich meines Vergnügens nicht berauben...« Tatsächlich zeugt jede der zwanzig Geschichten von Adewales tiefer Liebe zur Literatur. Doch die 30-jährige ist nicht nur eine passionierte Schriftstellerin, sondern auch eine Kennerin und Promoterin nigerianischer Literatur. Verdient gemacht hat sie sich vor allem als Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende von WRITA (The Women Writers of Nigeria). Ein zentrales Anliegen von WRITA besteht darin, Nigerianerinnen aller Altersgruppen, Regionen und Schichten anzuregen, ihre Erfahrungen und Gedanken in literarischen Texten festzuhalten. Eine erste Anthologie schreibender Frauen Nigerias erschien 1996 unter dem programmatischen Titel *Breaking the Silence* [Das Schweigen überwinden] – ein zweiter ist im Druck.

In ihrem Kurzgeschichtenband *Flackernde Kerzen* setzt sich Adewale einfühlsam und gleichzeitig kritisch mit der nigerianischen Gesellschaft auseinander. Die Geschichten entstanden in den Zeiten der rigiden Militärdiktatur Sani Abachas, der 1995 den Menschenrechtler und Schriftsteller Ken Saro-Wiwa hinrichten ließ. Am Beispiel von Einzelschicksalen benennt Toyin Adewale die Menschenrechtsverletzungen, die unter seiner Herrschaft an der Tagesordnung waren: ungerechtfertigte Verhaftungen, Folter und willkürliche Verurteilungen.

»Es gibt kein Gesetz in diesem Land«

In *Bittersüße Schokolade* begegnen wir einer Journalistin, die seit acht Monaten im Gefängnis sitzt. In realistischen Schilderungen werden die alltäglichen Konsequenzen ihres Gefängnisaufenthaltes geschildert: Ihr ist es versagt, sich und ihre Kleider zu waschen. Klagend und schonungslos wendet sich die Erzählerin an die Gefangene: »Deine weiblichen Ausdünstungen dringen in deine Nase. Deine Unterhose, die du drei Tage nicht gewaschen hast, riecht nach getrockneter Pisse und all deinen Säften.« Infolge der Verweigerung jeglicher Hygiene ist die Haut der Frau mit eitrigem Ausschlag übersät. Jede medizinische Behandlung wird ihr versagt. Der »unerreichbare Juckreiz« ist das einzige, was sie der Stille und »Ewigkeit der Zeit« entgegenzusetzen hat. Nur einmal im Monat darf sie ihren Mann für eine halbe Stunde durch Eisengitter sprechen. Und immer die Ungewissheit, ob sie, von der Außenwelt vergessen, im nächsten Moment hingerichtet werden wird: »Es gibt kein Gesetz in diesem Land«, heißt es in dieser Geschichte. Den Schilderungen des Unrechts stellt Adewale den Widerstand Einzelner gegenüber.

Auch andere Konflikte, die das Leben in der nigerianischen Gesellschaft bestimmen, fließen in Adewales Geschichten ein: Korruption, Schmuggelei, Arbeitslosigkeit, das monatelange Ausbleiben von Gehaltszahlungen an Regierungsangestellte, Armut, Verkehrschaos und alltägliche Gewalt auf den Straßen. Dabei interessiert sich Adewale in erster Linie für den Blickwinkel von Frauen verschiedener Alters- und Berufsgruppen. Die Geschichten erzählen von den Diskriminierungen, denen sie tagtäglich ausgesetzt sind: der Enterbung von Witwen, der Zwangsverheiratung junger Mädchen an alte Männer, der sexuellen Nötigung bis hin zur Vergewaltigung.

In *Die Frau vom Markt* begegnen wir beispielsweise einer psychisch kranken Frau, die von einem Mann brutal vergewaltigt wird und sich seiner nur dadurch zu entledigen weiß, indem sie ihn umbringt. Sie wird verhaftet, flieht jedoch und bringt auf dem Marktplatz das Kind des Vergewaltigers zur Welt. Niemand wird ihr und dem Kind zur Seite stehen. In *Die Party* erzählt Adewale von der Gewalt und Willkür, der Frauen in der Ehe oftmals ausgesetzt sind. Die Geschichte beginnt mit einem gewöhnlichen Dialog eines Ehepaares, das sich darauf vorbereitet, auf eine Party zu gehen. Doch der Schein des Alltäglichen trügt. Der Mann steuert nicht die Party, sondern das Haus eines Priesters an, mit dem er verabredet hat, seine Frau rituell zu opfern. Die Frau bekommt unerwartet ihre Regel und eine menstruierende Frau darf nicht geopfert werden – das und ihre Geistesgegenwart retten der Frau das Leben.

Wie diese Protagonistin sind auch Adewales andere Frauenfiguren keine passiven Opfer, sondern engagierte und fesselnde Frauen, die den Widrigkeiten ihrer Gesellschaft trotzen und sich solidarisch zu unterstützen wissen. Adewales Geschichten beeindrucken nicht unbedingt durch eine sprachliche Eindringlichkeit oder Einmaligkeit. Vielmehr sind es die in den Geschichten aufgebauten Spannungsbögen und die klaren Gesellschaftsanalysen, die *Flackernde Kerzen* zu einem Lektüreerlebnis machen.

► *Toyin Adewale. Flackernde Kerzen. Zwanzig Geschichten aus Nigeria. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 1999. 120 S., DM 22,80.*

► **Susan Arndt** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. Sie hat u.a. über die Literatur Nigerias sowie zu afrikanisch-feministischen Literaturen gearbeitet.

Theologische Mucken und metaphysische Spitzfindigkeiten

Eine Antwort auf das »Unbehagen an einer bedenkenswerten Kritik«

von **Martin Janz**

Unserem Themenschwerpunkt »Jahrhundert der Lager? Die Moderne und ihre Gewalt« (iz3w 239) wurde die Relativierung von Auschwitz durch unreflektiertes Denken in vergleichenden Allgemeinbegriffen (Lager, Moderne...) vorgeworfen (iz3w 242). Den Kritikern begegnete Jörg Später in seiner Replik (iz3w 243) u.a. mit dem Vorwurf, sie selbst würden aus einem Allgemeinbegriff, nämlich Wert oder Kapital, einen Anspruch auf Wahrheit ableiten.

► Jörg Später stellte seiner Replik »Die Hand Gottes. Über das Unbehagen an einer bedenkenswerten Kritik« ein Zitat aus Robert Musils 1930 erschienenen Roman »Der Mann ohne Eigenschaften« voran: »'Ich schwöre Ihnen', erwiderte Ulrich ernst, 'daß weder ich noch irgendjemand weiß, was der, die, das Wahre ist; aber ich kann ihnen versichern, daß es im Begriff steht, verwirklicht zu werden'«. In dieser Bemerkung kündigt sich nicht nur das drohende Unheil der auf ihrer eigenen Grundlage sich aufhebenden, d.h. zur Volksgemeinschaft sich transformierenden kapitalistischen Gesellschaft an – die Verwirklichung der negativen Wahrheit des Kapitals im Nationalsozialismus, der nichts so beließ, wie es vorher war. Das Zitat benennt zudem eine Paradoxie, die mit der Realität des Kapitalismus insofern in eins fällt, als in ihr die reale Paradoxie der Gesellschaft zum Ausdruck kommt: der Fetischcharakter der Ware, des Geldes und des Kapitals. Niemand muss wissen, worin der innere Zusammenhang der Gesellschaft besteht, niemanden braucht es zu interessieren, weshalb im Kapitalismus alles anders ist, als es zunächst erscheint, und doch alles so erscheint, wie es ist, er funktioniert auch so.

Materialistische Kritik versucht genau diese Paradoxie zur Darstellung zu bringen, indem sie ausgehend von der Wertformanalyse im Marxschen »Kapital« den Zusammenhang von Warenform und Denkform reflektiert. Jörg Später ist hingegen der Ansicht, er könne auf eine solche Kritik verzichten. Zwar gesteht er der materialistischen Kritik zu, dass sie »an den entscheidenden Fragen näher dran ist, als wir es beispielsweise mit unserem vielleicht naiven Lager-Heft waren«, und er nimmt die Kritik insofern ernst, als er einzelne Momente übernimmt, indem er z.B. anmerkt, er brauche »in der Tat nicht zu wissen, ob Faktor A, B, C, oder alle drei zusammen in einem bestimmten Mischungsverhältnis für das Verbrechen (Auschwitz, M.J.) verantwortlich sind.« Doch gleichzeitig sei es »auch nicht nötig, dass ich die Wertformanalyse buchstabieren kann«. Damit stellt er sich in die Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus, dem die ‚theologischen Mucken' und ‚metaphysischen Spitzfindigkeiten' der Wertformanalyse immer schon nichts anderes als vernachlässigbares Ornament und überflüssiges dialektisches Brimborium waren. Und er meint, materialistische Kritik bloßstellen zu können, indem er unterstellt, sie würde selbst noch das Wetter und die Jahreszeiten aus dem Wert ableiten.

Niemand muss wissen, worin der innere Zusammenhang des Kapitalismus besteht – er funktioniert auch so

Ganz Theoretiker, verfehlt Jörg Später den Gehalt der Kritik dadurch, dass er Wert als einen Allgemeinbegriff missversteht: als einen klassifikatorischen Oberbegriff, unter den beliebige Inhalte subsumierbar sind und damit vergleichbar werden, wie z.B. unter den Allgemeinbegriff Lager sowohl Flüchtlingslager als auch nationalsozialistische Vernichtungslager. Dieses vergleichende Verfahren war es vor allem, das die Kritiker am Lagerheft zu dem Vorwurf veranlasste, Auschwitz werde in zeitgeisttypischer Manier relativiert, die Singularität von Auschwitz sei bereits durch den methodischen Ansatz des Themenschwerpunkts »Jahrhundert der Lager?« negiert, demzufolge die Unmöglichkeit einer Gleichsetzung von Auschwitz mit anderen Lagern aus »dem vergleichenden Nebeneinander« abgeleitet werden sollte.

Nun erwidert Später, sein Anliegen sei gewesen, zu zeigen, dass Allgemeinbegriffe nicht ausreichen würden, das unter ihnen gefasste genau zu bestimmen. Zwar wolle er Auschwitz selbstverständlich nicht erklären und damit rationalisieren. Er nennt sein Verfahren »ein Suchen, ein Umkreisen, ein Zögern, zuzugreifen und Auschwitz auf den Begriff zu bringen und damit in den Griff zu bekommen«. Das klingt schön. Doch sein trotziges Bemühen, der Ideologiekritik nachweisen zu wollen, sie würde selbst beständig und entgegen eigenen Ansprüchen ableiten und zwar »im theologischen Sinne«, so angeblich Auschwitz aus dem Kapital, erweckt den Eindruck, als ob für ihn Denken mit Ableiten identisch ist: Jegliches Bemühen, Wirklichkeit im Denken zu reproduzieren (und das ist etwas anderes, als Wirklichkeit aus Allgemeinbegriffen abzuleiten) wird ihm unter der Hand zu einer theoretischen Veranstaltung, deren oberstes Prinzip das Postulat der Widerspruchsfreiheit ist. Paradoxien haben darin keinen Platz. Und so argumentiert er in einfachen Gegensätzen: Entweder eine in sich schlüssige Theorie, oder aber Theologie. Entweder (wissenschaftliche) Objektivität, oder (religiöse) Subjektivität. Dazwischen gibt es nichts. Kritik, die aus gutem Grund dieses Wechselspiel sabotiert, erklärt er kurzerhand zur Sache von »Gläubigen«, für die »das Kapital, die Hand Gottes« immer alles schon organisiert habe, zu einer Veranstaltung, die allzu sehr nach Metaphysik »rieche«.

Und dies nicht einmal ganz zu Unrecht. Den in der Sache selbst liegenden Grund seines Metaphysikvorwurfs jedoch verkennt Jörg Später (zur Metaphysik im wissenschaftlichen Denken s. Ch. Türcke, Vermittlung als Gott). Und das liegt eben daran, dass er der Meinung ist, er könne darauf verzichten, das von Marx in der Wertformanalyse dargelegte Problem zu reflektieren: das Problem der Realmetaphysik oder aber Realparadoxie der sich kapitalförmig synthetisierten Gesellschaft. Bereits deren Elementarform, die ‚sinnlich übersinnliche' Ware, dann das ‚abstrakte Ding' Geld und erst recht das ‚automatische Subjekt' Kapital sind an sich selbst verrückte Formen, die das Denken in Form der Theorie vor unlösbare Probleme stellen. Jeder Versuch, den ‚mystischen Charakter' der ‚verrückten Formen' mittels Theorie zu rationalisieren, mündet in nichts als objektiv falschem Bewusstsein – in Ideologie. (Das gilt für sämtliche Versuche in der langen Geschichte der Kapitalismustheorien – von Adam Smith bis Robert Kurz.) In notorischem Verzicht auf Selbstreflexion verfehlt die Erkenntnisform Theorie die zu reflektierende Sache.

Will man die Frage, »Wie also angemessen über Auschwitz sprechen?«, nicht von vornherein als zynisch zurückweisen, denn was könnte einem Verbrechen wie Auschwitz »angemessen« sein, könnte man antworten: auf gar keinen Fall in falschen Verallgemeinerungen, die die Form Theorie zwangsläufig mit sich bringt.

► **Martin Janz** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Flucht aus Nordkorea

► Zwischen 1995 und 1998 verhungerten schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen Menschen auf Grund der katastrophalen wirtschaftlichen Situation in Nordkorea. Die Hungersnot drängte die Menschen zur Flucht in das chinesiche Yenben-Gebiet an der nordkoreanischen Grenze. Als der Staat 1992 die Ausgabe von Nahrungsrationen in der Grenzprovinz einstellte, flüchteten viele für kurze Zeit nach China, um Nahrung zu besorgen, und kehrten dann wieder zurück. In den folgenden Jahren blieb ein bedeutender Teil jedoch in China.

Die südkoreanische Nichtregierungsorganisation »Gute Freunde« hat seit 1997 mit zweieinhalb Tausend Flüchtlingen Interviews geführt. Danach leben etwa 300.000 Nordkoreaner im chinesischen Grenzgebiet unter extrem schlechten Bedingungen. Rund 75 Prozent der Flüchtlinge sind Frauen. Zwangsprostitution, Vergewaltigung und andere Formen der Misshandlung sind häufig. Es gibt einen schwunghaften Heiratshandel, doch die Eheschließungen werden als illegal betrachtet und die Frauen stehen unter keinem Schutz.

In den chinesischen Städten nahe der nordkoreanischen Grenze leben viele nordkoreanische Straßenkinder, die durch den Grenzfluss geschwommen sind und sich jetzt mit Betteln in China durchzuschlagen versuchen. Hungerflüchtlinge, die Arbeiten finden konnten, werden in der Regel nicht oder sehr schlecht bezahlt – sie arbeiten nur für Essen und Unterkunft. Die Flüchtlinge leben in Angst vor Verhaftung und Abschiebung durch die chinesische Sicherheitspolizei. In Nordkorea droht ihnen der Prozess wegen Landesverrat und die Verbannung in Zwangsarbeitslager. Die Zahl der Zurückverwiesenen ist allerdings so groß geworden, dass Nordkorea nun die Strafen mildern musste, weil die Regierung nicht alle als »Politische« bestrafen kann. Doch auch in China müssen Flüchtlingsunterstützer oder Menschen, die ihnen Arbeit geben, mit Strafen rechnen.

Die Flüchtlingspolitik wirft mittlerweile diplomatische Probleme zwischen Süd- und Nordkorea sowie China auf. Nach südkoreanischer Verfassung haben alle Nordkoreaner auch die südkoreanische Staatsangehörigkeit. Der südkoreanische Staat ist also zu ihrem Schutz verpflichtet. China dagegen behandelt die Flüchtlinge als Nordkoreaner und negiert, dass es im Land überhaupt eine grosse Gruppe nordkoreanischer Hungerflüchtlinge gibt.

In Südkorea ist die Haltung gegenüber dem Norden gespalten: Die National-Konservativen fordern, man solle das am Rande des Zusammenbruchs stehende Nordkorea mit allen Mitteln energisch in die Ecke drängen; die südkoreanische Regierung solle bezüglich des Flüchtlingsproblems offen gegen die chinesische Regierung protestieren. Die Reformdemokraten dagegen setzen auf stille Diplomatie mit China und eine Politik gegenüber Nordkorea, deren erstes Ziel die Friedenssicherung ist.

Ende letzten Jahres wurden sieben nordkoreanische Flüchtlinge von der russischen Grenzpolizei festgenommen, die über China nach Russland kamen. Der UNHCR betrachtet sie als politische Flüchtlinge und fordert, dass sie nach ihrem Wunsch nach Südkorea geschickt werden. Russland jedoch überstellte sie an China, von wo sie postwendend nach Nordkorea abgeschoben wurden. Dort droht ihnen nun die Todesstrafe.

Hyeong Jung Park

Proteste gegen den Maheshwar-Damm

► Ausgerechnet am internationalen Frauentag (8. März) hat die Regierung des indischen Bundesstaates Madhya Pradesh ein von Frauen errichtetes Protestdorf räumen lassen. Insgesamt wurden über 300 Personen verhaftet.

Seit zwei Wochen kampierten Hunderte von Dorfbewohnerinnen vor den Toren der »Shree Maheshwar Hydro Power Corporation«, um gegen die drohende Vertreibung von 40.000 Menschen für den Bau des Maheshwar-Dammes zu protestieren. Unter den von der Polizei geschlagenen und verhafteten Frauen befindet sich auch Chittaroopa Palit, eine der Anführerinnen der »Rettet den Narmada Bewegung« (Narmada Bachao Andolan). Aus Protest gegen die Polizeiaktion ist Palit im Gefängnis von Khargone in einen unbefristeten Hunger- und Durststreik getreten. Durch die Auflösung des Protestdorfes wollte die Regierung von Madhya Pradesh eine für den 15. März angesetzte Anhörung der »Nationalen Frauenkommission« Indiens unterbinden. Die Dorfbewohnerinnen aus der Maheshwar-Region hatten die von der indischen Regierung eingesetzte Frauenkommission eingeladen, sich vor Ort mit dem Staudammprojekt und dessen Auswirkungen auf Frauen zu befassen. Die Bevölkerung in der Maheshwar-Region führt seit nunmehr zwei Jahren einen beharrlichen Kampf gegen das von Siemens und der HypoVereinsbank unterstützte Projekt.

Noch im Februar hatten alle Bürgermeister und Vize-Bürgermeister sowie Bezirks- und Kreistagsabgeordnete aus dem Einzugsgebiet des Dammes in einer Resolution auf die drohende Vernichtung ihrer Gemeinden hingewiesen. Sie bestätigten, dass keine einzige der enteigneten Familien bisher umgesiedelt wurde. Die über 300 Mandatsträger erklären in ihrer Resolution: »Wir glauben, dass der Staat in einer Demokratie den Willen des Volkes respektieren muss. Der Bau dieses Dammes kann nur auf der Basis von Repression, Gesetzesbrüchen, Betrug und Geldmissbrauch fortgesetzt werden. Wir, die vom Volk gewählten Repräsentanten, lehnen diesen Damm ab und werden mit allen Kräften den Kampf der Bevölkerung unserer Region unterstützen«.

Nun haben Recherchen des »Spiegel« zu Tage gebracht, dass ein beträchtlicher Teil der zu deckenden Ausrüstung für Maheshwar gar nicht in Deutschland, sondern in Russland gefertigt werden soll. Die in St. Petersburg ansässigen Firmen »Elektrosila« und »Leningradsky Metallichesky Zavod« haben bestätigt, im Rahmen einer Kooperation mit Siemens den Auftrag zur Produktion der Generatoren und Turbinen erhalten zu haben. 1997 hatte die Bundesregierung auf Antrag von Siemens eine Hermesbürgschaft für die Lieferung von Turbinen, Generatoren und weitere Ausrüstung für den Maheshwar-Damm grundsätzlich befürwortet. Diese Grundsatzzusage erfolgte jedoch ohne jegliche Prüfung der sozialen und ökologischen Folgen des Projekts. Als deutsche NRO im Rahmen der Hermes-Reform-Kampagne das Projekt unter die Lupe nahmen, wurde schnell klar, dass die Firma Siemens und ihr indischer Partner verschwiegen hatten, dass es kein geeignetes Land für eine Umsiedlung der rund 40.000 Betroffenen in der Maheshwar-Region gibt. Dieser Tatbestand hat die Bundesregierung immerhin so weit verunsichert, dass sie die endgültige Erteilung der Bürgschaft immer wieder aufgeschoben hat. Dennoch wollte man aus Rücksicht auf Siemens nicht »Nein« zu Maheshwar sagen. Denn Siemens hatte mehrfach gedroht, sonst »entsprechende Aktivitäten ins Ausland zu verlagern«.

Quelle: Urgewald

Unistreik in Mexiko

► Am 6. Februar drangen mehr als 2000 PolizistInnen in die besetzten Gebäude der staatlichen »Autonomen Nationaluniversität Mexikos« (UNAM) ein, verhafteten rund 1000 StudentInnen und räumten das Gelände. Der StudentInnenstreik an der größten Universität Lateinamerikas hatte im April letzten Jahres begonnen, nachdem der Rat der UNAM eine exorbitante Erhöhung der Studiengebühren beschlossen hatte. Die Universitätsverwaltung hatte es abgelehnt, mit den StudentInnen über diese Entscheidung zu diskutieren, obwohl es vorher bereits zu Warnstreiks gekommen war und der kostenlose Zugang zu Bildung in der mexikanischen Verfassung garantiert wird.

Konzentrierte sich die Streikbewegung zunächst auf den Kampf gegen Gebührenerhebungen und restriktive Zugangsregelungen, wurde bald die umfassende Demokratisierung der Universität zum Ziel. Der Streik an der UNAM, dem aufgrund der großen öffentlichen Aufmerksamkeit eine enorme politische Bedeutung zukommt, beinhaltet mehr als nur eine bildungspolitische Dimension. Durch Forderungen wie !No a la privatización! bricht sich der Unmut vieler MexikanerInnen gegen ein neoliberales Projekt Bahn, welches in Mexiko seit 1982 weit reichende Einschnitte in das Gefüge der Gesellschaft mit sich bringt wie z.B. die immer massiver werdende Ausbeutung in den »Maquilas«, die Reprivatisierung der einst in kollektiven Besitz übergegangenen Anbauflächen (»Ejidos«), die geplanten Privatisierungen der Stromwirtschaft und eines nationalen Symbols: der staatlichen Erdölgesellschaft PEMEX. Wenn die StudentInnen der UNAM sich nun gegen befürchtete Privatisierungen im Schulwesen wehren – in der Tat erfolgte die Studiengebührenerhöhung laut Informationen der Zeitung Proceso nach Vorschlägen der Weltbank und der OECD – finden sie damit durchaus Gehör bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie Gewerkschaften, LehrerInnen, Bauernorganisationen, Eltern, StudentInnen anderer Universitäten und auch der Guerilla EZLN.

Viele StudentInnen der UNAM würden Gebührenerhöhungen hart treffen, gehören die meisten doch zur Mittelschicht, die im Zuge der mexikanischen Wirtschaftskrise ab 1982 eine starke Senkung des Lebensstandards hinnehmen musste. Gleichzeitig sind sie laut A. Moreno von der Zeitschrift La Guillotina (Lateinamerika Nachrichten 308) Teil einer »Generation mit großen wirtschaftlichen Problemen, aber hohen Konsumansprüchen, die durch die Kulturindustrie erzeugt werden.« Die Erhöhung der Studiengebühren stelle eine »Verweigerung der Zukunftschancen dieser Generation« dar und habe zu »unglaublicher Wut« geführt.

Darin liegt wohl eine Ursache für die Hartnäckigkeit der über zehnmonatigen Streikbewegung, die allerdings auch von internen Auseinandersetzungen und zum Teil massiven Angriffen von StreikgegnerInnen und des Staates geprägt wurde. Eine andere Ursache könnte in der zapatistisch beeinflussten horizontalen Organisierung liegen. So gibt es zwar einen Allgemeinen Streikrat (CGH – Consejo General de la Huelga) als zentrales Gremium. Dieser setzt sich jedoch aus VertreterInnen der Fakultäten und vorbereitender Schulen (»Preparatorias«) zusammen. Seine Beschlüsse erhalten nur Gültigkeit, wenn sie in den Versammlungen der verschiedenen Bereiche ratifiziert werden. Verschiedene Strategien seitens der Universitätsleitung, den Streik zu beenden, haben nicht zum Erfolg geführt: weder das anfängliche Aussitzen, noch die Umwandlung der obligatorischen Studiengebühren in freiwillige, noch die Auswechslung des Rektors oder die Hoffnung, die Spaltung der Bewegung in »Moderate« und »Ultras« werde die Sache erledigen.

Zwar wurden inzwischen viele StudentInnen gegen hohe Kautionen wieder freigelassen, doch drohen Verfahren z.B. wegen »Terrorismus«. Viele Haftbefehle sind weiter offen, und die Inhaftierten sind von Folter bedroht. Die Mutter eines Gefangenen berichtet beispielsweise: »Er hat mir erzählt, dass sie ihm auf die Hoden schlugen und damit gedroht haben, ihn zu vergewaltigen.« Der CGH hat sich derweil wieder neu konstituiert, Eltern organisieren Mahnwachen, viele zuvor streikkritische Linksliberale solidarisieren sich mit den StudentInnen, und am 9. Februar demonstrierten weit über 100.000 Menschen gegen die Repression des Staates. Jüngste Initiative des CGH ist die Ausrufung des 1. nationalen und internationale Studierendenkongresses Mitte April in Mexiko/Stadt, der sich gegen das »neoliberale Projekt der Privatisierung« von Bildung richtet.

Alexandre Froidevaux

Reform von IWF und Weltbank?

► Der am 9. März vorgelegte Report einer vom US-Kongress eingesetzten Kommission bestätigt in mehreren Punkten die langjährige Kritik von Nichtregierungsorganisationen an den internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungsbanken. Der Bericht gibt den anhaltenden Forderungen nach ihrer grundlegenden Reform zusätzliches Gewicht.

Überlegenswert ist die Empfehlung, der IWF solle sich aus der langfristigen Entwicklungsfinanzierung zurückziehen und sich auf sein Kernmandat, kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen, konzentrieren. Die dramatischen negativen sozialen und ökologischen Erfahrungen mit den Strukturanpassungsprogrammen des IWF haben gezeigt, dass der Währungsfonds nicht über die nötige Expertise für armutsorientierte Entwicklungsstrategien verfügt. Auch die jüngst beschlossenen Armutsstrategieprozesse von IWF und Weltbank im Rahmen der HIPC-Entschuldungsinitiative können nicht darüber hinwegtäuschen, dass letztlich die neoliberalen makroökonomischen Kernvorgaben des IWF mit ihrer harten Auflagenpolitik bei Finanz- und Entschuldungskrisen nicht in Frage gestellt sind.

Mit ihrem unverhohlen marktradikalen Tenor redet nun die US-Kommission einer weiteren Aushöhlung der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung das Wort. Die Empfehlungen liefern dem aktuellen Trend Vorschub, selbst Bildung und Gesundheit zu privatisieren. Dies trägt weder den marktfragmentierten Ökonomien und schon gar nicht der sozialen Not und den ökologischen Problemen der Mehrzahl der Entwicklungsländer Rechnung. Der Vorschlag des Berichts, die multilateralen Entwicklungsbanken sollten nur noch den allerärmsten Ländern Finanzmittel zur Verfügung stellen und alles andere privaten kommerziellen Geldflüssen überlassen, wird den existierenden Problemen nicht gerecht.

Quelle: weed

Oskar Weggel:

Wie mächtig wird Asien?

Der Weg ins 21. Jahrhundert. Beck'sche Reihe, München 1999, 235 S., 24 DM.

► Der im Titel formulierten Frage nach der Entwicklung eines ganzen Kontinents wird v.a. anhand von makroökonomischen Daten nachgegangen. Entsprechend dünn und pauschalisiert fallen die Antworten aus. So wird der Bedeutungszuwachs der »sozialen Frage« in erster Linie mit einer »Bevölkerungsexplosion« erklärt. »Die wirtschaftlich mit Abstand erfolgreichste Nation Asiens, Japan, hat also den weitaus geringsten Bevölkerungszuwachs.« Chinas ökonomische Erfolge werden in dieser Logik mit ihrer »seit 1980 eingeleiteten Familienplanungspolitik« assoziiert, wirtschaftlich schwache Staaten scheiterten, so der China-Referent am Institut für Asien-Kunde, an fehlender Geburtenkontrolle. Ähnlich einsilbig bleiben historische Analysen: So sei das Scheitern der marxistisch inspirierten Revolutionsbewegungen »von Anfang an vorprogrammiert«, weil »sich asiatische Gesellschaftsordnungen ihrer ganzen Natur nach gegen die Herausbildung eines Klassenbewusstseins sowie gegen 'Klassenkämpfe' sträuben«. Gegen solche Analysen sollten sich LeserInnen mit ihrer ganzen Natur sträuben. *step*

Helmut Opletal (Hg.):

Doi Moi – Aufbruch in Vietnam

Wirtschaftsreform und Nachkriegspolitik. Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt, und Südwind, Wien 1999, 120 S., DM 24,80, öS 181, sFr 24,80.

► Die Aufsatzsammlung mit historischen, ökonomischen und sozialpolitischen Analysen wird ergänzt durch spezifisch österreichische Themen zur Entwicklungspolitik und der Vietnam-Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre. So ist insgesamt ein ausführlicher und informativer Länderbericht entstanden. *step*

Joachim Betz und Stefan Brüne (Hg.):

Jahrbuch Dritte Welt 2000

Daten, Übersichten, Analysen. Beck'sche Reihe, München 1999, 256 S., 24 DM.

► Im ausführlichen Editorial stellen die Herausgeber den Begriff »Dritte Welt« zur Disposition, der durch den Wegfall der »Zweiten Welt« und die Differenzierung der Staaten des Südens obsolet geworden sei. »Fazit der aufgeführten Daten und Trends ist sicher nicht die Identifikation einer trennscharfen Gruppe 'Dritte Welt'(...). Das Gegenteil ist der Fall. Freilich stellt sich jene Gruppe, die (...) zu den alten Industriestaaten aufgeschlossen hat oder dabei ist, dies zu tun, doch als relativ überschaubar heraus, überschaubarer jedenfalls als jene Gruppe von immerhin fast fünf Dutzend Staaten, die, wenn man sie als Einheit betrachten will, doch starke Züge einer sich verfestigenden und nach oben keineswegs mobilen internationalen Unterklasse aufweist.« Insofern gäbe es, so das Resumee, genügend Gründe, »Dritte Welt« als politischen Begriff auch weiterhin zu gebrauchen. Die folgende Aufsatzsammlung erscheint für eine Jahresschrift dann doch ein wenig zu oberflächlich. Einzelne Länderberichte zu Indien, Palästina oder Kolumbien – für sich genommen lesenswert – stehen nebeneinander, ohne über die zuvor problematisierte Kategorie »Dritte Welt« hinaus Verbindendes mitzuteilen. *step*

Benno Engels und Klaus Liebig (Hg.):

Die Zukunft des Welthandelssystems

Perspektiven und Reformvorschläge deutscher und internationaler Nichtregierungsorganisationen. Deutsches Übersee Institut, Hamburg 1999, 198 S., DM 38.

► Die Forderungen von Nichtregierungsorganisationen nach Reformen der Welthandelsorganisation (WTO) sind mit dem Scheitern der Verhandlungsrunde von Seattle zunächst ebenfalls auf Eis gelegt. Dennoch lohnt es sich, die Vorschläge von NGO-Vertretern für den internationalen Agrarhandel, die Demokratisierung der Organisation oder die Einführung von Sozialklauseln und Arbeitnehmerrechten zu diskutieren. Denn das Weltwirtschaftsforum in Davos und die UNCTAD-Konferenz in Bangkok haben die Themen wieder aufgegriffen. In dem Sammelband sind die Positionen von Gewerkschaften, Umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs zusammengefaßt. Der Titel »Die Zukunft des Welthandelssystems« müsste dementsprechend ergänzt werden durch » – wie wir sie uns vorstellen«. *step*

Wolfgang Hein und Peter Fuchs (Hg.):

Globalisierung und ökologische Krise

Deutsches Übersee Institut, Hamburg 1999, 288 S., DM 44.

► Auf den ersten Blick scheint der Sammelband dem Mainstream entwicklungspolitischer Rhetorik zu folgen: Es geht um »Global Governance«, »nachhaltige Entwicklung« und »globale Umweltpolitik«. Die Begriffe bleiben jedoch nicht unhinterfragt. Zwar diskutieren die zehn AutorInnen des Sammelbandes die Möglichkeiten globaler Regulation, sehen in ihr jedoch kein Allheilmittel zur Lösung der »ökologischen Krise«. Vielmehr verstehen sie den Band als einen Beitrag zur kritischen »Analyse der Entwicklung des globalen Kapitialismus und der ökologischen Krise«. Anhand etwa der Klimapolitik, des Ressourcenverbrauchs oder internationaler Handelspolitik werden die Widersprüchlichkeiten der »Weltinnenpolitik« kritisch hinterfragt. *step*

Medica mondiale e.V./
Marlies Fröse / Ina Volpp-Teuscher (Hg.)

Krieg, Geschlecht und Traumatisierung

Erfahrungen und Reflexionen in der Arbeit mit traumatisierten Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. Frankfurt: IKO-Verlag 1999, 276 S., 39,80 DM

► Sexuelle Gewalt wird in bewaffneten Konflikten systematisch eingesetzt, um Frauen zu erniedrigen. Medica mondiale dokumentiert in ihrem Buch die Vorträge einer internationalen Fachtagung anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens. Expertinnen unterschiedlicher Fachbereiche aus der ganzen Welt, etwa aus Bosnien, Kurdistan und Uganda, haben sich 1998 in Bonn getroffen, um aus ihrer Arbeit mit den die Kriege überlebenden Frauen Bilanz zu ziehen, die dabei gesammelten Erfahrungen auszutauschen und Ansätze frauenbezogener Betreuungskonzepte weiterzuentwickeln.

Ausgangsbasis ist dabei das Frauentherapiezentrum Medica Zenica, 1993 in Bosnien-Herzegowina gegründet zur Unterstützung von Frauen bei der Bewältigung ihrer Gewalterfahrungen des Krieges. Daraus ist das Bedürfnis erwachsen, andere an dem dort entwickelten Konzept teilhaben zu lassen und sich gleichzeitig mit Expertinnen zu besprechen. Denn in Medica Zenica konnten die Therapeutinnen wegen der Dringlichkeit des Handelns nicht auf bereits Vorhandenes zurückgreifen. Sie mussten neue Konzepte auf der Basis der gemachten Erfahrungen entwickeln.

Susanne Reichinger

Mit dem Staat gegen den Staat?

► Demokratisierung wird landläufig als positiver Prozess betrachtet, der automatisch größere Beteiligungsrechte und gerechtere Gesellschaftsordnungen mit sich bringt. Bis vor kurzem noch setzte die feministische Kritik an Staat und Demokratie einen Kontrapunkt zu dieser Annahme: Der Staat vertrete weitestgehend männliche Interessen und trage wesentlich dazu bei, Frauen an Heim und Herd zu halten. In den 90ern kam es zu einer Trendwende. Viele Politikwissenschaftlerinnen gaben sich nicht mehr mit der Kategorisierung des Staates als Männerbund zufrieden; sie wollten vielmehr die subtilen Prozesse der Machtbildung analysieren, die zum Ausschluss von Frauen führten, und verbanden gleichzeitig damit die Hoffnung, doch noch einen Fuß in die Tür des Herrenclubs zu bekommen.

Der Sammelband »Demokratie als Projekt« reflektiert diese Entwicklungen und verdeutlicht auf der Grundlage von Fallstudien zu Südafrika, der GUS und der Türkei, dass institutionelle Rahmenbedingungen und kulturelle Traditionen wesentlich an der Ausformung der Geschlechterverhältnisse beteiligt sind. Darüber hinaus machen die eher theoretischen Beiträge auf Versäumnisse der feministischen (westlichen) Staatskritik aufmerksam. So werde – gleichzeitig mit der Ablehnung des Staates als männlicher Veranstaltung – die Zivilgesellschaft als quasi herrschaftsfreie Sphäre konzipiert, in der basisnah und diskursiv an gesellschaftlichen Entwicklungen partizipiert werden könne. Dagegen betont Birgit Sauer in ihrem Beitrag die wechselseitige Bedingtheit von Staat – Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnissen. Zivilgesellschaft sei kein Gegenkonzept zum Staat, sondern mit diesem vielfach verschränkt. Auch partizipieren nicht alle Frauen gleichermaßen am (zivilgesellschaftlichen) Demokratisierungsprozess; wie die Beispiele aus Südafrika und der Türkei deutlich machen, sind es oftmals Mittelschichtsfrauen, die in Frauenorganisationen repräsentiert werden.

Die Notwendigkeit, ökonomische und ethnisch begründete Herrschaftsverhältnisse in die Diskussion mit einzubeziehen, haben wesentlich nicht-westliche Feministinnen in den letzten Jahren immer wieder formuliert. Donna Pankhurst und Jenny Pearce machen in ihrem Beitrag noch einmal deutlich, warum die Annahme, das Geschlecht sei dominant für die Strukturierung von Machtverhältnissen, problematisch ist: »Wenn die Analyse der Geschlechterverhältnisse nicht in den Kontext anderer sozialer Beziehungen integriert wird, besteht die Gefahr, das Primat von Gender als einen Marginalisierungsfaktor bereits vorauszusetzen statt zu untersuchen.« Darüber hinaus gelte es zu bedenken, dass Demokratisierung soziale und ökonomische Rechte von Frauen auch schmälern könne. So waren zur Zeit der chilenischen Diktatur Graswurzelorganisationen bevorzugt Empfänger ausländischer Geldgeber. Wie Susanne Zwingel zeigt, verschob sich mit der formalen Demokratisierung das Gewicht hin zu staatlichen Institutionen, vor allem dem staatlichen Frauendienst SERNAM, der vor dem Hintergrund der konservativen chilenischen Kultur keine Empowerment-Strategie verfolgen konnte. Ihre Schlussfolgerung: Vor allem Frauen aus den Armenvierteln haben ihre Stimme verloren und sind zu Objekten staatlicher Unterstützungsprogramme geworden.

»Demokratie als Projekt« gibt einen aufschlussreichen Einblick in die internationale Diskussion über das Verhältnis von Frauen, Staat und Zivilgesellschaft. Ob sich allerdings die feministische Forschung der eigenen »Herrschaftsverstrickung kritisch« stellt, wie in der Einleitung eingefordert wird, darf bezweifelt werden. Mit der poststrukturalistischen Wende in der feministischen Staatstheorie mutiert der Staat in ein »Set von Diskursen und Arenen« (Sauer). Er ist weder kapitalistisch strukturiert, noch leistet er einem männlichen Interesse Folge. Der Staat existiere vielmehr »in und aus diskursiven Praktiken«, die eine »hegemoniale Männlichkeit« produzieren. Der strukturelle Herrschaftscharakter des Staates, wie er beispielsweise in der Bevölkerungs- und Familienpolitik zum Ausdruck kommt, wird so diskursiv aufgelöst. Gleichzeitig soll die Losung »Mit dem Staat gegen den Staat« eine Politik der Einmischung und der Koalition begründen. Die 68er nannten diese Strategie einfach »Den Marsch durch die Institutionen« – und wo sie gelandet sind, ist ja allgemein bekannt.

Christine Parsdorfer

► *Gabriele Abels, Stefanie Sifft (Hg.): Demokratie als Projekt, Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform. Campus 1999.*

ila Nr. 232

► In der neuesten Ausgabe der ila werden unter dem Titel »GeldMacht« die wechselseitigen Beziehungen zwischen finanzieller und politischer Hegemonie untersucht. Der fast schon obligatorische Rück- und Vorausblick auf die Ereignisse in Seattle und die WTO insgesamt wird um Artikel ergänzt, die Schlagwörter der aktuellen Diskurse aufgreifen: Internet und E-Commerce sind ebenso Gegenstand einer kritischen Betrachtung wie die Macht der (Finanz-) Märkte, Globalisierung und neoliberale Staatsdoktrin. Der Blickwinkel wird dabei über den Tellerrand Lateinamerikas ausgedehnt, um auch allgemeinere globalpolitische Themen zu berücksichtigen (z.B. die politischen Folgen des Kosovo-Krieges). Weitere Themen: Putsch in Ecuador, Ford in Argentinien, Wahlen in Chile.

► *Die ila erscheint monatlich (DM 8,-/Abo DM 70,- erm. DM 60,-): Informationsstelle Lateinamerika e.V., Oscar-Romero-Haus, Heer- str. 205, 5311 Bonn, ila-Bonn@t-online.de*

INPREKORR Nr. 339/340

►Auch aus trotzkistischer Sicht bieten die Geschehnisse in Seattle eine aktuelle Gelegenheit, sich mit der Macht der Märkte auseinanderzusetzen. Hierbei spielen jedoch mögliche Gegenströmungen eine größere Rolle. Die ATTAC-Iniative zur Tobin-Steuer (vgl. Kontroverse in diesem Heft) findet positives Echo. Sie müsse allerdings ihren Charakter als Bewegung, unabhängig »von jeder finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Macht« aufrechterhalten, um eine Kontrolle der Spekulationen realisieren zu können. Skeptischer sieht man das keynesianische Modell. Sein Wert liege eher in der »Betonung des Gesellschaftlichen« in Abgrenzung zum liberalen Individualismus, als in der praktischen Anwendung einer nicht mehr aktuellen Politik. Weitere Themen: Pakistans Linke und die Diktatur, das Weltbild der WTO, Großmacht EU.

► *Die INPREKORR erscheint monatlich (DM 8,-/Abo DM 50,- erm. DM 25,-): RSB, Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68519 Mannheim, Inprekorr@oln.comlink.apc.org*

Aus der Geschichte von Frauenreisen

▶ Reiseberichte von Frauen in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs sind das Thema von Ulla Sieberts **Grenzlinien – Selbstpräsentationen von Frauen in Reisetexten 1871-1914.** Die Autorin legt damit eine grundlegende Analyse der Frauenreiseproblematik vor. Nachdem in den 80er Jahren noch die Biografieforschung im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Frauenreisen stand, stellt Siebert nun unterschiedliche Wahrnehmungen von Frauen in den Vordergrund, die zur selben Zeit reisten. Im ersten Teil untersucht sie das Selbstbild von reisenden Frauen und betrachtet die dabei entstehenden »Grenzlinien« zu anderen Reisenden. Dabei wird detailliert und verständlich der Perspektivenwechsel innerhalb der feministischen Frauenreiseforschung beschrieben, der weg von einer alleinigen Konzentration auf die Wahrnehmung des Fremden oder auf Geschlechterbeziehungen hin zu einer Untersuchung der multiplen Beziehungen zwischen reisenden Frauen führt. Damit rückt der Gender-Ansatz aus dem Zentrum der Analyse. Dies steht in enger Verbindung mit einem diskursanalytischen Ansatz, der außer der Kategorie »gender« noch »race« und »class« einbezieht. Ihre genaue Betrachtung der sozialgeschichtlichen Hintergründe von Frauenreisen mündet in der Untersuchung von Reisemotiven und Reisezielen. Außerdem beleuchtet Siebert die Wichtigkeit von Netzwerken für reisende Frauen im ausgehenden 19. Jahrhundert, denn »insbesonders Frauen gleicher sozialer, deutscher oder europäischer Herkunft stellten Kontakt zueinander her« und nahmen eine scharfe Abgrenzung zum touristischen »Reisepöbel« vor. Sieberts akribische Aufzeichnung der für Frauenreisen relevanten Diskurse – von der Funktion von Pseudonymen und Widmungen über die Bedeutung von Zielgruppen bis hin zu geschlechtsspezifischer Raumwahrnehmung sowie der Haltung reisender Frauen zu Rassismus und Sklaverei – verleiht dem Buch Handbuchcharakter für alle, die sich mit Reisetexten beschäftigen.

Im zweiten Teil wendet Siebert diese theoretischen Erkenntisse exemplarisch auf zwei Reiseschriftstellerinnen der Kaiserzeit an. Eng am Text vergleicht sie die Selbstpräsentationen von Sophie Döhner (1844-1933) und Therese von Bayern (1850-1925), beide allein reisende Vertreterinnen des Bürgertums bzw. Adels. Hier ist der alleinige Vergleich Döhners und von Bayerns für die LeserInnen allerdings nicht ganz einsichtig – eine Spezialisierung im »großen Stil« auf mehrere kontrovers diskutierte Autorinnen der Epoche wäre nach dem weitblickenden und vielversprechenden Einleitungsteil angemessener gewesen. Im Schlussteil konzentriert sich Siebert noch einmal auf Selbstbilder. Dieser Ansatz sollte laut Siebert auch auf männliche Reisende derselben Epoche angewendet werden, um die komplexe Beziehung zwischen öffentlichen Repräsentationen und privaten Aufzeichnungen von Reisenden darzustellen. Sieberts Buch lässt letztendlich hoffen, dass die Reiseforschung neue Wege gehen kann und statt des Postulats vieler Forscherinnen – »entweder Biografieforschung oder Textanalyse« – eine vielschichtige und verbindende Analyse von kulturellen, sozialen und sprachlichen Zusammenhängen denkbar wird. *Rosaly Magg*

▶ *Ulla Siebert: Grenzlinien – Selbstpräsentationen von Frauen in Reisetexten 1871-1914. Münster 1998, 250 S., DM 49,90.*

Mit schwarzem Turban

Leserbrief zu: Christoph Burgmer, Ideologie für Frontkämpfer – Afghanistan als Experimentierfeld (iz3w 243)

▶ Ich halte Christoph Burgmers These für richtig, den Islamismus – auch in seiner Taleban-Spielart – nicht für etwas »Mittelalterliches« zu halten (...), sondern für einen spezifischen Ausdruck von Moderne. In diesem Zusammenhang kritisiert Burgmer den Begriff der »Talebanisierung« (...), der meine, die Taleban und ihre Ideologie seien »aus den Tiefen einer als fremd definierten, unerklärbaren islamischen Religion quasi naturgegeben« herausgebrochen. Ich gebrauche den Begriff trotzdem – jedoch in Bezug auf ganz konkrete gesellschaftliche Entwicklungen (...) wie etwa, dass einige islamistische Bewegungen in Pakistan sich die Taleban gewissermaßen zum Vorbild gewählt haben (...). Ähnliche Tendenzen lassen sich auch bei Teilen der usbekischen Islamistenbewegung feststellen (...).

Für fehl am Platz halte ich Burgmers Bemerkung, die Taleban hätten einen »faschistischen Führerkult« entwickelt. (...) Wenn man den Taleban überhaupt »Affinitäten zum Faschismus« unterstellen will, (...) dann etwa darin, dass für einige Taleban Hitler ein großer Held ist, weil er der Feind ihres Hauptfeindes, der Briten, war und den Paschtunen gegen diese Waffen geliefert hat. (...)

In Burgmers Beitrag kommt ein Aspekt etwas kurz, der mir auch der Mangel an vielem zu sein scheint, was über Afghanistan geschrieben wird: Der Anspruch der Taleban (..), den man durchaus als »totalitär« bezeichnen könnte, hält der Praxis überhaupt nicht stand. Die Taleban sind vor allem außerhalb der größeren Städte nicht in der Lage, eine Durchsetzung ihrer zum Teil wirklich schwachsinnigen Dekrete (...) zu gewährleisten. Das bietet durchaus Freiräume für die Bevölkerung (...) – gerade für die Stammesgesellschaft, die die Taleban Burgmers These zufolge aufbrechen bzw. beseitigen wollen. Diesen Willen stelle ich nicht in Abrede. Nur befinden sich die Taleben in der Zwickmühle, dass sie selbst – als Bewegung wie als Individuen – Teil dieser Stammesgesellschaft sind (...). Die Taleban-«Zentralen« müssen sehr genau darauf achten, die lokalen Machtstrukturen bei Laune zu halten (...). Nach dem Motto: »Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft« wird hier mal ein Häftling entlassen und dort ein beschlagnahmtes Haus zurückgegeben. Außerdem sind es gerade die süd- und ostafghanischen Paschtunenstämme, die einerseits die Hauptbasis der Taleban bilden, andererseits (trotz aller Verhaftungen von Dorf- und ähnlichen Chefs) aber besonders nachdrücklich auf ihre Autonomie bestehen. Sie gehen mit Forderungen zur Taleban-Führung und bekommen sie meist auch erfüllt. (...) Paradoxerweise soll es in der Ostprovinz Paktia, die sehr früh die Taleban unterstützte, die meisten Mädchenschulen geben.

Die Taleban sind eben weder politisch noch ideologisch oder ihrer »ethnischen« Herkunft nach homogen und könnten deshalb – wie Burgmer schreibt – »auf kurz oder lang von der politischen Bühne verschwinden.« Und in anderer Gestalt wieder auftauchen. Wie sagte mir ein Afghane: »Taleban sind doch nur Mudschaheddin mit einem schwarzen Turban.« *Thomas Ruttig*

► Auf dem Alternativgipfel zur G8-Konferenz in Köln fand im Juni 1999 eine Anhörung des NRO-Frauenforums zum Thema Frauen und Globalisierung statt. Fünf Frauen aus verschiedenen Ländern kamen dabei zu Wort und erklärten unter anderem, warum die Globalisierung nicht geschlechtsneutral verläuft. **Frauen auf Abruf – Callgirls des globalen Marktes** dokumentiert die Aussprache, bei der auch Initiativen des Sich-Wehrens und Handlungsalternativen vorgestellt wurden. Die Dokumentation gibt es kostenlos bei: *Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin*

► »Seit der Ermordung der Frankfurterin Lissy Schmidt ist es keiner Journalistin mehr gelungen, das Thema Kurdistan so intensiv in die europäische Öffentlichkeit zu bringen«, heißt es zu dem neu erschienenen **Film Lissy Schmidt – eine kurdische Frau.** Darin geht es um das Leben der Journalistin und ihren Einsatz gegen den Völkermord an den KurdInnen. Lissy Schmidt, die 1994 erschossen wurde, lebte jahrelang in Kurdistan, sprach mehrere kurdische Dialekte und arbeitete für deutsche und französische Medien. In ihren Reportagen stellte sie patriarchale und feudale Traditionen an den Pranger, attackierte sowohl den türkischen Krieg gegen die KurdInnen als auch die Giftgasangriffe Saddam Husseins.
Auszuleihen und zu bestellen bei: Medienwerkstatt, Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/709757, Fax: 701796, e-mail: medienwerkstatt@3landbox.comlink.apc.org

► Die letzte Ausgabe der »entwicklungspolitischen Zeitschrift der Schweiz« ist erschienen: **mosquito – ausgestochen.** Darin setzt sich die Redaktion mit ihrer Geschichte, mit den Gründen der Hefteinstellung, des Bildes der »Dritten Welt« in den Medien , entwicklungspolitischen Zeitschriften in der BRD und Österreich und der Zukunft solcher Projekte auseinander. *Bestelladresse: mosquito, Postfach 2681, CH-8033 Zürich, e-mail: mosquito@swissonline.ch*

► Der Hurricane Mitch zerstörte 1998 große Teile Mittelamerikas. Wie sieht es heute dort aus, was sind die drängenden Probleme und was wird gegen sie unternommen? Diesen und anderen Fragen wendet sich die Dokumention **Mittelamerika nach Sturm und Sintflut – Chance für einen Neuanfang?** mit Blick auf Nicaragua und Honduras zu.
Bestelladresse: Nicaragua-Verein, c/o Regine Barth, Eduard-Schloemann-Str. 48, 40237 Düsseldorf, Fax: 0211/674613, e-mail: igmkellerralf@t-online.de

► Wen es nach Anregungen für die örtliche Süd-Nord-Arbeit dürstet, sollte sich die vor kurzem erschienene Broschüre **Mit Weitblick handeln** besorgen. Auf 50 Seiten werden darin Aktionen als Beispiele dafür vorgestellt, wie Einzelpersonen und Gruppen sich aktiv für mehr Gerechtigkeit in den Süd-Nord-Beziehungen einsetzen können. Die Broschüre soll zudem »ein Beispiel dafür sein, dass Entwicklungspolitik nicht gleich Frustration und Langeweile ist«. *Bestelladresse: Aktionsgemeinschaft Humane Welt, Auf dem Thie 7, 48431 Rheine, Tel.: 05971/15121, Fax: 10006, e-mail: AHW-Rheine@gmx.de*

► Illegalisierte MigrantInnen sind von Abschiebungen und Ausbeutung gleichermaßen bedroht. Es gibt jedoch Strategien, wie etwa Lohnforderungen der »sans papier« – mit geringer Gefährdung der Betroffenen – erfolgreich durchgesetzt werden können. Die Beratungsstelle im Polnischen Sozialrat ist an einem Erfahrungsaustausch zu diesem Thema interessiert und bietet Infomaterial sowie Faltblätter für MigrantInnen u.a. in polnischer, russischer und spanischer Sprache.
Kontakt: Polnischer Sozialrat, Projekt Z.A.P.O., Oranienstr. 34, 10999 Berlin, Tel.: 030-6150909, e-mail: zapo@ipn-b.de

► Am 21.5. soll in Büren wieder eine Demonstration gegen das dortige Abschiebegefängnis stattfinden. Am 9.4. wird es in Paderborn dazu ein Vorbereitunstreffen geben. *Info: BDP Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn, Tel.: 05251/730337 (Di/Mi zw. 18-20 Uhr)*

► **Asyl-verfahren**, eine neue Broschüre des Südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA) informiert ausführlich über die Belange des Asylverfahrens. Es werden gesetzliche Rahmenbedingungen dargestellt, die Situation von Flüchtlingsfrauen, Anhörungsprotokolle mit Fokus auf spezifische Fragen wie z.B.'Reiseweg' etc. *Für 8 DM bei: SAGA, c/o ADW, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Info: Tel.: 0761/74003, Fax: 709866*

► Links zum Thema **Migration** finden sich auf einer jüngst zusammengestellten Internetseite. Die AutorInnen hoffen auf Kritik und Ergänzungen.
www.bonn.iz-soz.de/themen/migration/

► Links zum Thema **EXPO 2000** finden sich auf diversen Internetseiten: *www.xposition.de* (kritisches Forum zur Weltausstellung der Stiftung Leben und Umwelt), *www.expo-no.de* (Anti-EXPO-Forum), *www.expo2000.de* (Pro-EXPO-Forum).

Tagungen

► Noch bis zum 15.4. lockt Stuttgart mit einer besonderen Attraktion: den **Afrikanischen Film- und Musikwochen.** Zu hören gibt es traditionelle und moderne afrikanische Tanzmusik. Im Kommunalen Kino werden derweil zeitgenössische Filme gezeigt, die 1999 beim panafrikanischen Filmfestival in Burkina Faso zu sehen waren. Am 15.4. werden die Film- und Musikwochen durch eine große Abschlussveranstaltung abgerundet. *Info: Rolf Graser, Olgastr. 93b, 70180 Stuttgart, Tel.: 0711/6071887, Fax: 6498188, e-mail: rolf.graser@ex.s.shuttle.de*

► Vom 12.4.-14.4. soll unter der Überschrift Afrika: Wege in die Zivilgesellschaft der afrikanisch-europäische Dialog vertieft werden. Welche Prozesse prägen gegenwärtig die afrikanischen Gesellschaften? Wie kann der Aufbau zivilgesellschaftlicher Einrichtungen unterstützt werden?
Info: Ev. Akademie, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766/810, Fax: 81900, e-mail: eal@evlka.de

► Unter dem Titel **Ein Land wird geplündert** befasst sich eine Tagung vom 28.-30.4. mit der scheinbar hoffnungslosen Situation in Angola. Dabei werden Projekte von medico international genauso unter die Lupe genommen wie die anhaltende Konfliktsituation zwischen UNITA und der Regierung sowie die Rolle ausländischer Waffenhändler und Söldner. *Info: Ev. Akademie, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar, Tel: 05671/881-115, Fax: 881-154, e-mail: Ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de*

► Bei **Afrikanissima** kann frau sich vom 30.4-2.5. mit den Schreib- und Erzählkünsten afrikanischer Frauen beschäftigen.
Info: Ev. Akademie, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 07164/790, Fax: 79440, e-mail: post@ev-akademie-boll.de

► Bei den **Münsteraner Lateinamerika-Tagen** geht es um die Folgen der Mittelamerika-Konflikte in den 80er Jahren, um die Politik- und Demokratieentwicklung, um Nachhaltigkeit im Tourismus, Landkonflikte und Agrarreformen sowie um die deutsche Entwicklungspolitik gegenüber Zentralamerika.
Weitere Infos: Franz Hitze Haus. Kardinal-von-Galen-Reing 50, 48149 Münster. Tel 0251-9818-0, mail: fhh.muenster@t-online.de

► Am 7.4.2000 treffen sich Interessierte zum **Weltladenforum** in Leonberg. Dabei geht es um Erfahrungsaustausch und speziell um praktische Vorschläge zur Schaufenstergestaltung anlässlich des Europäischen Weltladentages 2000 am 20. Mai. *Info: Stiftung Entwicklungszusammenarbeit, Werastr. 24, 70182 Stuttgart, Tel.: 0711/210290, Fax: 2102950, e-mail: info@sez.de*

► Die Tagung Menschenwürde: **Regulatives Prinzip der Bioethik?** vom 12.4.-13.4. greift die Frage auf, welche Bedeutung einer Argumentation unter Verweis auf die Menschenwürde in bioethischen Konfliktfällen zukommt. *Info: Ev. Akademie, Schloßbergstr. 2-4, 82327 Tutzing, Tel.: 08158/2510, Fax: 996444, Internet: www.ev-akademie-tutzinjg.de*

► Bereits im Januar gab es ein erstes Treffen des neuen Netzwerks Für eine **demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte**. Beim zweiten Ratschlag des Netzwerks am 14.4.-15.4. in Hannover werden zwei Themenbereiche im Vordergrund stehen: die Tobin-Steuer und Offshore-Zentren.
Info: FM-KoKr@share-online.de, WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, Tel.: 0228/766130, Fax: 696470, e-mail: weed@weedbonn.org

► **Indiens Weg in die Moderne – Alltagswelten und Kulturen im Wandel** ist Thema eines Seminars des Arbeitnehmer-Zentrums Königswinter.
Info: Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel.: 02223/730, Fax: 73111, e-mail: StiftungCSP@t-online.de

► Viele Flüchtlinge haben mit Traumatisierungen zu kämpfen. Die ständige Angst vor der erzwungenen Rückkehr lässt bei vielen diese Traumata wieder aufleben. Ziel eines Seminars vom 2.5.-3.5. in Vlotho ist eine Sensibilisierung für Wahrnehmungen in der Begegnung mit Menschen aus Extremsituationen, speziell im Umgang mit Frauen und Kindern. *Info: Jugendhof, Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlothom, Tel.: 05733/923324, Fax: 10564, e-mail: g.schoell@lwl.org*

► Ein BUKO-Seminar zur **EXPO 2000** will im April den Zusammenhang zur letzten Weltausstellung 1992 in Sevilla herstellen. Damals war die Kampagne gegen 500 Jahre Kolonialismus bestimmendes Thema der Internationalismusbewegung. Außerdem wird es um die in Hannover vorgestellten Botschaften der Neuen Weltordnung und die Agenda 21 gehen.

► Ein weiteres Seminar des BUKO knüpft vom 2. bis 3. Juni in Hannover an die 92er Kampagne an und fragt nach **Perspektiven jenseits des Neuen Internationalismus**. Dazwischen (26.-28. Mai in Köln) bereitet der BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft ein Seminar zur Welthandelsorganisation WTO vor.
Infos und Anmeldungen: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg. Tel. 040-393156, e-mail: BUKOHH@t-online.de

Vorschau: iz3w Nr. 245 Schwerpunkt: »EXPO macht Fortschritt(e)«

► Unter dem Motto »Mensch Natur Technik« soll bei der am 1. Juni beginnenden EXPO 2000 – anders als bei früheren Weltausstellungen – Technik nicht als alleinige Lösung aller Probleme dargestellt werden. Vielmehr hat Hannover gerade deshalb den Zuschlag bekommen, weil es zum Jahrhundertwechsel einen kritischen Rückblick halten und das Technik-Bild hinterfragen will.

Wird also tatsächlich abgerückt von Wachstumsideologie und dem Glauben an die Technik? Oder ist die EXPO-Debatte um Nachhaltigkeit bloße Rhetorik? Der iz3w-Themenschwerpunkt will sich dem vermeintlich veränderten Fortschrittsbegriff und der Geschichte der EXPOs ebenso widmen wie der Art der Präsentation: Welche Rolle wird »dem Süden« eingeräumt, wie präsentieren sich die einzelnen Länder, und auf welche Weise vermittelt der Themenpark die angekündigten »Lösungen unserer Probleme«?

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...
...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!
Solikonto:
Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"
Infos: www.freilassung.de

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: www.iz3w.org

Redaktion:
► Martina Backes, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Alexandre Froidevaux, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Anette Homlicher, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Christopher Vogel, Sigrid Weber, Heiko Wegmann.

Copyright:
► bei der Redaktion und den AutorInnen

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 40,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899 - 4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 109 117

► Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 245:
► (Druckfertige Vorlagen) 10.4.2000

iz3w

▸ Malestreaming Gender?

Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik

Sonderheft der iz3w und des ASA-Programm-Büros, 52 S., DM 6,-

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org · Internet: www.iz3w.org

neu neu neu neu neu neu neu neu neu neu neu

BUKO Agrar Dossier 22 »Bananen«

Das Dossier 22 zum Thema Bananen liefert Zusammenhänge und Hintergründe zur Vielfalt der Pflanze, zu deren Kolonialgeschichte, den herrschenden Arbeitsbedingungen und zur gegenwärtigen Handelspolitik.
Es berichtet wie Bananen angebaut und genutzt werden und informiert über die Kampagne für einen gerechten Handel mit der süßen Frucht.

S. 105, 14.80 DM, zuzüglich Porto

neu neu neu neu neu neu neu neu neu neu neu

demnächst demnächst demnächst demnächst demnächst

Buko Agrar Dossier 23 »Milch«

Milch hat weltweit einen herausragende Bedeutung für die Ernährungssicherung. Es zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung, wie auf dem Weltgetreidemarkt vor zwanzig Jahren ab, durch aggressive Exportpolitik werden neue Märkte in Entwicklungsländern erschlossen.

demnächst demnächst demnächst demnächst demnächst

Workshop Dokumentation

Agricultural Trade in Times of Globalisation

zum Agrarhandel:
vom 21.-24.10.99 in Hoisbüttel bei Hamburg

erscheint in englischer Sprache
mit Beiträgen zu folgenden Arbeitsgruppen:

- Fairer Handel
- Ernährungssouveränität
- WTO
- Codes of Conduct für Unternehmen
- Eco-labeling für Exportmärkte
- Nationale Agrarpolitiken zur Unterstützung der Ernährungssicherheit
- International anerkannte Sozialstandards

demnächst demnächst demnächst demnächst demnächst

Bestellung an:
BUKO Agrar Koordination
Nernstweg 32-34. 22795 Hamburg
Tel: 040-392526. FAX: 040-39900629
e-mail: bukoagrar@aol.com
Internet: www.bukoagrar.de

Neue Titel in unserem Programm



Internationale Friedenssicherung

Was ist Frieden und was sind seine gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen? Welcher Institutionen bedarf es zu seiner Umsetzung und was kann der Einzelne dazu beitragen?

WOCHENSCHAU, Sek. II
Best.-Nr. 2699. 60 Seiten
DM 14.–, Klassensatzpreis pro Expl. DM 8,–

Vital Signs – Lebenszeichen



Das renommierte Worldwatch Institut in Washington veröffentlicht jedes Jahr in den Vital Signs die wichtigsten Trends, die unsere Zukunft bestimmen. Sie finden dort mehr als hundert Zahlenreihen, Tabellen und Graphiken mit kurzen und präzise Analysen.

ISBN 3-87920-052-1
2000, ca. 240 Seiten, ca. DM 38,–

WORLDWATCH PAPER

Der Kampf ums Wasser

Band 21

Der Kampf ums Wasser

Der Bedarf an Wasser wächst weltweit immer schneller und wird zu einer drastischen Verknappung führen. Zukunftsweisende Konzepte einer bedarfsorientierten ökologischen Verteilungspolitik werden hier vorgestellt.

WORLDWATCH PAPER
Sandra Postel:
Der Kampf ums Wasser
ISBN 3-87920-721-6
1998, 86 Seiten, DM 16,80

Maßstab Menschenrechte

Es bedurfte Hunderter von Jahren, bis die Menschenrechte rechtskräftig und politikwirksam wurden. Dennoch werden auch heute noch in aller Welt Menschen aus religiösen, ethnischen oder politischen Gründen getötet, gequält, unterdrückt und vertrieben.
Hier wird der aktuelle Diskussionsstand um die Menschenrechte dokumentiert und aufgezeigt, was getan werden muss, um ihre weltweite Einhaltung zu erreichen.



uni studien politik
ISBN 3-87920-578-7
2000, 80 Seiten, DM 16,80



WOCHEN SCHAU VERLAG

Alles zur politischen Bildung:
Gesamtkatalog anfordern

Adolf-Damaschke-Str. 103
65824 Schwalbach/Ts.
Telefon: 06196 / 86065
Fax: 06196 / 86060

... ein Begriff für politische Bildung



Die andere Eroberung

US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitiken und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt.

von Martin Wolpold-Bosien

Hrsg.: FIAN e.V. - AbL e.V.
1999, 3-930 413-16-7, 26.00 DM.

Eine erschreckende Bilanz: Mit der Subventionierung ihrer Agrarexporte schädigen die EU und die USA dauerhaft die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen und ganzen Ländern und förderten den Hunger in der Welt. Wie funktionieren und wirken die Agrarexportpolitiken der zwei Agrargiganten? Wie die internationale Agrarhandelsordnung und die internationale Ordnung für Nahrungsmittelhilfe?

Wichtige Grundlageninformationen und wesentliche Argumente für die Agrarverhandlungen in der WTO-Runde: Das Menschrecht auf Nahrung und Ernährungssicherheit darf nicht dem Freihandelsdogma geopfert werden!



Der kritische Agrarbericht Landwirtschaft 2000

Daten, Berichte, Hintergründe, Positionen zur Agrardebatte; Schwerpunkt 2000: WTO - Weltagrarhandel

Das besondere Jahrbuch an der Schnittstelle von Landwirtschaft, Agrarpolitik, Naturschutz, Tierschutz, Ernährung, Internationaler Solidarität, Gentechnik... berichtet seit der ersten Ausgabe im Jahr 1993 über internationale Agrarhandelspolitik. Aus Anlass der neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO und wegen der weitreichenden Bedeutung dieser WTO-Runde gibt es diesmal einen entsprechenden Schwerpunkt.
Daneben gibt es auch in diesem Jahr wieder die Themen-Rubriken:
Essays (Bauern und Bäuerinnen blicken in die Vergangenheit und Zukunft der Landwirtschaft), Agrarpolitik, Internationale Beziehungen, Produktion und Markt, Regionalentwicklung, Agrarkultur, Tierschutz/Tierhaltung, Soziale Lage, Landwirtschaft und Ökologie, Gentechnik, Ökologischer Landbau, Verbraucher, Wald.

Der kritische Agrarbericht – Landwirtschaft 2000.
Hrsg.: AgrarBündnis e.V.
336 S., ISBN 3-930 413-18-3, 38.00 DM

ABL Bauernblatt Verlags-GmbH
Marienfelder Straße 14
33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel 052 42 / 4 81 85 • Fax 052 42 / 4 78 38
email: Bauernstim@aol.com
www.bauernstimme.de

ISSN 0933-7733

▶ iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« E 3477



Initiative
PRO-AFRIKA e.V.

THERE MUST BE AN ALTERNATIVE
Afrikanische Wege – Schritte zum Erfolg
IPA-Tagung Würzburg · 26.-28. Mai 2000

„Erfolgsstories" auf dem Nachbarkontinent – für ein faires Afrika-Bild in Deutschland

- Diskussionen und Arbeitsgruppen zu interessanten Veränderungen in den Themenfeldern Kultur, deutsch-afrikanischer Dialog, Politik, Frauen, Wirtschaft, Ökologie
- Podiumsdiskussion: „Afrika & Europa: 2015 ohne Armut?"
- Ausstellung, Online-Präsentation, Reader, Dokumentation

mit afrikanischen ReferentInnen, SprecherInnen aus zivilgesellschaftlichen Bewegungen, deutsch-afrikanischen Organisationen

Information & Programm: IPA-Koordination
Weyherser Weg 1 A, 36043 Fulda
Tel. 0661 - 22 801 (Di, Mi, Do 14 - 15 Uhr)
Fax 0661 - 22 801
eMail initiative-pro-afrik@t-online.de

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten
inamo

Frühjahr 2000 **21**

Irak: Diktatur und Sanktionen

U. a.: *Michiel Leezenberg:* Neoliberale Gewaltherrschaft • *Ahmad Hissou:* Die Zersplitterung der irakischen Opposition • *Kadhim Habib:* Menschenrechtsverletzungen • *Joost Hiltermann:* Klageverfahren gegen Iraks Regime • *Inga Rogg:* Vertreibung der Kurden aus Kirkuk • *Sarah Graham-Brown:* Die Wirtschaftssanktionen im 10. Jahr • *Gudrun Harrer:* UNSCOM und UNMOVIC • *Hans Leyendecker:* Deutsche Rüstungslieferungen

Die Ben-Barka-Affäre – Interview mit Riyad at-Turk – Amnestie und Strafrechtsreformen in der Türkei

Zu bestellen: INAMO, PF 3613, 90018 Nürnberg; E-Mail: redaktion@inamo.de • 10 DM



Tauschen statt Kaufen: Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf; Neues Lernen e.V. Berlin; Zeitgeld für unbezahlte Schattendienste · Der Expo-Widerstandskalender · Repression gegen Kurdistan-Solidarität · Stadtteilarbeit: Der Umsonst-Laden Hamburg · Neue Bundesländer: Altschulden verfolgen Bauern ins neue Jahrzehnt · Dresdener Kampagne Samba rabota – Arbeiten und trotzdem leben · Ökostrom: Gründung von Energieeinkaufsgenossenschaften · Netz Hessen vor Neu-Orientierung? · Mühsame Gründungsschritte einer Arbeitslosengewerkschaft · Jugendumweltkongreß: Tortenwürfe gegen Anbiederei · Konzept Neue Arbeit

Termine · Rezensionen · Projektemarkt

3-monatiges Schnupperabo (endet automatisch) für 10 DM gg. Vorkasse (Schein, Briefmarken, V-Scheck)

Bestelladresse: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel: 0 62 21/16 24 67

Zeitunglesen im Internet: www.contraste.org

Alternativen
zur Selbstabwicklung der Politik

Die Blätter – führende politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache. „Wer in einer Zeit fortschreitender Entpolitisierung und Individualisierung noch die Notwendigkeit verspürt, über den Gang der öffentlichen Angelegenheiten zu debattieren, der kann sich in den Blättern bestens informieren und munitionieren."(WDR)
Internet: www.blaetter.de
Kostenloses Probeheft bestellen!
Blätter, Postfach 28 31, 53018 Bonn
Fax 0228 / 65 02 51
e-Mail: blaetter@t-online.de

Blätter für deutsche und internationale Politik

rechtshilfefonds
für Landkämpfe in Mittelamerika



Trotz offiziellem Frieden ist die extrem ungleiche Landverteilung in Mittelamerika nicht beseitigt. Mit dem Rechtshilfefonds sollen gezielt Gruppen unterstützt werden, die für das Recht auf Land als Grundlage für ein würdiges Leben kämpfen.



Spendenkonto der Arbeitsgemeinschaft (ArGe) Rechtshilfefonds Mittelamerika
Konto 917 179, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00

Informationsbüro Nicargua, Pf. 101320, 42013 Wuppertal, Tel. 0202/300030, Fax 0202/314346, eMail nica@wtal.de

ökozid***journal***

Zeitschrift für Ökologie und >Dritte Welt<

Themen in Heft Nr. 18

Saubere Energie aus Russland ? Den Preis zahlen Natur und Indigene ♦ **An Russland kann man nur glauben** - Ethnische Minderheiten zwischen Recht und Verwaltungswillkür ♦ **Kraniche und Ewenen** - Profitieren Natur und Urbevölkerung vom Zerfall des Sowjetreiches ? ♦ **Wald für alle ?** Waldbesitzer treiben Sámi in den Ruin ♦ **Mogelpackung Ökotourismus** - Helfen nur harte Indikatoren ? ♦ **Gesundheitsrisiko Bananen** - Die Nebenwirkungen makelloser Früchte

Das ökozid*journal* erscheint zweimal im Jahr.
➤ Jahresabonnement 18 DM
➤ Probeheft gegen 5 DM in Briefmarken ♦ Herausgeber:



Postfach 100 466
33504 Bielefeld
Tel. 0521 - 65943
Fax 0521 - 64975